

# **Neue Migration in Deutschland**

## **Ein Literaturbericht**

im Auftrag des Landesentrums für Zuwanderung (LzZ) Nordrhein-Westfalen

von:

Ingrid Schumacher

Osnabrück, im Juli 2000

## **Inhaltsverzeichnis:**

<b>Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>1. Allgemeine Literatur .....</b>	<b>5</b>
1.1 Migration und Politik.....	5
1.2 Migration und soziale Folgen .....	41
1.3 Migration und sozialwissenschaftliche Theorie .....	59
<b>2. Spezielle Literatur.....</b>	<b>71</b>
2.1 Werkvertrags-/ Vertragsarbeitnehmer.....	71
2.2 Migration aus den mittel- und osteuropäischen Staaten.....	83
2.3 Russische Juden.....	90
2.4 Asylbewerber .....	93
2.5 Kontingentflüchtlinge .....	102
2.6 Sinti und Roma .....	103
2.7 Umweltflüchtlinge .....	104
2.8 Illegale Migration .....	105
2.9 Sonstige Migration.....	112
<b>3. Zusammenfassung und thematische Schwerpunkte.....</b>	<b>113</b>
3.1 (Asyl-)Migration, Nationalstaat und Europa.....	114
3.2 Migration, Sozial- und Wohlfahrtsstaat und Europa.....	117
3.3 Migration, nationaler Wohlfahrtsstaat und sozialwissenschaftliche Theorie .....	121
<b>4. Offene Forschungsfragen und Schlussbemerkung .....</b>	<b>121</b>
4.1 Die Zuwanderung von Werkvertragsarbeitnehmern als Herausforderung für den nationalen Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik? .....	122
4.2 (Neue) Migrationen als Herausforderung für die nationalstaatliche Kontrollsouveränität und Privilegierungsstruktur?.....	123
4.3 Transnationale Migrationen als Herausforderung für den Nationalstaat?.....	124

## **Einleitung**

Der vorliegende Literaturbericht beschreibt die Zuwanderungsprozesse in die Bundesrepublik im Verlauf der 1990er Jahre, die in der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung im Hinblick auf ihren Umfang und ihre Formen im allgemeinen als "Neue Migration" bezeichnet werden. Die Besprechungen der Arbeiten zu diesem Thema machen deutlich, dass sich diese Qualifizierung auf zwei Strukturkontexte bezieht, die in entscheidender Weise das gegenwärtige Zuwanderungsgeschehen nach Deutschland bestimmen:

Die Redeweise von neuen Migranten in Bezug auf z.B. Werkvertragsarbeitnehmer, Asylsuchende, Umweltflüchtlinge oder sog. illegale Zuwanderer, die sich von "alten", etablierten Zuwanderergruppen wie den Nachkriegsvertriebenen und Flüchtlingen, den Aussiedlern und Spätaussiedlern sowie den klassischen Arbeitsmigranten unterscheiden, reflektiert zum einen die veränderte politische Situation nach dem Ende des sog. Ost-West-Konfliktes und der Auflösung der bipolaren Weltordnung. Der Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaftsstruktur in den mittel- und osteuropäischen Staaten am Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre löste einen sprunghaften Anstieg der Zuwanderungen aus dieser Region in die Staaten der Europäischen Union und dabei insbesondere in die Bundesrepublik aus.

Neben diesen Entwicklungen lässt sich zum anderen der nationale Sozial- und Wohlfahrtsstaat als der zweite bedeutsame Strukturkontext identifizieren, der dieses Migrationsgeschehen reguliert und filtert. Die Bundesrepublik in ihrer Eigenschaft als National- und Wohlfahrtsstaat definiert und reguliert ihre Leistungsbeziehung zur Bevölkerung entlang der Unterscheidung zwischen Staatsbürgern und Nicht-Staatsbürgern. Auf die vermehrten Zuwanderungen auf ihr staatliches Territorium seit dem Beginn der 1990er Jahre reagierte sie mit einer Reihe von neuen Aufenthalts- und sozialrechtlichen Bestimmungen und zog dadurch neue Differenzierungen und Trennlinien zwischen Migrationsgruppen und Migrationsformen und damit verknüpften Rechtsansprüchen. In diesem Sinne ist die Zugehörigkeit zu einer neuen Wanderungskategorie bzw. die Kategorie selbst das Resultat staatlicher Unterscheidungs- und Zuschreibungsmodi und damit im Kern ein "selbsterzeugtes" Produkt des Sozial- und Wohlfahrtsstaates.

Bereits bei den Vorarbeiten zu diesem Literaturbericht ließ sich feststellen, dass die verschiedenen wissenschaftlichen Arbeiten und politischen sowie publizistischen Kommentare zu diesen Zuwanderungen eine Vielzahl von Aspekten, Themen und Fragestellungen behandeln. Angesichts dieser zunächst unübersichtlichen Gemengelage hat sich die Verfasserin dieses Berichtes zu der Verfahrensweise entschieden, die Literatur zum Thema "Neue Migration" unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten zuzuordnen, etwa allgemeine Literatur, weiter untergliedert z.B. in Migration und Politik, spezielle Literatur, weiter unterteilt in spezifische Migrantengruppen usw. Mit dieser Anlage soll es dem Leser möglich werden, schnell und gezielt sowohl entlang von Themen als auch von Autoren nach der gewünschten Literatur zu recherchieren bzw. diese ausfindig zu machen. Aufgenommen wurden Arbeiten, die im Zeitraum von 1990 bis 1999 entstanden sind, wobei die Kriterien zur Auswahl sehr breit angelegt wurden. Texte und Arbeiten, in denen das neue Migrationsgeschehen nach Deutschland nur am Rande thematisiert wird, wurden ebenso mit einbezogen wie Literatur, die das Thema "Neue Migration" explizit zu ihrem Gegenstand macht. Für die Sichtung und Zusammenstellung der Arbeiten wurden deutsche und englische Publikationen aus den verschiedenen Disziplinen der Sozialwissenschaften berücksichtigt. Dabei handelt es sich um Sammelbände, Monografien, Zeitschriftenartikel, Aufsätze aus Sammelbänden, zum Teil Arbeitspapiere und Manuskripte und um eine Dissertation.

Der so konzipierte Literaturbericht kann dabei keine Vollständigkeit in dem Sinne beanspruchen, ausnahmslos alle relevante Literatur gesichtet und aufgenommen zu haben. Er ist jedoch bemüht und will dazu beitragen, einen möglichst umfassenden Überblick über den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung und Auseinandersetzung mit dem Thema zu geben und ist dabei in der folgenden Weise aufgebaut: Im Hinblick auf die Besprechungen unterscheidet er zwischen allgemeiner und spezieller Literatur und ist im ersten Teil entsprechend in zwei Kapitel untergliedert (1. und 2.). Im ersten Kapitel werden die Arbeiten zu den ausgewählten Themenschwerpunkten Migration und Politik, Migration und soziale Folgen sowie Migration und sozialwissenschaftliche Theorie dokumentiert (1.1 bis 1.3). Diesem Kapitel folgt die Besprechung der Arbeiten, die einzelne Migrantengruppen wie z.B. Werkvertragsarbeitnehmer, Asylbewerber, Sinti und Roma, sog. Illegale, russische Juden oder Umweltflüchtlinge und darauf bezogene spezielle Fragen und Aspekte thematisieren (2.1 bis 2.9).

Der zweite Teil des Literaturberichtes umfasst eine Zusammenfassung und Schlussbemerkung (3. und 4.). In Kapitel 3 werden einige zentrale Annahmen und Implikationen der besprochenen Ar-

beiten komprimiert vorgestellt und daraus die zentralen Themenschwerpunkte Migration, Nationalstaat und Europa (3.1), Migration, Sozial-/ Wohlfahrtsstaat und Europa (3.2) und Migration und sozialwissenschaftliche Theorie (3.3) abgeleitet. Eine Schlussbemerkung und die Angabe einiger offener Forschungsfragen bilden den Abschluss des Berichtes in Kapitel 4. Auf der Basis der unter Kapitel 3 aufgeführten Schwerpunkte der Literatur werden hier aus den Zusammenfassungen einige offene Forschungsfragen herauspräpariert. Im Hinblick auf 3.1 wird etwa gefragt, ob die Zuwanderung von Werkvertragsarbeitnehmern als Herausforderung für den nationalen Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik aufzufassen ist (4.1). Kapitel 4.2 stellt dann die Frage, ob Migration allgemein eine Herausforderung für die nationalstaatliche Kontrollsouveränität und Privilegierungsstruktur darstellt. Als letzter Punkt wird unter 4.3 schließlich die theoretische Debatte über "Neue Migration" wieder aufgenommen und die Frage gestellt, ob transnationale Migrationen als Herausforderung für den Nationalstaat zu interpretieren sind.

Einige abschließende Bemerkungen sollen noch Platz finden. Man wird diesem Literaturbericht in einigen Passagen und Textteilen Ungleichbehandlungen bzw. persönliche Präferenz von bestimmten Autoren, Theorien und Themen und zum Teil auch "Rezensionsstil" vorhalten können. Gegenüber den hier thematisierten Arbeiten zur sog. neuen Migration ist dies dem Versuch der Verfasserin geschuldet, "landläufige" und allgemein pauschale sowie oberflächliche Besprechungen der Literatur durch demgegenüber möglichst detailgenaue, auch die theoretischen Anleihen und Implikationen in den Blick nehmende Darstellungen so weit wie möglich zu vermeiden. Dies ist sicherlich nur streckenweise und begrenzt gelungen, zumal ein solches Vorgehen notwendig selektiv ist. Die Besprechungen fallen daher in Umfang und Tiefenschärfe unterschiedlich aus, wobei vor allem die Zentralstellung theoriegeleiteter Arbeiten sich diesem selektiven Zugriff verdankt. Besonders im Hinblick auf die Schlussfolgerungen und die theoretische Einordnung der verschiedenen Arbeiten sind daher selbstverständlich auch andere Festlegungen und Interpretationen möglich sowie die formulierten offenen Forschungsfragen theoretisch auch anders stell- und begründbar.

Aber die thematische Zuschneidung und theoretische Interpretation des Materials waren nicht das Hauptproblem dieses Literaturberichtes. In der Auseinandersetzung und Bearbeitung des Themas stellte sich sehr schnell heraus, wieviel Arbeit die Zusammenstellung, Durchsicht und Darstellung der Texte bereitet. Dem Landeszentrum für Zuwanderung (LzZ) Nordrhein-Westfalen gebührt deshalb der Dank, durch die Finanzierung und Unterstützung dieses Vorhabens erst die

Voraussetzung für die Ausarbeitung und Fertigstellung dieses Berichtes geschaffen zu haben. Von Jörg Ceisig wurden im Rahmen dieser Förderung über die Finanzierung eines Werkvertrages die Vorarbeiten der Materialsichtung und -zusammenstellung sowie der Kurzzusammenfassungen geleistet, die zum Schluss hier leider nicht mehr alle vollständig auf ihre inhaltliche Sachhaltigkeit überprüft, korrigiert und noch entsprechend ausgearbeitet werden konnten. Zu danken habe ich zum einen Matthias Liedtke. Er hat zum Schluss den Text noch einmal komplett Korrektur gelesen, inhaltlich kommentiert und einige sprachliche Glättungen vorgenommen. Für diese nicht geringe Leistung und Hilfsbereitschaft danke ich ihm. Vor allem aber Michael Bomes soll an dieser Stelle gebührender Dank ausgesprochen werden. In der inzwischen fast vierjährigen Zusammenarbeit mit ihm im Bereich (nicht nur) der Migrationsforschung habe ich seine stets fordernde und nie nachlassende Auseinandersetzung mit meinen Überlegungen als Ansporn und Aufforderung zu begrifflicher Präzision und theoretischer Schärfe schätzen gelernt. Einen kompetenteren Kenner in diesem Forschungsfeld und jederzeit bereiten Diskussionspartner hätte ich mir nicht wünschen können.

# 1. Allgemeine Literatur

## 1.1 Migration und Politik

*Angenendt, Steffen: Grundzüge einer künftigen deutschen Migrationspolitik, in: epd-Dokumentation, Nr. 36, 1995, S. 52-60*

Angesichts der Erwartungen weiter ansteigender Zuwanderungen in die Europäische Union haben Schlagworte wie "staatlicher Kontrollverlust" und "politischer Legitimitätsverlust" in unterschiedlichen (partei-)politischen Lagern und Diskursen erneute Prominenz erlangt. Ihnen korrespondiert dabei oftmals die apodiktische Setzung, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Dieses Deutschlandbild fasst der Autor als Bestandteil einer (begrifflichen) "Selbstblockade" staatlicher Entscheidungsträger, die bis in die Gegenwart hinein die notwendige Entwicklung einer umfassenden Migrationspolitik substantiell *verhindert* hat. Der Autor zieht daraus die Konsequenz, indem er die grundsätzlichen Bestandteile einer *zukünftigen* deutschen Migrationspolitik formuliert. Ein erster wichtiger Bestandteil besteht für ihn in der Zuwanderungssteuerung, die jedoch unwirksam bleibt, solange sie nicht mit einer umfassenden Integrationspolitik für bereits Zugewanderte einhergeht. Eine neue Migrationspolitik hat dabei gleichzeitig die europäische und internationale Einbettung Deutschlands zu berücksichtigen und diese mit Nachdruck weiter voranzutreiben, denn für den Autor sind die gegenwärtigen Zuwanderungsprozesse unbezweifelbar ein soziales Phänomen, das aufgrund und im Kontext von erneuten Globalisierungsschüben, weiter zunehmender ökonomischer und politischer Verflechtungen in Europa und wachsender internationaler sozialer Ungleichheit immer weniger im nationalstaatlichen Bezugsrahmen angemessen zu behandeln ist.

*Angenendt, Steffen: Deutsche Migrationspolitik im neuen Europa, Opladen: Leske + Budrich 1997*

Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht das Thema Deutsche Migrationspolitik in der Europäischen Union - Bestandsaufnahme, Regelungselemente und europäischer Rahmen. Zur Einführung werden in einem ersten Schritt die strukturellen Voraussetzungen von verschiedenen Migrationsbewegungen, ihre unterschiedlichen Formen sowie ihre Auswirkungen auf die sozialen Strukturen in Deutschland und anderen europäischen Staaten skizziert. Der Autor diskutiert dieses Migrati-

onsgeschehen im Bezugsrahmen neuerer Erklärungsansätze in der Migrationsforschung, mit denen er besonders ökologische, politische und demografische Entwicklungen als gegenwärtig dominante Strukturvoraussetzungen von Migrationsbewegungen in den mittel- und osteuropäischen sowie den nordafrikanischen Staaten hervorhebt. Auf dieser Basis prognostiziert er in einem zweiten Schritt ein beträchtliches Zuwanderungspotenzial für die europäischen Länder und verfolgt in vergleichender Sicht die in der Migrationsforschung inzwischen weithin konsentrierte Auffassung, dass Migration, u.a. auch in Deutschland, eine Herausforderung für den nationalen Sozial- und Wohlfahrtsstaat darstellt (vgl. u.a. Bommers/ Halfmann 1994, Bommers 1999, Fijalkowski 1994, Kurthen 1995 in diesem Literaturbericht, im folgenden mit dem Kürzel: LB bezeichnet). Die "Gefährdung" des Status Quo seines Leistungskataloges, aber auch die Risiken neuer Globalisierungen für die Sicherheits- und Aussenpolitik markieren für den Autor diejenigen neuen Randbedingungen, die eine entsprechend neue Zuwanderungs-, z. B. durch Festlegung von Zuwanderungsquoten, und eine ebenso darauf abgestimmte neue Integrationspolitik in Deutschland und in den anderen Ländern der Europäischen Union erfordern.

*Angenendt, Steffen: Perspektiven einer deutschen Migrationspolitik, in: Angenendt, Steffen (Hrsg.): Migration und Flucht. Aufgaben und Strategien für Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1997, S. 275-293*

In diesem Beitrag prognostiziert der Autor zunächst weiter ansteigende Zuwanderungen in die Staaten der Europäischen Union, aus denen er zwei innenpolitische Folgen ableitet. Wie bereits in seinem Aufsatz von 1995 (siehe oben) nimmt seine Argumentation auch hier ihren Ausgangspunkt von der derzeitigen politischen Hochkonjunktur von Beschreibungen wie "staatlicher Kontroll- und Legitimitätsverlust". Diese verdecken für ihn die Notwendigkeit einer grundlegenden Revision der bisherigen Migrationspolitik, die zukünftig auf der Verbindung eines Steuerungs- und eines Integrationskonzeptes für bereits Zugewanderte beruhen sollte. Eine solche neue Migrationspolitik sollte dabei transparent konzipiert sein, nicht zuletzt auch, um die Akzeptanz neuer Migrantengruppen seitens der Bevölkerung der Bundesrepublik zu erhöhen.

*Bade, Klaus J.: Homo Migrans - Wanderungen aus und nach Deutschland, Essen: Klartext-Verlag 1994a*

Im Kontext der vielfach polemischen und oft nur vordergründig sachlichen öffentlichen und politischen Diskussion zu den Problemfeldern Migration, Integration und Minderheiten stellt dieses Buch den Versuch dar, das aktuelle Migrationsgeschehen in seine sozialhistorischen Bezüge ein-

zubetten und zu rekonstruieren und damit in einen wissenschaftlich-historischen Erklärungsrahmen zu stellen. Mit der genauen Darstellung der umfassenden historischen Erfahrungen Deutschlands als Aus- und Einwanderungsland versucht der Autor der aktuellen Brisanz besonders der Ausländer- und Asylfrage vieles an seiner Schärfe zu nehmen und beabsichtigt dabei auch zu zeigen, dass einige politische Versäumnisse in der jüngsten Vergangenheit Teil einer "Scheinheiligkeit" deutscher Politik in Sachen Einwanderungsfragen seien. Obwohl dieses Land wie die meisten seiner europäischen Nachbarn auch de facto zu einem Einwanderungsland geworden ist, wurde aus dieser Tatsache für den Autor bislang nicht die politisch notwendige Konsequenz gezogen, Deutschland auch zu einem Einwanderungsland zu erklären. Zum Schluss des Buches wägt der Autor daher einige prospektive Überlegungen ab, welche politischen Handlungsspielräume und Gestaltungsperspektiven mit einer Neubestimmung des Selbstverständnisses der Bundesrepublik für eine Reorganisation und Neukonzeptualisierung der bisherigen Migrationspolitik eröffnet werden könnten.

*Bade, Klaus J.: Ausländer, Aussiedler, Asyl in der Bundesrepublik Deutschland, Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Hannover: 1994b*

Diese Dokumentation behandelt gemeinsam drei ebenso historisch wie auch gegenwärtig relevante Migrationsbewegungen nach Deutschland: die Zuwanderung von Ausländern, Aussiedlern und Asylbewerbern. Zum Verständnis der Zusammenhänge von Migration, Integration, Einwanderungssituation und Migrationspolitik und den damit verbundenen alten oder erst neuerdings bedeutsamen sozialen Problemen wurde die Dokumentenauswahl nicht auf wissenschaftliche Beiträge beschränkt, sondern durch zahlreiche Artikel, Kommentare und Stellungnahmen aus der publizistischen Debatte wesentlich ergänzt. In einer sehr ausführlichen Einführung werden vom Herausgeber zunächst die Leitbegriffe dieser Dokumentation: Ausländer, Aussiedler und Asyl im Rekurs auf die historischen Voraussetzungen, Verlaufsformen, sozialen Implikationen und die jeweilige politische Handhabung dieser verschiedenen Migrantengruppen erläutert. Aufbauend auf diese auch grundbegrifflichen Klärungen lassen sich die anschließenden Beiträge auf vier thematische Schwerpunkte aufteilen. Unter den Stichworten Bevölkerung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Integration werden in einem ersten Teil besonders demografische und wirtschaftliche Folgen dieser drei Zuwanderungsprozesse sowie teils parallel dazu verlaufende oder daraus resultierende sozialstrukturelle Veränderungen in der Bundesrepublik debattiert. In einem zweiten Teil stehen Fragen des Ausländer- und Asylrechts unter besonderer Berücksichtigung des Staatsbürgerschaftsrechts und europäischer Neuregelungen der Asylpolitik seit 1993 im Fokus der

Beiträge. Die Frage, ob die Bundesrepublik angesichts von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewalt eine "desintegrierte" Gesellschaft sei, wie der Konfliktforscher Heitmeyer behauptet, markiert den zentralen Diskussionsschwerpunkt im dritten Teil dieser Dokumentation, in der die erneute Relevanz von ethnisch-nationalen Semantiken im Grundtenor als eine "Schattenseite" der widersprüchlichen Folgen des deutschen Vereinigungsprozesses gefasst wird. Der letzte Teil dieser Dokumentation schließlich nimmt die Einwanderungssituation und Migrationspolitik Deutschlands unabhängig von oder aber im Kontext von europäischen und globalen Entwicklungen in den Blick. Deutlicher als die anderen Beiträge zuvor zeigen die Artikel und Anmerkungen zu diesem Thema, dass vor allem die Frage "Deutschland - ein Einwanderungsland in der Europäischen Union?" ein nach wie vor hochkontroverses und strittiges Thema im (innen-)politischen und öffentlichen Diskurs darstellt.

*Bade, Klaus J.: Conclusion: Migration Past and Present - The German Experience, in: Hoerder, Dirk/Nagler, Jörg (eds.): People in Transit. German Migrations in Comparative Perspective. 1820-1930, Washington/ Cambridge: German Historical Institute 1995, S. 399-412*

Der Autor betrachtet in diesem Aufsatz das aktuelle Migrationsgeschehen nach Deutschland in seinen historischen Entstehungskontexten und betont die vielfältigen Ein- und Auswanderungserfahrungen dieses Landes. Er plädiert für eine Korrektur der bisherigen Ausländerpolitik hin zu einer "echten" Einwanderungspolitik, die mit einer entsprechend umfassend konzipierten Integrationspolitik kombiniert werden sollte (vgl. hierzu auch Angenendt 1995, Böhning 1992, Münz u.a. 1997 in diesem LB).

*Bade, Klaus J.: Einwanderung und Gesellschaftspolitik in Deutschland - quo vadis Bundesrepublik?, in: ders. (Hrsg.): Die multikulturelle Herausforderung. Menschen über Grenzen - Grenzen über Menschen, München: Beck 1996, S. 230-253*

In diesem Aufsatz vergleicht der Autor die aktuelle deutsche "Eingliederungssituation im Vereinigungsprozeß" zunächst mit drei bedeutsamen Zuwanderungs- und Integrationsprozessen seit dem Zweiten Weltkrieg: dem der Vertriebenen und Flüchtlinge der unmittelbaren Nachkriegszeit, der Aussiedler und Spätaussiedler sowie der klassischen Arbeitsmigranten. Diese Migrantengruppen erreichten im Verlaufe des Integrationsprozesses zum Teil zwar "schwächere" sozialstrukturelle Positionen als die einheimische Bevölkerung, dennoch verliefen alle drei Integrationsprozesse weitgehend ohne große soziale Friktionen und Konflikte. Auch der Einigungsprozess der beiden deutschen Staaten und die darüber hinaus anhaltende Zuwanderung von Aus-

siedlern hat für den Autor die Richtung und die Möglichkeiten von zukünftigen Integrationsprozessen von Migrant\*innen nicht von Grund auf verändert. Dennoch spricht er davon, dass das vereinte Deutschland in vielerlei Hinsicht mit einer *neuen* Einwanderungssituation konfrontiert sei, die wesentlich komplexer und deshalb auch unübersichtlicher als die drei ihr vorausgegangenen Integrationsprozesse ausfalle. Im Kontext dieser Annahme diskutiert er dann insbesondere die neuen "ethno-sozialen Spannungen" und gewalttätigen ausländerfeindlichen Ausschreitungen, die den Vereinigungsprozess begleiteten. Diese Konfliktkonstellationen und Gewaltpotenziale fasst der Autor als das Resultat des Zusammenspiels von Zuwanderung, Eingliederung und politischer Gestaltung im Vereinigungsprozess: Zu einem großen Teil trugen politische Schreckensbilder und Horrorszenarien einer drohenden Massenzuwanderung, die den starken Zustrom von Aussiedlern, Asylbewerbern und illegalen Einwanderern besonders nach Deutschland in den 1990er Jahren begleiteten, zu einer Eskalation gewalttätiger Konflikte bei. Eine zweite, ebenso bedeutsame Ursache fremdenfeindlicher Konflikte stellt für den Autor die schon seit Jahren zu beobachtende politische "Leugnung" der Tatsache dar, dass die Bundesrepublik seit mehr als einem Jahrzehnt ein Einwanderungsland ist. Der Autor schneidet zum Schluss diese Annahme auf die Generalthese einer politischen "Erkenntnisverweigerung" zu, die für ihn bislang die notwendige Ausarbeitung einer adäquaten Einwanderungskonzeption verhindert hat (zu dieser Forderung siehe z.B. auch Weidenfeld 1994a, 1994b im Rekurs auf das Einwanderungskonzept von Wollenschläger und Hailbronner 1997, Hailbronner u.a. 1997 in diesem LB).

*Bade, Klaus J./ Weiner, Myron (eds.): Migration Past, Migration Future. Germany and the United States, Schriftenreihe: Migration and Refugees. Politics and Policies in the United States and Germany, vol. 1, Providence/ Oxford: Berghahn Books 1997*

Dieser erste von fünf Sammelbänden zu historischen und zum Teil bereits abgeschlossenen Wanderungsbewegungen sowie zum aktuellen Migrationsgeschehen nach Deutschland und in die Vereinigten Staaten enthält vier Aufsätze, die die Migrationsverhältnisse beider Länder in vergleichender Absicht behandeln. Trotz der unterschiedlichen Staatsbürgerschafts- und Nationalitätskonzeptionen und trotz des divergierenden politischen Selbstverständnisses als Einwanderungs- bzw. Nicht-Einwanderungsland sehen die Autoren aber auch eine grundlegende Ähnlichkeit und damit Vergleichbarkeit beider Länder, die unter anderem darin besteht, dass die demografische Entwicklung und Struktur in den Vereinigten Staaten und Deutschland deutliche Parallelen aufweist.

*Birg, Herwig: Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung von Einwanderungen, in: DAMID. Development and Migration in International Dialogue, 8. Jg., H. 2, 1998, S. 18-20*

Im zeitgeschichtlichen Kontext stark ansteigender Zuwanderungszahlen analysiert der Autor dieses Aufsatzes die derzeitige demografische Struktur der Bevölkerung in Deutschland. Er leitet aus dieser Untersuchung Prognosen und Perspektiven in Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung für die nächsten 50 Jahre ab (zu den demografischen Auswirkungen von Wanderungsprozessen siehe unter anderem auch die Besprechungen von Billerbeck 1994, Dinkel u.a. 1994, Höpflinger 1997, Münz 1997 in diesem LB).

*Billerbeck, Rudolf: Überlegungen zur Einwanderung, in: Zeitschrift für Sozialreform, 40. Jg., H. 4, 1994, S. 209-231*

Für viele wissenschaftliche Beobachter des gegenwärtigen Migrationsgeschehens werden die Diskussionen um Einwanderung und Integration zutiefst von subtilen Ängsten und Verunsicherungen in der Bevölkerung genährt, mit denen das "Schreckgespenst" einer nicht mehr zu kontrollierenden Massenzuwanderung aus den mittel- und osteuropäischen Staaten nach Europa an die Wand gemalt wird. Der Beitrag dieses Autors nimmt von diesen Befürchtungen seinen Ausgang, die er mit einigen substanziellen Anmerkungen zum Thema "Neue Migrationen und ihre soziale Folgen" auf eine wissenschaftliche und sachliche Grundlage zu stellen versucht. Ungeachtet der jeweils unterschiedlichen rechtlichen Zulassungsbestimmungen von verschiedenen Migrationen ist für ihn die "sozioökonomische" Struktur und Dynamik der Bundesrepublik als Aufnahmegesellschaft sowohl entscheidend für das soziale "Schicksal" von Einwanderern als auch für mögliche, z.B. "abwehrende" oder "befürwortende", Einstellungen der Bevölkerung gegenüber Migranten. Zur Plausibilisierung dieser Annahme analysiert der Autor in den weiteren Ausführungen die demografischen und ökonomischen Folgen von Zuwanderungen, wobei er für die Wege und Möglichkeiten von zukünftigen Integrationsprozessen zwischen "Integrationsbemühungen" von Migranten und "Assimilationsanforderungen" der Aufnahmegesellschaft unterscheidet. Der Autor resümiert seine Überlegungen mit einigen Gedanken zum Verhältnis von "eigener Kultur" und "dem Fremden."

*Blaschke, Jochen: Ethnizitäten und Migration - Wissenschaft und Politik vor einem internationalen Problem, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 43. Jg., H. 2, 1992, S. 90-99*

Ethnizität und/ oder neue internationale Zuwanderungsprozesse ziehen für den Autor dieses Aufsatzes vielfach rassistische Verhaltensweisen und Diskurse nach sich, die üblicherweise auf Desintegrationsprozesse und Integrationsdefizite vor allem von Jugendlichen zurückgeführt werden (Heitmeyer 1992 und öfters) und die auffallend deutlich bislang vor allem polizeistaatliche und/ oder sozialpädagogische Zuständigkeiten aufgerufen haben. Die Aufgabenkonzentration der entsprechenden Institutionen auf die Entwicklung und Bereitstellung von Lösungsmöglichkeiten, Abwehrmaßnahmen und Präventivstrategien führt für ihn jedoch dazu, dass die Rolle des Staates für die Entstehung von rassistischen Konflikten eher vernachlässigt wird. Er schlägt deshalb vor, den analytischen Zugriff auf das Problemfeld Rassismus durch politikwissenschaftliche Konzepte und Untersuchungen zu ergänzen.

*Blaschke, Jochen: Berlin and the New Migration Flows: Social Exclusion and Economic Change, Berlin: ERCOMER/ European Research Centre on Migration & Ethnic Relation 1994*

Der Autor behandelt in diesem Aufsatz die Auswirkungen des rapiden ökonomischen Wandels seit dem Ende der 1980er Jahre in Berlin auf die soziale Situation von neuen Migrantengruppen. Er versucht die Annahme empirisch zu belegen, dass deutlich sichtbare Prozesse einer "social exclusion" dieser Migranten aus dem "gesellschaftlichen Gefüge" dieser Stadt als das Ergebnis wirtschaftlicher Exklusionsprozesse auf dem Arbeitsmarkt und/ oder missglückter bzw. strukturell blockierter Vergemeinschaftungsprozesse, z.B. in Form der Bildung von "communities", dieser Migrantengruppen zu verstehen sind.

*Böhning, Wolf-Rüdiger: Ansätze einer integrierten Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik, in: Sozialer Fortschritt, 41. Jg., H. 11, 1992, S. 274-277*

Aus einer knappen Analyse der verschiedenen Formen des gegenwärtigen Migrationsgeschehens schließt der Autor auf einen enormen "Zuwanderungsdruck" auf Deutschland. Er begründet mit dieser Vermutung seine Aufforderung an staatliche Entscheidungsträger, eine integrierte Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik zu entwickeln und (neue) Migrationen zu kontingentieren.

*Butterwegge, Christoph/ Jäger, Siegfried (Hrsg.): Europa gegen den Rest der Welt? Flüchtlingsbewegungen - Einwanderung - Asylpolitik, Köln: Bund-Verlag 1993*

Trotz des Fragezeichens nimmt bereits der Titel dieses Buches die gemeinsame Kernaussage der verschiedenen Beiträge aus Wissenschaft, Politik und Publizistik zu dem Thema (Neue) Migration in und nach Europa vorweg. Die Antworten der verschiedenen Autoren auf die Frage, ob sich

Europa im Kontext der seit den 1990er Jahren stark angestiegenen Zuwanderungen in eine "Fluchtburg" oder eine "Wohlstandsfestung" entwickelt, fallen im Tenor eher pessimistisch aus. Die Einbindung Deutschlands in den europäischen Integrationsprozess und die verschiedenen migrationsrelevanten Abkommen von Schengen, Dublin und Maastricht werden als Marksteine der Entwicklung Europas hin zu einer "Festung" interpretiert. Deren in der Gegenwart erneut weiter hochgezogenen "Mauern" durch eine vor allem immer restriktiver gestaltete Asylpolitik der europäischen Länder, lässt für die meisten Autoren dieser Publikation starke Zweifel daran aufkommen, ob es gelingen kann, diesen Entwicklungsprozess mit demokratischen Mitteln zu kontrollieren bzw. ihm noch eine "demokratische Richtung" zu geben. Das Buch versteht sich daher im wesentlichen als eine Warnung vor einer solchen Negativentwicklung und damit auch als ein Versuch, ganz in der Tradition des alteuropäischen Denkens zur "Aufklärung" über diese Entwicklungen beizutragen, um (noch) mögliche "demokratische Perspektiven" aufzuzeigen.

*Council of Europe: People on the move. New migration flows in Europe, Strasbourg: Council of Europe Press 1992*

Diese Publikation stellt die Zusammenfassung der wichtigsten Expertenberichte dar, die anlässlich einer Ministerkonferenz des Europäischen Rates zu "Neuen Migrationen in und nach Europa" 1991 in Wien vorgestellt und diskutiert wurden. Die insgesamt fünf Berichte gehen von der gemeinsamen Annahme aus, dass die westeuropäischen Staaten nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaftsstruktur und dem daraus folgenden Ende der Teilung Europas mit einer in Intensität und Form neuen Zuwanderungsbewegung aus Mittel- und Osteuropa konfrontiert sind (zu dieser Annahme siehe z.B. auch Angenendt u.a. 1994, Knapp 1992, Pries 1997 und Treichler 1997 in diesem LB). Vor diesem Hintergrund vergleichen die verschiedenen Berichte die aktuellen Wanderungen mit historischen Vorläufern und bereits abgeschlossenen Migrationsprozessen. Darüber hinaus werden verschiedene "Rechtskategorien" und die aus neuen Migrationsbewegungen resultierenden Folgen für die politische Gestaltung beschrieben sowie Szenarien entworfen, welche Größenordnungen von Zuwanderungen in und nach Europa in Zukunft zu erwarten sind. Die thematischen Schwerpunkte sind jedoch unterschiedlich gewählt. Hervorzuheben ist der Beitrag von Elmar Hönekopp mit dem Titel "The cases of Germany and Austria". Er untersucht vor allem die Folgen neuer Zuwanderungsprozesse nach Deutschland und Österreich für den Arbeitsmarkt.

*Cramer, Alfons: Deutschland als Aus- und Einwanderungsland. Sozialpolitische Handlungsspielräume und Reaktionen im Hinblick auf bestimmte Gruppen von Zuwanderern, in: Nassehi, Armin (Hrsg.): Nation, Ethnie, Minderheit. Beiträge zur Aktualität ethnischer Konflikte, Köln/Weimar/ Berlin: Böhlau Verlag 1997, S. 237-257*

Nach einer Darstellung der historisch gewachsenen Strukturen des deutschen Sozialversicherungssystems und der Erörterung der Frage, welchen Beitrag die Sozialpolitik zur Bewältigung bzw. zur Abwehr von Wanderungsbewegungen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts geleistet hat, spricht sich der Autor zum Ende seiner Ausführungen für eine solidarische Sozialpolitik und eine harmonisierte Migrations- und Entwicklungspolitik der westlichen Industrieländer aus. Die Verknüpfung dieser drei Politiken eröffnet für den Autor aussichtsreiche Möglichkeiten, die mit Migration verbundenen sozialen Spannungen und Konflikte zumindest ansatzweise zu bewältigen.

*Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Migration im Spiegel der Gesellschaft. Dokumentation der Fachtagung 10. - 11. September 1998, Düsseldorf: 1998*

Diese Broschüre beinhaltet Diskussionsauszüge und Zusammenfassungen der Tagung "Migration im Spiegel der Gesellschaft". Sie formuliert aus der Perspektive des Deutschen Gewerkschaftsbundes zugleich einen Schlusspunkt unter seine Kampagne "Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit".

*Engfer, Uwe/ Seng, Thomas: Differenzierung der Lebensverhältnisse in Ostmitteleuropa und Ost-West-Migration, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 30. Jg., H. 3, 1997, S. 601-611*

Die Autoren dieses Aufsatzes untersuchen die Entwicklung der Lebensverhältnisse in Ostmitteleuropa und die Ost-West-Migration in den 1990er Jahren am Beispiel der Tschechischen und Slowakischen Republik, Polens und Ungarns. Vor dem Hintergrund der sog. Transformationsphase der mittel- und osteuropäischen Staaten und der beabsichtigten bzw. vielfach verlautbarten Osterweiterung der EU diskutieren sie öffentliche und politische Befürchtungen, dass aufgrund des gravierenden "Wohlstandsgefälles" zwischen Ost- und Westeuropa eine Massenmigration in die Staaten der Europäischen Union unmittelbar bevorstehe. Als Ergebnis ihrer Untersuchung halten die beiden Autoren fest, dass der entwickelte Wohlfahrtsstaat in Europa keinen kausalen Attraktor für Migrationen (mehr) darstellt und daher, vergleichbar mit den ausgebliebenen Effekten der Süderweiterung der EG, die weiter fortbestehenden Wohlfahrtsunterschiede nicht

zwangsläufig zu einem Anstieg des Migrationsdrucks aus den genannten vier Staaten führen müssen. Sie appellieren abschließend an die Staaten der europäischen Union, die bereits etablierten Zuwanderungskanäle und -möglichkeiten besonders für Arbeitsmigranten nicht zu verschließen, sondern auch weiterhin offen zu halten. Die Autoren verbinden diese Aufforderung mit der Erwartung, dass durch eine damit verbundene Etablierung von dauerhaften Migrationsbeziehungen, kombiniert mit einer Unterstützung des wirtschaftlichen Aufholprozesses der mittel- und osteuropäischen Staaten und Beitrittskandidaten der EU, das dort vorhandene Migrationspotenzial deutlich nach unten korrigiert werden kann.

*Fassmann, Heinz/ Münz, Rainer (eds.): European Migration in the Late Twentieth Century. Historical Patterns, Actual Trends, and Social Implications, Aldershot/ Brookfield: Edward Elgar 1994*

Im Zentrum der Beiträge dieses Sammelbandes steht die Beschäftigung mit den strukturellen Voraussetzungen und sozialen Folgen neuer Migrationsprozesse im Europa des ausgehenden 20. Jahrhunderts. In einzelnen Länderstudien werden in einem ersten Teil zunächst die jeweiligen historischen Entstehungskontexte von verschiedenen Migrationsbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg beschrieben, die in vielerlei Hinsicht auch Zuwanderungskanäle für neue Migrationen etabliert haben. In einem zweiten Teil geht es dann darum, die verschiedenen, und z. B. für Ökonomie und Politik relevanten, sozialen Folgen neuer Migrationen insbesondere unter dem Gesichtspunkt damit verbundener Probleme und Konfliktkonstellationen im einzelnen genau zu fassen. Das abschließende Kapitel komplettiert die bisherigen Ausführungen durch eine Analyse der gegenwärtigen Migrationsverhältnisse in ausgesuchten mittel- und osteuropäischen Staaten.

*Fassmann, Heinz/ Münz, Rainer (Hrsg.): Migration in Europa. Historische Entwicklung, aktuelle Trends, politische Reaktionen, Frankfurt a. M./ New York: Campus 1996*

Dieser Band präsentiert die Ergebnisse des Forschungsprojektes "Zukunft der Ost-West-Wanderungen". In der Einleitung umreißen die Herausgeber knapp und anschaulich die Wanderungskonstellationen im Europa der Vergangenheit und der Gegenwart. In den einzelnen Kapiteln werden die jeweils unterschiedlichen Entwicklungen der Migrationsverhältnisse seit 1945 in verschiedenen europäischen Staaten ausführlich dargestellt und mit vielfältigem Zahlenmaterial zu belegen versucht. Zum Schluss folgt eine exkursorische Skizze der Autoren zu den aktuellen Auswanderungssituationen in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Staaten.

*Fijalkowski, Jürgen: Die Bundesrepublik und das Migrationsproblem: historische Erfahrungen und aktuelle Herausforderungen, in: Knapp, Manfred (Hrsg.): Migration im neuen Europa, Stuttgart: Steiner 1994, S. 113-128*

Die soziale Situation von verschiedenen Migrantengruppen im heutigen Deutschland ist ohne die historischen Zuwanderungserfahrungen dieses Landes nicht zu verstehen (zu dieser Annahme s. insbesondere auch Bade 1994, 1995 in diesem LB). Ausgehend von dieser These ordnet der Autor dieses Beitrages den verstärkten Zuwanderungsdruck aus mittel- und osteuropäischen Staaten nach dem Fall des "Eisernen Vorhangs" in breitere historische Zusammenhänge ein. In der Form eines sozialhistorischen Rückblicks auf das Wanderungsgeschehen seit der Reichsgründung von 1871 versucht der Autor zu zeigen, dass die gegenwärtigen Zuwanderungen nach Deutschland keine historisch einmalige "Ausnahmesituationen" darstellen. Die dennoch mit Migration verbundenen Herausforderungen für Staat und Ökonomie lassen sich für den Autor im Kern durch eine Politik des "liberalen Multikulturalismus" (zu diesem Ansatz siehe auch Jansen u.a. 1994, Blanke u.a. 1993a in diesem LB) in Kombination mit einer europäisch koordinierten Aussen- und Sicherheitspolitik bewältigen.

*Flynn, Don/ Lloyd, Cathie/ Marshall, Barbara (eds.): Immigration, Minorities, Foreigners: Problem-Solving in Britain and Germany, Research Paper in Ethnic Relations, no. 22, Coventry: Centre for Research in Ethnic Relations 1995*

Dieser Sammelband umfasst insgesamt 16 Beiträge, die in kurzer Form die Traditionen der britischen und deutschen Ausländer- und Integrationspolitik vergleichend skizzieren. Darüber hinaus gehen die Beiträge auf die jüngsten Wanderungsbewegungen in und nach Europa, auf ihre strukturellen Voraussetzungen, Formen und sozialen Folgen genauer ein.

*Geißler, Clemens: Neue Völkerwanderungen in Europa, in: Europa-Archiv, 47. Jg., Folge 19, 1992, S. 566-572*

Aus dem gewaltigen Weltwanderungsgeschehen in der Gegenwart und dem wiederholt prognostizierten Wachstum der Weltbevölkerung zieht der Autor den Schluss, dass es eine "neue Völkerwanderung in Europa" gibt. Die Folgen dieses neuen Migrationsgeschehens und die damit entstehenden sozialen Probleme in der Bundesrepublik begründen für ihn einen neuen politischen Handlungsbedarf. Er fordert sowohl den Entwurf einer langfristig nachhaltigen Entwicklungspolitik als auch die Konzeption einer kurz- bis mittelfristig orientierten Migrationspolitik.

*Gerhardt, Wolfgang: Einwanderung kontrollieren - Eingliederung und Einbürgerung erleichtern, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 17. Jg., H. 3, 1997, S. 107-110*

Der Autor fordert in diesem Aufsatz die baldige Ausarbeitung eines sog. Zuwanderungsbegrenzungsgesetzes, an der neben den Parteien auch wichtige Interessenverbände, politische Lobbies und "die" Öffentlichkeit beteiligt werden sollten. Die Konzeption eines solchen neuen Gesetzes macht für den Autor aber nur dann Sinn, wenn sie mit einer Politik der Integrationserleichterung und -verbesserung, z.B. durch verstärkte Einbürgerungsmöglichkeiten, gegenüber den bereits lange in Deutschland lebenden Migranten kombiniert wird.

*Gorenflos, Walter: Wanderer und moderne Normaden - auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 14. Jg., H. 3, 1994, S. 137-139*

Angesichts weltweit massiver Flüchtlingsströme am Ende des 20. Jahrhunderts plädiert der Autor in diesem Beitrag für eine "entschlossene" nationale Zuwanderungspolitik Deutschlands, die gleichzeitig in eine international koordinierte Zuwanderungs- und Migrationspolitik eingebettet werden sollte.

*Hailbronner, Kay: Was kann ein Einwanderungsgesetz bewirken?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 47, 1997a, S. 39-46*

Der Autor behandelt in diesem Artikel die Frage, welche Folgen ein Einwanderungsgesetz im Hinblick auf eine Begrenzung und Steuerung von Zuwanderungsprozessen nach Deutschland haben könnte. Neben den möglichen Konsequenzen eines solchen Gesetzes diskutiert er ebenso die Frage, ob durch eine Novellierung des Staatsangehörigkeitsgesetzes die Integrationschancen für bereits seit längerem in der Bundesrepublik lebende Ausländer entscheidend verbessert werden könnten. Anhand eines abschließenden Rechtsvergleichs mit den klassischen Einwanderungsländern USA, Kanada und Australien, die verschiedene Instrumente der Zuwanderungssteuerung bereits seit langem institutionalisiert haben, welche aber im Vergleich zur Bundesrepublik auch auf sehr unterschiedlichen politischen Traditionen im Umgang mit Migration beruhen, markiert der Autor seine Zweifel hinsichtlich der Wirksamkeit eines solchen Gesetzes.

*Hailbronner, Kay/ Martin, David A./ Motomura, Hiroshi (eds.): Immigration Admission. The Search for Workable Policies in Germany and the United States, Schriftenreihe: Migration and Refugees. Politics and Policies in the United States and Germany, vol. 3, Providence/ Oxford: Berghahn Books 1997b*

Die Herausgeber dieses Sammelbandes gehen in ihrer Einleitung allgemein und kurz auf die Folgen neuer Einwanderungsbewegungen für die Gesetzgebung und die Migrationspolitik ein, die in den verschiedenen Einzelbeiträgen dann konkreter und anhand spezifischer Politikbereiche diskutiert werden, wie z.B. Familienzusammenführung, Rückkehr von Migranten und Asylpolitik. Diese verschiedenen Beiträge beruhen auf den Ergebnissen eines zweijährigen Forschungsprojektes, in dem im Vergleich zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik deren "admission policies" und Asyl- und Zuwanderungskontrollpolitiken untersucht wurden. Das Ergebnis der verschiedenen Einzeluntersuchungen bestand im wesentlichen in der von allen Autoren geteilten Beobachtung, dass die traditionellen Zuwanderungs- und Kontrollpolitiken der beiden untersuchten Staaten im Hinblick auf ihre Konzeptualisierung und Implementierung, oder in beiden Hinsichten, durch die starken Zuwanderungsprozesse in den letzten Jahren unter erheblichen Anpassungs- und Veränderungsdruck geraten sind.

*Hailbronner, Kay/ Martin, David A./ Motomura, Hiroshi (eds.): Immigration Controls. The Search for Workable Policies in Germany and the United States, Schriftenreihe: Migration and Refugees. Politics and Policies in the United States and Germany, vol. 4, Providence/ Oxford: Berghahn Books 1997*

Dieser Sammelband ist die Ergänzung zu Band 3 derselben Schriftenreihe und diskutiert die Beschränkungen und Möglichkeiten von Einwanderungskontrollen an den Aussen- und Binnengrenzen der USA und der Bundesrepublik. In Bezug auf das Thema des vorliegenden Literaturberichtes sind vor allem die Aufsätze von Hans-Joachim Cremer und Kay Hailbronner relevant. Cremer analysiert die aktuelle Situation ausländischer Migranten in Deutschland unter den Gesichtspunkten ihres aufenthaltsrechtlichen Status und entsprechender Abschiebemöglichkeiten; Hailbronner untersucht die jüngsten asylrelevanten legislativen und administrativen Initiativen unter der Fragestellung, ob mit ihnen eine "Verbesserung" der sozialen Situation von Asylbewerbern erreicht werden kann.

*Heinelt, Hubert (Hrsg.): Zuwanderungspolitik in Europa. Nationale Politiken. Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Schriftenreihe: Gesellschaftspolitik und Staatsangehörigkeit, Bd. 4, Opladen: Leske + Budrich 1994*

Die mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Staatensystems einhergehenden Bürgerkriege und ethnischen Konflikte haben zu einem starken Anstieg von Flüchtlingsbewegungen in die Länder der Europäischen Union geführt, die ihrerseits auf die damit verbundenen Befürchtungen

und Erwartungen einer unkontrollierten Massenzuwanderung mit einer weiteren Angleichung nationaler Asylregelungen und deutlich restriktiveren Asylrechtsänderungen reagierten. Im Kontext dieser Generalthese vergleichen die Texte dieses Sammelbandes im ersten Teil verschiedene Aspekte von Zuwanderungspolitik in europäischen Staaten und diskutieren Bestrebungen, auf supranationaler Ebene Wanderungsbewegungen zu regulieren. Unter anderem werden Möglichkeiten und Perspektiven einer europäischen Vereinheitlichung der Zuwanderungspolitik untersucht. Der zweite Teil des Buches umfasst Länderstudien, die vor allem zwei Typen von Zuwanderungsländern in den Blick nehmen: Sog. "alte" Zuwanderungsländer, in denen postkoloniale Zuwanderungen nach wie vor eine bedeutsame Rolle spielen, z.B. Frankreich oder die Niederlande, werden von jenen "neuen" Zuwanderungsländern, z.B. Italien oder Griechenland, unterschieden, die in ihrer Geschichte klassische Auswanderungsländer waren und erst in jüngerer Zeit zu Zielländern verstärkter illegaler Migration geworden sind.

*Hempel, Frank: Integration und Toleranz, in: Bundesarbeitsblatt, H. 9, 1996, S. 13-15*

Dieser Bericht über die 6. Europäische Konferenz der für Wanderungsfragen zuständigen Minister der verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU vom 16. - 18.6.1996 in Warschau vermittelt einen Überblick über die deutsche Position zum dortigen Konferenzthema "Migration in Europa". Die Stellungnahmen der deutschen Delegation richteten sich primär gegen politische Einschätzungen, dass der "Wanderungsdruck" aus den mittel- und osteuropäischen Staaten auf die Länder der EU seit der Mitte der 1990er Jahre stark nachgelassen habe. Mit dem Verweis auf das nach wie vor große "Wohlstands- bzw. Entwicklungsgefälle" zwischen Ost und West wurde auf Drängen der deutschen Seite die Annahme über einen fortbestehenden "Wanderungsdruck" in das Schlusskommuniqué der Konferenz aufgenommen. Darüber hinaus bekräftigten die Vertreter der deutschen Delegation noch einmal die Notwendigkeit, wegen der allgemein hohen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und den damit verbundenen (beruflichen) Integrationsschwierigkeiten auch der einheimischen Bevölkerung auch in den nächsten Jahren allenfalls zeitlich befristete Zuwanderungserlaubnisse insbesondere für hochqualifizierte Migranten zu erteilen.

*Hillmann, Felicitas: "Neue Paradoxien" einer alten Geschichte oder: "alte" und "neue" Migration in Europa, in: Lepp, Claudia/ Danckwortt, Barbara (Hrsg.): Von Grenzen und Ausgrenzungen. Interdisziplinäre Beiträge zu den Themen Migration, Minderheiten und Fremdenfeindlichkeit, Marburg: Schüren 1997, S. 18-34*

Die Autorin vertritt die These, dass neben der verstärkten Zuwanderung aus der sog. Dritten Welt vor allem Globalisierungs-, Heterogenisierungs- und Feminisierungsprozesse "neue" Migrationen in Europa von "alten" unterscheiden. Ergänzend untersucht sie den Entstehungskontext der aktuellen Migrationsdebatte und verweist auf einige Paradoxien dieser Auseinandersetzungen über die Unterschiede von neuen und alten Zuwanderungen nach Deutschland.

*Hoerder, Dirk: Memorandum: Zuwanderungsland Bundesrepublik. Einwanderer, Flüchtlinge, Gäste. Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen für die Zukunft, in: Zeitschrift für Sozialreform, 40. Jg., H. 4, 1994, S. 233-259*

Weltweit massiv zunehmende Wanderungsprozesse und gravierende Integrationsprobleme neuer Zuwanderungsgruppen im "De-facto-Einwanderungsland" Deutschland stellen für den Autor das im damaligen Kontext der sog. "Gastarbeiterzuwanderung" in den 1960er Jahren etablierte Rotationsprinzip für Arbeitsmigranten grundsätzlich in Frage. Auf dieser Basis fordert er für den politischen Umgang mit den Problemfeldern Migration und Integration neue "Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen", die gleichzeitig den veränderten zuwanderungspolitischen Regelungs- und Steuerungserfordernissen der Bundesrepublik gerecht werden sollten. Als grundlegende Bausteine einer solchen neuen und zudem erstmals umfassend konzipierten Migrationspolitik fordert der Autor neue Zuwanderungs- und Integrationskonzepte und neue, multikulturell definierte Verwaltungsstrukturen.

*Jansen, Mechthild M./ Baringhoerst, Sigrid (Hrsg.): Politik der Multikultur. Vergleichende Perspektiven zu Einwanderung und Integration, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1994*

Die Autoren dieses Sammelbandes stellen verschiedene "gruppenpluralistische Sozialkonzepte" vor, die sie als angemessene (theoretische) Reaktion auf die in den gegenwärtigen politischen und öffentlichen Kontroversen heftig umstrittenen Problemfelder Migration und deren soziale Folgen begreifen. Ausgehend von einer ethnischen und kulturellen Segmentierung und Diversifizierung "spätmoderner Gesellschaften" (im Plural) wird diese Entwicklung mit dem Begriff der "multikulturellen Gesellschaft" konzeptionell zu fassen versucht. Das beitragsübergreifende Ziel des Sammelbandes besteht darin, anhand vergleichender Analysen der einwanderungs- und integrationspolitischen Erfahrungen Deutschlands und anderer europäischer Länder sowie den USA den "bestehenden Orientierungs- und Informationsdefiziten entgegenzuwirken".

*Joppke, Christian: Why Liberal States Accept Unwanted Immigration, in: World Politics, vol. 50, no. 2, 1998, Pp. 266-293*

Bereits aus dem Titel dieses Aufsatzes lässt sich die zentrale Annahme des Autors herauslesen. Für ihn akzeptieren liberale Rechtsstaaten offensichtlich weit mehr als Staaten etwa mit totalitärer Struktur ein hohes Maß an "unerwünschter" Migration. Zur Entfaltung dieser These macht der Autor zunächst einen Gang durch die einschlägige politikwissenschaftliche Literatur zu den Auswirkungen von Globalisierungsprozessen auf die Verfasstheit von Nationalstaaten. Gegen diese Konzeptionen wendet er ein, dass die Souveränität von Nationalstaaten in Bezug auf Migrationskontrolle nicht nachgelassen hat, sondern umgekehrt sogar angestiegen ist - ohne jedoch, dass diese "*empirische Kapazität*" auch tatsächlich steuerungspolitisch eingesetzt wurde und wird. Wenn dies der empirische Fall ist, dann beantworten für den Autor nicht "*externe*" bzw. globale Entwicklungen die Frage, warum Staaten unerwünschte Migration akzeptieren, sondern "*interne*" bzw. politische und/ oder rechtliche "*Selbst-Limitierungen*" liberaler Staaten. An den zwei Fallstudien der illegalen Zuwanderung in die Vereinigten Staaten einerseits und Prozessen der Familienzusammenführung im Gefolge der ehemaligen "Gastarbeiterzuwanderung" in Deutschland andererseits versucht der Autor diese Annahme empirisch zu erhärten: Das Scheitern einer Kontrollpolitik in Bezug auf illegale Einwanderung in den USA führt er vor allem auf den Aufbau und die Dynamik von - für Einwanderungsländer wie den USA, Kanada oder Australien insgesamt charakteristischen - "*clientel politics*" (Freeman) gegenüber Migranten zurück. Im Unterschied zu diesem *politischen* "self-constraint" argumentiert der Autor für den Fall Deutschland, dass hier vor allem die *rechtlichen* Folgen der Arbeitsmigration, wie z.B. das Hineinwachsen in Aufenthalts- und soziale Rechte, die Souveränität dieses Nationalstaates über die Zugangskontrolle seines Territoriums in der Weise einschränkten, dass Prozesse der Familienzusammenführung seit den 1970er Jahren immer weniger zu verhindern, sondern politisch immer mehr zu akzeptieren waren und dies auch heute noch sind. Diese Strukturinterpretation beider Fälle bindet der Autor zum Schluss an seine Ausgangsannahme zurück, dass vor allem *liberale* Staaten unerwünschte Zuwanderungen akzeptieren. In Übereinstimmung mit den Analysen von Hollifield (1992) wird, wenn auch ohne weitere Erläuterung, die politische Akzeptanz unerwünschter Zuwanderungen in den USA und der Bundesrepublik als das Resultat der internen Logik liberaler Rechtsstaaten interpretiert.

*Knapp, Manfred: Zur Einleitung: Alte und neue Dimension transnationaler Migrationsprozesse, in: ders. (Hrsg.): Migration im neuen Europa, Stuttgart: Steiner 1994, S. 9-21*

Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten sind neue Wanderungspotenziale und -"gründe" geschaffen worden, die bekannte klassische Flucht motive zu einem Teil ersetzt, zu einem anderen Teil aber auch um ein vielfaches verstärkt haben und zu einer nach Quantität und Qualität schwer steuerbaren Wanderung in und nach Europa geführt haben. Die sozialen Folgen dieser Zuwanderungen in den jeweiligen Zielländern interpretiert der Autor als "Gefährdung von Stabilität und innerer Sicherheit". Im Rahmen des Nationalstaates sind für ihn diese neue Gefährdungslagen jedoch nicht wirkungsvoll und durchschlagskräftig zu beheben. Der Autor präferiert daher internationale Regelungen zur Steuerung dieses Migrationsgeschehens und unterstellt insbesondere der Bundesrepublik ein hohes Interesse, die Asyl-, Ausländer- und Einwanderungspolitik aus dem nationalstaatlichen Kompetenzbereich herauszulösen und auf eine tragfähige supranationale Ebene zu übertragen.

*Koser, Khalid/ Lutz, Helma (eds.): The New Migration in Europe. Social Constructions and Social Realities, Houndmills/ Basingstoke/ Hampshire/ London: MacMillan Press LTD 1998*

In der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung wird die Annahme inzwischen weit geteilt, dass die Wanderungsprozesse am ausgehenden 20. Jahrhundert eine neue Form der Migration darstellen (zu dieser These und der damit verbundenen Annahme der neuen Quantität und Qualität siehe besonders Cyrus 1995 und öfters, Faist u.a. 1996, Knapp 1994, Lutz 1995, Pries 1997, Ronge 1993 und Treichler 1997 in diesem LB). Die Autoren dieses Sammelbandes gehen diesen neuen Formen nach und unterscheiden dabei drei aktuell dominante Migrationsgruppen: hochqualifizierte Arbeiter, sog. Illegale und Asylbewerber. Im Anschluss an diese Unterteilung wird der globale Kontext untersucht, in dem diese Wanderungen stattfinden und der dieses Wanderungsgeschehen bedingt. In einem anschließenden Teil wird zwischen "sozialer Konstruktion" und "sozialer Realität" von Migration/ Migranten unterschieden und der Einfluss unterschiedlicher Migrationspolitiken auf die soziale Situation neuer Migrantengruppen untersucht.

*Kühne, Peter: Gewerkschaftliche Asyl- und Einwanderungspolitik. Auf dem Weg zu neuen Konzepten?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 43. Jg., H. 2, 1992, S. 108-117*

Der Text stellt Grundlagen und Standpunkte gewerkschaftlicher Ausländer- und Asylpolitik vor. Angesichts der jüngsten ausländerfeindlichen Übergriffe in Deutschland nach der Vereinigung appelliert der Text an die Gewerkschaften, gemäss ihres Selbstverständnisses, auch zukünftig die universalen, "unveräußerlichen Rechte des Menschen" zu verteidigen.

*Kühne, Peter/ Öztürk, Nihat/ West, Klaus-W. ( Hrsg.): Gewerkschaften und Einwanderung. Eine kritische Zwischenbilanz, Köln: Bund-Verlag 1994*

Auch in diesem Sammelband (vgl. bereits Kühne 1992), in dem insgesamt 19 Autoren zu Wort kommen, werden die Positionen der Gewerkschaften zu den Voraussetzungen und Konsequenzen historischer und gegenwärtiger Einwanderungsprozesse vorgestellt. Insbesondere werden die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Implikationen von Migration beleuchtet und im betrieblichen Kontext wird auf Probleme der Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Migranten eingegangen.

*Kurthen, Hermann: Germany at the Crossroads: National Identity and the Challenges of Immigration, in: International Migration Review, vol. 29, no. 4, 1995, Pp. 914-938*

Migration in Geschichte und Gegenwart stellt eine Herausforderung für nationale Identitätskonstruktionen und Staatsbürgerschaftskonzepte dar. Diese bereits vielfach belegte Annahme (vgl. Castles (1998 und öfters), Hollifield (1992) sowie allgemein und für Deutschland besonders Bommers 1994, 1999 in diesem LB) versucht der Autor dieses Artikels am Fall Deutschland zu illustrieren, indem er zunächst sehr detailliert die verschiedenen Zuwanderungsprozesse der Nachkriegsvertriebenen und Flüchtlinge, der Arbeitsmigranten, der Aussiedler und der Asylbewerber beschreibt. In einem zweiten Schritt wird das Prinzip des sog. *ius sanguinis* als Grundlage der Staatsbürgerschaftskonzeption und darauf bezogener Identitätskonstruktionen in Deutschland eingeführt. Der Autor grenzt sich dabei (implizit) gegen solche Positionen ab, die auf der Basis der Idee eines homogenen Volkes den ausschließlich "*exklusiven*" Charakter von Staatsbürgerschaft und nationalem Selbstverständnis der Bundesrepublik betonen. Spätestens die Reform des Ausländergesetzes von 1991 und die Entwicklungen danach, z.B. die späteren Debatten über ein Einwanderungsgesetz und die doppelte Staatsbürgerschaft, markieren für den Autor den Beginn einer Liberalisierung und Öffnung des Staatsbürgerschaftsrechts durch die Einführung von Elementen des "*ius domicilii*" und des "*ius soli*". Er spricht daher auch von einer "*Koexistenz*" von inklusiven und exklusiven Bestimmungen von "*Nationhood*" und "*Identity*" in der Bundesrepublik der Gegenwart. Diese Entwicklung interpretiert er im Kern als das erste Anzeichen einer Veränderung ihres politischen Selbstverständnisses, die sich darin äußert, dass die ohnehin unvermeidbaren Konsequenzen von Migration wie z.B. die Entstehung von ethnischer Diversifikation der Bevölkerung und kulturellem Pluralismus politisch zunehmend mehr akzeptiert werden. Das Selbstverständnis als Nicht-Einwanderungsland ist zwar nach wie vor das "*offizielle Dogma*" der deutschen Politik, aber der Autor ist davon überzeugt, dass die gewaltigen, mit Migration ver-

bundenen Herausforderungen für die Entwicklung von Wirtschaft und Kultur in der nahen Zukunft zu einer adäquaten Modernisierung bzw. Entwertung der ausschließlich nationalen Staatsbürgerschaftskonzeption führen werden, zum Beispiel durch die Entwicklung einer "supranationalen Staatsbürgerschaft" (Soysal) oder durch die Etablierung eines "Verfassungspatriotismus" (Sternberger) und einer darauf bezogenen "postnationalen Identität" (Habermas).

*Lutz, Georg: Weltmarkt und neue Migration, in: BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hrsg.): Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte, Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation 1995, S. 155-169*

Dieser Beitrag versucht neue Formen der Arbeitsmigration strukturtheoretisch als Folge der Etablierung des kapitalistischen Weltmarktes zu fassen. Arbeitsmigrationen und ihre Folgen sind für den Autor Bestandteil der Reproduktionsprobleme und -"erfordernisse" der kapitalistischen Gesellschaft. Zum Beleg dieser These beschäftigt er sich zu Beginn mit dem Zusammenbruch des sog. "Fordismus" in der "industrialisierten Welt", dem Transformationsprozess in den mittel- und osteuropäischen Staaten und der Internationalisierung nationaler Ökonomien. Die Herausbildung eines "Weltmarktes für Arbeitskraft" hat für den Autor tiefgreifende und nicht reversible Auswirkungen auf das Verhältnis von Politik und Ökonomie. Vor allem die international operierenden Konzerne und das globale "Finanzkapital" sind es, die im Zusammenspiel die weltweite Industrieproduktion "kontrollieren" und dabei durch die jederzeit verfügbare "exit-Option" (Hirschman) nationale Gewerkschaften im Kampf "um den Erhalt eines Teils des Weltkapitals" zu disziplinieren vermögen. In der Tradition kapitalismuskritischer polit.-ökonomischer Ansätze interpretiert der Autor diese Entwicklungen als Teil eines ökonomisch-politischen Reproduktionsprozesses der kapitalistischen Gesellschaft, der als by-product immer neue "Wüstungen" bzw. neue Arbeiterghettos der "fordistischen Ära" erzeugt und damit die soziale Situation (neuer) Arbeitsmigranten weiter und unaufhaltbar "verschlechtert".

*Mährlein, Christoph: Perspektiven einer Einwanderungspolitik für die Bundesrepublik Deutschland, in: Tessmer, Carsten (Hrsg.): Deutschland und das Weltflüchtlingsproblem, Opladen: Leske + Budrich 1994, S. 145-157*

Der Autor unterscheidet die in der Bundesrepublik lebenden Migrantengruppen nach ihren verschiedenartig rechtlich definierten aufenthaltsrechtlichen Status. Die aktuell brisanten Themen Einwanderung und Integration werden für ihn jedoch verkürzt betrachtet, wenn sie ausschließlich als Angelegenheit des Rechts verstanden werden. Er ist demgegenüber der Meinung, dass auch

die jeweils unterschiedlichen "Aufenthaltsbedürfnisse" und "Zugangsinteressen" von Migranten in Bezug auf verschiedene soziale Bereiche als wichtige Aspekte von Einwanderungsprozessen und Integrationsverläufen von Migranten zu begreifen sind. In lockerer Übereinstimmung mit vielen anderen wissenschaftlichen Beobachtern des derzeitigen Migrationsgeschehens (prominent: Bade 1995 und öfters in diesem LB) fordert auch dieser Autor zum Schluss eine neue und umfassend konzipierte Einwanderungspolitik Deutschlands.

*Meier-Braun, Karl-Heinz: Deutschland und die neue Völkerwanderung, in: Tessmer, Carsten (Hrsg.): Deutschland und das Weltflüchtlingsproblem, Opladen: Leske + Budrich 1994, S. 63-75*  
Die in gegenwärtigen politischen und öffentlichen Diskursen artikulierten Ängste vor einer neuen "Völkerwanderung" nach Deutschland und Europa werden vom Autor dieses Beitrages durch einen Vergleich mit anderen kontinentalen Wanderungsbewegungen in Afrika und Osteuropa/Asien historisch kontextualisiert. In ihrer Größenordnung übersteigen diese Migrationen Zuwanderungsprozesse nach und in Europa deutlich und nehmen daher für den Autor den aktuellen Kontroversen um eine vermeintlich neue Völkerwanderung vieles an politischem Zündstoff und Bedeutung. Zum Schluss seiner Ausführungen skizziert er die Chancen und Möglichkeiten einer international koordinierten Entwicklungs- und Migrationspolitik, die vielfältigen Ursachen von Migrationen in den mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten zu beheben.

*Meissner, Doris M./ Hormats, Robert D./ Walker, Antonio Garrigues/ Ogata, Shijuro: Internationale Migration: Herausforderung einer neuen Ära. Politische Perspektiven und Prioritäten für Europa, Japan, Nordamerika und die internationale Gemeinschaft. Ein Bericht an die Trilaterale Kommission, Bonn: Europa Union Verlag 1994*

In diesem Bericht werden vergleichend für Europa, Japan und Nordamerika die verschiedenen historischen Voraussetzungen und globalen Kontexte von gegenwärtig bedeutsamen Migrationsbewegungen, insbesondere jedoch Flüchtlingsbewegungen, analysiert. Abschließend stecken die Autoren einige Rahmenbedingungen für eine neue sog. trilaterale Politik ab.

*Morokvasic, Mirjana/ Rudolph, Hedwig: Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Wanderungsraum Europa: Menschen und Grenzen in Bewegung, Berlin: edition sigma 1994, S. 11-27*

Seit den politischen Umbruchprozessen in den mittel- und osteuropäischen Staaten und den Entwicklungen danach hat sich in Europa ein neuer Wanderungsraum "zwischen Ost und West" herausgebildet. Dies ist die zentrale empirische Annahme der Autorinnen. Das Neuartige dieses

Wanderungsraumes besteht für sie in der Bildung von grenzüberschreitenden Netzwerken von Migrant\*innen, die Grenzregionen in vielerlei Hinsicht "dynamisieren" und auf diese Weise zur Entstehung eines "Zirkulationsraumes" von Migration beitragen. Für die theoretische Fassung dieses neuartigen Phänomens schlagen die Autorinnen den Begriff der "Mobilität" vor. Im Unterschied zu seiner Verwendung in der klassischen Migrationsforschung soll damit vor allem der Kurzschluss vermieden werden, Migration mit endgültiger Auswanderung von einer Gesellschaft in eine andere Gesellschaft gleichzusetzen (zu dieser Konzeption siehe Treibel 1990 in diesem LB). Mit dieser Negativabgrenzung überlassen die Autorinnen es der weiteren empirischen Forschung, zu zeigen, dass die Umriss- und Konturen der Herausbildung eines solchen neuen "Wanderungsraumes Europa" mit ihrem konzeptuellen Verständnis von Mobilität theoretisch angemessen(er) erklärt werden können.

*Mühlum, Albert: Armutswanderung, Asyl und Abwehrverhalten. Globale und nationale Dilemmata, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 7, 1993, S. 3-15*

Im direkten Anschluss an eine in der soziologischen Migrationsforschung prominente Definition von Treibel (1990, in diesem LB) fasst der Autor Migration als einen dauerhaften Wechsel einzelner Menschen oder ganzer Gruppen von einer Gesellschaft in eine andere Region oder Gesellschaft. Im Unterschied zu neueren Theorieentwicklungen in der Migrationssoziologie wie etwa dem Konzept des Transnationalismus (Pries 1997 in diesem LB sowie Schiller/ Basch/ Blanc-Szanton 1997) und dem differenzierungstheoretischen Entwurf (Bommes 1999 in diesem LB) werden daher in diesem Beitrag zur Beschreibung der Ursachen und sozialen Folgen von Migration die relevanten sozialen Kontexte bzw. Push- und Pull-Faktoren in den Herkunfts- und Zielgesellschaften im Bezugsrahmen eines Modells der "Nationalgesellschaft" (im Plural) entwickelt. In zwei Argumentationsschritten werden dabei zunächst globale Entwicklungen und die dadurch ausgelösten Migrationen und danach die Immigrationsfolgen und die darauf bezogenen Reaktionen von "Wohlstandsgesellschaften" dargestellt. Für den Autor ist mittlerweile eine "globale Völkerwanderung" beobachtbar, die er in politische Migration (Vertreibung, Verfolgung), Ost-West-Migration und ökonomisch-ökologische Migration unterteilt. Die Folgen dieser Migrationen in den jeweiligen nationalen Aufnahmegesellschaften können für den Autor unter "sozioökonomischen" und "soziokulturellen" Gesichtspunkten betrachtet werden. In jedem Fall stellt Migration ein Problemphänomen dar, dass Polarisierungen (in Befürworter und Gegner), ungleiche soziale Folgen und Spaltungen (in sozial "Deklassierte" und "Nicht-Deklassierte") und gravierende soziale Konflikte (zwischen "Einheimischen" und "Fremden"; "Neonazis" und "Antifa-

schisten") nach sich zieht. Im Kontext dieser "Realitäten" stellt für den Autor ein "policy-mix", bestehend aus einer Kombination von nationalen, europäischen und globalen "Problemlösungsstrategien", eine adäquate politische Antwort auf die genannten Folgeprobleme dieses Migrationsgeschehens dar.

*Münz, Rainer/ Korte, Hermann/ Wagner, Gert (Hrsg.): Internationale Wanderungen. 28. Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft 16. - 18.2.1994 in Bochum. Tagungsband, Humboldt-Universität zu Berlin, Demographie aktuell, Nr. 5, Berlin: 1994*

Die Aufsätze dieses Tagungsbandes thematisieren unterschiedliche Aspekte von historischen und aktuellen Wanderungsprozessen.

*Münz, Rainer/ Weiner, Myron (eds.): Migrants, Refugees and Foreign Policy. U.S. and German Policies Towards Countries of Origin, Schriftenreihe: Migration and Refugees. Politics and Policies in the United States and Germany, vol. 2, Providence/ Oxford: Berghahn Books 1997*

In diesem Aufsatzband vergleichen die Autoren die Aussenpolitik der USA und der Bundesrepublik gegenüber verschiedenen Herkunftsländern umfangreicher Migrationsbewegungen. Dem Vergleich unterliegt die gemeinsame These der verschiedenen Beiträge, dass die jeweiligen Migrationspolitiken in entscheidender Weise Form und Verlauf von Zuwanderungsprozessen bedingen. Eine erfolgreiche Begrenzung und Kontrolle von Zuwanderung beruht dabei vor allem auf Präventionsstrategien, die darauf zielen, Fluchtursachen in den Herkunftsländern schrittweise abzubauen. Vor diesem Hintergrund sind die Beiträge in der politischen Absicht verfasst, staatlichen Entscheidungsträgern geeignete Interventionsmöglichkeiten für eine effektive Bekämpfung von Fluchtursachen anzubieten. Dazu werden u. a. die Fragen behandelt, mit welchen politischen Maßnahmen die sozialen Verhältnisse in den Herkunftsstaaten verbessert, dort die Menschenrechte eingehalten, die ethnischen Minderheiten geschützt und gewalttätige Konflikte vermieden werden können.

*Münz, Rainer: Woher - wohin? - Massenmigration im Europa des 20. Jahrhunderts, in: Pries, Ludger (Hrsg.): Transnationale Migration, Soziale Welt Sonderband 12, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1997, S. 221-242*

Der Autor vergleicht die Migrationsbewegungen seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes mit historisch vorgängigen Zuwanderungsprozessen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor allem unter dem Gesichtspunkt ihrer verschiedenen demografischen Auswirkungen auf die euro-

päischen Zielländer. Ein Ergebnis seiner Untersuchungen lautet, dass der Umfang "neuer transnationaler Migrationen" in seiner Bilanz zu einer stärkeren Veränderung der Größe der Gesamtbevölkerung führt als die "natürliche" Bevölkerungsentwicklung, die bestimmt ist durch die Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen. Zum Schluss seiner Ausführungen bezieht der Autor Stellung zur aktuellen politischen Kontroverse über die sozialen Folgen des gegenwärtigen Migrationsgeschehens. Anstatt Migration zu skandalisieren, fordert er politische Parteien und staatliche Entscheidungsträger dazu auf, Zuwanderung als eine "neue Normalität" zu akzeptieren. Gleichzeitig tritt er im Hinblick auf eine adäquatere Bekämpfung von Wanderungsursachen dafür ein, internationale Kooperationen zu verstärken und die nationalen Migrationspolitiken stärker aufeinander abzustimmen.

*Nuscheler, Franz: Arbeitsmigranten und Flüchtlinge. "Neue Heloten" und "Treibgut der Welt-politik", in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 43. Jg., H. 2, 1992, S. 81-90*

Der Autor dieses Aufsatzes bündelt die verschiedenen politischen Anstrengungen zur Harmonisierung der Asylpolitiken in Europa zu der These einer "Vereinheitlichung der Abschreckungspolitik" (zur darauf bezogenen Diskussion über die "Festung" Europa s. besonders Butterwege/ Jäger 1993 in diesem LB). Diese Form einer Einwanderungsbegrenzung stellt für ihn ebensowenig wie die Änderung des deutschen Asylrechts eine adäquate politische Antwort auf die mit neuen Migrationen aus Ost- und Südeuropa verbundenen sozialen Folgen und Probleme dar. Abschließend schlägt der Autor einige nationale und europäische "Präventivstrategien" zur Reduzierung des Migrationsdrucks in den relevanten Staaten in Osteuropa vor.

*Nuscheler, Franz: Internationale Migration. Flucht und Asyl, Opladen: Leske + Budrich 1995*

Diese Arbeit diskutiert die mit internationalen Wanderungsbewegungen verbundenen innen- und ausenpolitischen Probleme der Bundesrepublik in einem europäischen Bezugsrahmen. Der Zusammenhang von Migration, Zuwanderungspolitik und europäischer Harmonisierung wird dabei untersucht mit konzeptionellen Anleihen und "Theoriebausteinen" aus der Politik- und Rechtswissenschaft, der historischen Migrationsforschung, der Arbeitsmarktforschung und der Interkulturellen Pädagogik. Im ersten Teil entwickelt der Autor nach einer ausführlichen Dokumentation internationaler Migrationsprozesse seit 1945 zunächst programmatisch eine präventive Friedens- und Entwicklungspolitik. Im zweiten Teil erfolgt sodann die Untersuchung der Einwanderungssituation im vereinigten Deutschland. Sehr ausführlich werden der historische Entstehungszusammenhang des deutschen Asylrechts und die Gründe der Novellierung des Art. 16 GG im

Kontext des Schengener Abkommens diskutiert. Anschließend diskutiert der Autor die politischen und öffentlichen Reaktionen auf neue Zuwanderungsprozesse und deren soziale Folgen, bevor er zum Ende seiner Ausführungen die Möglichkeiten und Perspektiven eines europäischen Einwanderungsrechtes absteckt und einige Grundzüge einer neuen Migrationspolitik der Bundesrepublik formuliert.

*Oberndörfer, Dieter: Integration oder Abschottung? - Auf dem Weg zur postnationalen Republik, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 18. Jg., H. 1, 1998, S. 3-14*

Für den Autor dieses Beitrages ist die öffentliche und politische Kontroverse darüber, ob "Fremde und fremde Kulturtraditionen in der Kultur der Bundesrepublik heimisch werden dürfen" zugleich als eine Auseinandersetzung über das staatliche und kulturelle Selbstverständnis der Bundesrepublik selbst zu begreifen. Die Beantwortung der Frage: "Integration oder Abschottung?" impliziert für ihn eine grundsätzliche politische Entscheidung über die beiden Alternativen "Kultur der Nation" oder "Pluralismus der Republik". Diese Ausgangshypothese des Beitrages wird in drei Argumentationsschritten entfaltet und zu belegen versucht. Zu Beginn beschreibt der Autor die Geschichte der modernen Nationalstaaten und hebt die Unterschiede zwischen "Nation" und "Republik" hervor: Während Nation für das "*Partikulare*" stehe, für eine Nationalkultur und politische Gemeinschaft, die sich in Bezug auf einen Nationalstaat als dessen "einzigartiges" "Volk" artikuliert und sich damit als eine nationale Einheit bezeichnet, stehe Republik für das "*Universale*", für den modernen Verfassungsstaat und die Menschenrechte und damit für eine politische Organisationsform, in der allein die Verfassung den Rahmen der politischen Einheit und der politischen Vergemeinschaftung bildet. In einem zweiten Schritt wird am Beispiel des "ethnokulturellen Nationalismus" versucht zu zeigen, dass in der Einheitssemantik des Volkes und der Nation eine Dynamik der kulturellen und politischen (Selbst-)homogenisierung eingebaut ist, die historisch zum Ausgangspunkt von Unterdrückung, Verfolgung, Vertreibung und auch Vernichtung ethno-kultureller Minderheiten wurde. Auf die Gegenwart bezogen, ist für den Autor auch das Staatsverständnis der Bundesrepublik immer noch entscheidend durch diese Idee einer völkisch-kulturellen Homogenität geprägt: Gerade im Verhältnis zur faktischen ethnischen Diversifizierung und kulturellen Pluralisierung ist sie mit einer *politischen* Integration von Ausländern als fundamentaler Voraussetzung eines "heimisch Werdens" von "Fremden" unvereinbar. Der Autor plädiert in einem dritten Schritt für die Ablösung der ethnisch-kulturellen Nationsauffassung durch das Konzept des "Verfassungspatriotismus" (Sternberger), d. h. für einen politischen, auf die republikanische Ordnung und seine Werte wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und

soziale Solidarität bezogenen und aus ihnen heraus begründeten "denationalisierten" Patriotismus. Die Etablierung einer solchen "postnationalen Republik" (Habermas, zu dieser Forderung s.a. Hoffman 1992, Kurthen 1995 in diesem LB) stellt für den Autor ein normatives Erfordernis wie auch eine politische Gestaltungsaufgabe dar. Sie ist für ihn sozusagen ein "Test" in Bezug auf die Offenheit und Integrationsbereitschaft der Bundesrepublik, d.h. deren Bereitschaft, "Fremdes" und "Fremde" in ihre politische Gemeinschaft mit aufzunehmen.

*Opitz, Peter J.: Weltproblem "Migration": Neue Dimension internationaler Instabilität, in: Tessmer, Carsten (Hrsg.): Deutschland und das Weltflüchtlingsproblem, Opladen: Leske + Budrich 1994, S. 43-62*

In Übereinstimmung mit vielen anderen politischen, wissenschaftlichen und publizistischen Beobachtern und Kommentatoren des aktuellen Zuwanderungsgeschehens aus den ost-, mittel- und südeuropäischen Staaten beschreibt auch der Autor dieses Aufsatzes die Politik der europäisch koordinierten Zuwanderungsbegrenzung als Bestandteil des Aufbaus einer "Festung Europa" (vgl. z.B. Butterwege/Jäger 1993, in Anspielung darauf auch Nuscheler 1995 in diesem LB), die sich gegenüber neuen Migrationsbewegungen immer deutlicher abzuschotten drohe. Damit entsprechend verbundene "Abschreckungs"- und "Abwehrmaßnahmen" sind für den Autor durch eine eher präventive Politik der Ursachenbekämpfung von Migration zu ersetzen, die seiner Meinung nach über den europäischen Rahmen hinaus international eingebettet und abgestimmt werden sollte.

*Opitz, Peter J.: Flucht, Vertreibung, Migration 1945-1995. Zur Problematik von Zuwanderung und Integration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 44-45, 1996, S. 3-16*

Nach einer Beschreibung der unmittelbaren Nachkriegszuwanderungen und der Ursachen von Flucht und Vertreibung, der anschließenden Aussiedlerzuwanderung und der verstärkt seit dem Beginn der 1960er Jahre einsetzenden Arbeitsmigration diskutiert der Autor das gegenwärtige Migrationsgeschehen. Auch er ist wie viele andere Zeitgenossen von einem bevorstehenden "Massenansturm" von Migranten aus den mittel- und osteuropäischen Staaten auf Europa überzeugt (für ähnliche Befürchtungen siehe auch Geißler 1992, Knabe 1998 und Mühlum 1993 in diesem LB). Zur Reduktion dieses Zuwanderungsdrucks spricht er sich für eine sukzessive Einbettung des Entwicklungsgefälles zwischen Ost- und West aus und empfiehlt über eine gemeinsame Einwanderungspolitik hinaus die Konzipierung einer international koordinierten Entwicklungspolitik.

*Özdemir, Cem: Gestalten statt Leugnen - zum Reformbedarf im Einwanderungsland Deutschland, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 17. Jg., H. 4, 1997, S. 156-160*

Der Autor dieses Beitrages reiht sich ein in den Kanon der Stimmen aus Politik und Wissenschaft, die bereits seit langem aus der Tatsache, dass sich die Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten zu einem "de facto"-Einwanderungsland entwickelt hat, entsprechende politische Konsequenzen fordern (vgl. z.B. Bade 1995 in diesem LB). Demgemäß wird in diesem Artikel aus der parteipolitischen Sicht von Bündnis 90/ Die Grünen angemahnt, diese faktische Einwanderungssituation und die damit entstehenden Probleme nicht mehr länger zu "ignorieren" und reaktiv zu "verwalten", sondern den Einwanderungsprozess aktiv und dabei die Zukunft antizipierend zu gestalten. Die vom Autor vorgestellten verschiedenen Ziele und Maßnahmen "grüner Migrationspolitik" sollen dabei "realitätstüchtige Konzepte für Einwanderung und Integration liefern".

*Räthzel, Nora: Anmerkungen zur Debatte um die Migrationspolitik, in: Das Argument 191, 34. Jg., H. 1, 1992, S. 85-89*

Für die Beiträge von Protagonisten wie auch Gegnern einer grundsätzlichen Kurskorrektur der Migrationspolitik Deutschlands ist die weitgehende Vernachlässigung globaler wirtschaftlicher Entwicklungen kennzeichnend. Dies ist die zentrale Annahme der Autorin dieses Artikels, derzufolge weit stärker als bislang auch weltweite wirtschaftliche Verflechtungen und Globalisierungen als strukturelle Voraussetzungen von Migration in die wissenschaftliche Analyse der Zusammenhänge von Zuwanderung, Integration und Migrationspolitik einzubeziehen sind.

*Räthzel, Nora: Zivilgesellschaft und Einwanderung. Wider das dichotomische Denken in: Das Argument 195, 34. Jg., H. 5, 1992, S. 747-756*

Der Artikel dieser Autorin ist eine Replik auf einen Aufsatz von Haug (1992), in dem dieser die These vertritt, dass eine Anerkennung "zivilgesellschaftlicher" Grundsätze wie z. B. Gewaltverzicht, Anerkennung der individuellen Menschenrechte und Rechtsanerkennung durch Einwanderer die elementare Voraussetzung für ihre politische Gleichberechtigung, d.h. für den Erhalt der Staatsbürgerrechte ist. Das Hauptproblem dieser Annahme sieht die Autorin in einer (impliziten) "Ordnungsprämisse", die besagt, dass eine Vorab-Anerkennung der demokratischen Institutionen der Zivilgesellschaft immer schon einen politischen Zusammenhalt voraussetzt. Im Gegensatz zu dieser Annahme vertritt sie in Anlehnung an neuere Diskussionen zu Ethnizität und Rassismus im Kontext marxistischer Positionen die These, dass der faktische Ausschluss von Einwanderern

aus der Zivilgesellschaft erst diejenige "kompakte Masse" und damit verbundene soziale Konflikte und "Gefahren" für die Zivilgesellschaft schaffe, gegen die Haug seine Forderung, die Kriterien der Zivilgesellschaft müssten zunächst durch die Einwanderer anerkannt werden, zu platzieren versucht. Für die Autorin ist daher die volle politische Gleichberechtigung von Migranten im Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung zu schaffen, denn erst sie biete die Basis für eine Auseinandersetzung um neue, in einem gemeinsamen Diskurs zu entwickelnde Kriterien von Zivilgesellschaft und somit auch von sozialer Integration und politischer Gemeinschaft "an sich".

*Santel, Bernhard: Migration in und nach Europa. Erfahrungen. Strukturen. Politik, Opladen: Leske + Budrich 1995*

Das westliche Europa hat sich neben Nordamerika seit dem Zweiten Weltkrieg allmählich zu einer Einwanderungsregion entwickelt. Erst seit kurzem hat sich diese Annahme in der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung durchgesetzt (Widgren 1992) und auch die Arbeit dieses Autors reiht sich hier ein. Westeuropa ist für den Autor neben Nordamerika heute die wichtigste Zielregion internationaler Migrationen. Seit der Beendigung des Ost-West-Konfliktes haben Migrationen aus den osteuropäischen und aus den afrikanischen Staaten nach Europa zugenommen und eine entsprechend angestiegene politische Aufmerksamkeit erzeugt. Für die Deutung dieses Geschehens versucht der Autor seine zentrale Annahme der "Entregionalisierung" von internationalen Migrationsbewegungen als gültig zu erweisen. Aktuelle Migrationen gelten ihm als Teil weltweiter Globalisierungsprozesse (wie etwa die Internationalisierung von Dienstleistungen, Kapitalbewegungen und des Warenaustausches), die zur Entregionalisierung von Wanderungsbewegungen am ausgehenden 20. Jahrhundert beigetragen haben. Erstmals ist für ihn die "gesamte Weltbevölkerung" in ein gemeinsames, transkontinentales "Migrationssystem" eingebunden. Die Ursachen dieses neuen Wanderungsgeschehens und die Reaktionsweisen der Staaten der Europäischen Union auf die damit veränderte Einwanderungssituation werden in drei zentralen Untersuchungsschritten an Beispielen der Süd-Nord-Migration und der Migration aus Entwicklungsländern darzulegen versucht. Viele Erklärungsansätze aktueller Migrationen greifen für ihn eindeutig zu kurz, sofern sie Wanderungsursachen voneinander isoliert betrachten und daher die gesamte Bandbreite und Überschneidung von politischen, ökonomischen und sozialen Wanderungsursachen in den Staaten der Dritten Welt (wie z.B. Bevölkerungswachstum, Urbanisierung, Steigerung der Mobilität, Armut) aus dem Blick verlieren. Der Autor zieht aus dieser Kritik die Konsequenz, indem er in zwei sehr ausführlichen Kapiteln die aktuelle Süd-Nord-Migration theoretisch als "globale 'Peripherie-Zentrum-Migration'" zu konzipieren versucht. Er beschreibt

diese Migrationen als Ausdruck steigender globaler Vernetzungen und als Wanderungen aus den peripheren Staaten/ Regionen der Welt in die westlichen Industriestaaten. Die politischen Reaktionen der Länder der EU auf die steigenden Einwanderungsprozesse seit Beginn der 1990er Jahre werden in einem abschließenden vierten Abschnitt der Arbeit vorgestellt. Vor dem Hintergrund des europäischen Integrationsprozesses koordinieren die europäischen Staaten ihre nationalen Politiken zu einem gemeinsamen "Einreise- und Asylregime". Diese Reaktionsweisen und die damit verbundenen Maßnahmen lassen sich für den Autor als ein "doppelter Abschottungsprozess" der Europäischen Union auffassen. Einerseits sollen Zuwanderungen nach Europa kontrolliert und reduziert werden ("Aussenwirkung") und andererseits sollen im Kontext der Dienstleistungsfreiheit und der innereuropäischen Freizügigkeit die Möglichkeiten der internen (Weiter-)Wanderung von Asylbewerbern unterbunden werden ("Binnenwirkung").

*Santel, Bernhard: Auf dem Weg zur Konvergenz? Einwanderungspolitik in Deutschland und den Vereinigten Staaten im Vergleich, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 18. Jg., H. 1, 1998, S. 14-20*

Der Autor vergleicht in diesem Aufsatz die aktuelle Einwanderungssituation in Deutschland mit der in den Vereinigten Staaten. Seine Ausgangshypothese lautet, dass in den 1990er Jahren eine wachsende Angleichung der "Einwanderungsregime" beider Länder feststellbar ist. Zum Beleg dieser Annahme diskutiert er in einem ersten Gliederungspunkt die einwanderungspolitischen Strukturen und Traditionen in den beiden Staaten. Gegenüber dem in öffentlichen und politischen Diskursen gängigen Topos eines "staatlichen Kontrollverlustes" (zur Kritik siehe u.a. Angenendt 1995 in diesem LB) argumentiert er, dass die Zuwanderungspolitik beider Länder auf politischen Steuerungsprinzipien und Organisationsstrukturen beruht, mit denen Wanderungsprozesse staatlich gezielt kontrolliert werden in genau dem Sinne, dass "erwünschte" Migrationen befördert und "unerwünschte" reduziert werden. Über Form und Umfang von Zuwanderungsprozessen "entscheiden" mithin auch staatliche Organisationen. Diese Argumentation unterstreicht damit die fortbestehende Souveränität beider Staaten im Hinblick auf die Kontrolle des Zugangs zu ihrem Territorium. In scheinbar deutlichem Gegensatz zu dieser Konvergenzthese stehen die Integrationspolitiken in Deutschland und den Vereinigten Staaten, die der Autor im zweiten Teil des Aufsatzes vergleichend diskutiert. Anknüpfend an die seinerzeit bahnbrechende Untersuchung von T. H. Marshall (1950) und seiner Differenzierung der Staatsbürgerschaftsrechte in politische, zivile und soziale Rechte unterscheidet er zwischen unterschiedlichen staatlichen Politiken gegenüber Migranten, die sich auf einem Kontinuum einreihen lassen. Am einen

Ende steht die Politik einer Vollinklusion, die Zuweisung aller Sorten von Rechten im Sinne von Marshall. Am anderen Ende steht die Politik einer konsequenten Vollexklusion. Zwischen diesen beiden Polen verortet der Autor verschiedene Mischformen. Mit Hilfe dieses analytischen Rasters sortiert er die In- und Exklusionspolitiken der beiden untersuchten Länder gegenüber den verschiedenen Migrantengruppen: Für Deutschland wird eine Politik der Vollinklusion gegenüber Aussiedlern von einer Politik der Exklusion gegenüber illegalen Einwanderern unterschieden, zwischen diesen beiden Polen siedelt er die Politik gegenüber den ehemaligen sog. "Gastarbeitern" an, die er als Teilinklusion fasst. An dieser Stelle zeigt sich nun auch, dass die gängige Kontrastierung der Vereinigten Staaten als Einwanderungs- mit der Bundesrepublik als Nicht-Einwanderungsland von den jeweils spezifischen Ausgestaltungen der Einwanderungspolitiken in beiden Ländern empirisch "unterlaufen" wird: Ähnlich wie für Deutschland skizziert der Autor, dass auch die Vereinigten Staaten in den 1990er Jahren immer mehr von einer Politik der Vollinklusion zu einer Politik der Teilinklusion gegenüber ihrer dominanten Einwanderungsbewölkerung übergehen. Dieser Angleichung der Inklusionspolitiken entspricht die zunehmende Konvergenz der Migrationsregime: Auch Deutschland betreibt für den Autor bereits seit langem eine Einwanderungspolitik, wie sie in Teilen auch im klassischen Immigrationsland USA zu finden ist.

*Schönbohm, Jörg: Ausländerpolitik in Deutschland - eine Herausforderung für die Zukunft, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 17. Jg., H. 1, 1997, S. 3-8*

Der Autor bezieht in diesem Beitrag Stellung zu der politischen und öffentlichen Kontroverse zu den Themen Multikulturalismus, Einwanderungsgesetzgebung und Einbürgerung. Er kritisiert die Vordergründigkeit und "Pseudo-Humanität" dieser Debatte und plädiert am Ende für eine Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland, da er der Auffassung ist, dass ansonsten wegen der derzeitigen demografischen Entwicklung "die Deutschen in etwa 80 Jahren im eigenen Land in der Minderheit" sein werden.

*Schuck, Peter/ Münz, Rainer: Paths to Inclusion. The Integration of Migrants in the United States and Germany, Schriftenreihe: Migration and Refugees. Politics and Policies in the United States and Germany, vol. 5, Providence/ Oxford: Berghahn Books 1997*

Den beiden Autoren dieser Publikation geht es darum, zu zeigen, dass die Integrationschancen und -möglichkeiten von Migranten in den USA und in Deutschland stark voneinander abweichen. Für sie sind die unterschiedlichen "paths to inclusion" im Prinzip als das Resultat politi-

scher Integrationskonzepte begreifbar, die auf zum Teil sehr unterschiedlichen nationalen Traditionen, Ideologien, Wirtschafts-, Politik- und Rechtssystemen beruhen.

*Seifert, Wolfgang: Admission policy, patterns of migration and integration: the German and French case compared, in: new community, vol. 23, no. 4, 1997, Pp. 441-460*

Der Autor vergleicht die Folgen der unterschiedlichen Staatsbürgerschaftskonzepte in Frankreich und Deutschland für die Integration von Migranten. Für den Fall Deutschland wird argumentiert, dass das auf dem Abstammungsprinzip beruhende Staatsbürgerschaftskonzept Staatsbürger gegenüber Nicht-Staatsbürgern begünstigt und daher zu ungleich verteilten Partizipationschancen zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen führt. Dagegen ist der Zugang von Migranten zur Staatsbürgerschaft in Frankreich weitgehend über Territorialität vermittelt und das Staatsbürgerschaftskonzept sieht für den Autor im Kern gleiche Partizipationschancen von Staatsbürgern und Eingewanderten vor. Vor diesem Hintergrund vergleicht er zum Schluss seiner Ausführungen die Migrationspolitiken beider Länder und skizziert den Stand und die Perspektiven einer europäischen Harmonisierung der Zuwanderungssteuerung und -begrenzung.

*Seifert, Wolfgang: Migrationspolitik in Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Vergleich, in: Sozialer Fortschritt, 48. Jg., H. 4, 1999, S. 95-102*

Anknüpfend an seinen Artikel von 1997 (siehe oben) diskutiert der Autor auch in diesem Aufsatz die Migrationspolitiken von Deutschland und Frankreich, bezieht jedoch diesmal auch Großbritannien in den Vergleich mit ein. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die jeweiligen Migrationsverhältnisse durch den Staat bzw. durch entsprechende politische Interventionen strukturiert werden. In diesem Zusammenhang prüft der Autor auch die bereits vieldiskutierte Annahme eines "Steuerungsverlustes" des Staates (zur Kritik s. Angenendt 1995 und Santel 1998 in diesem LB), die er mit dem Verweis auf die deutlich nachlassenden Zuwanderungsprozesse seit Mitte der 1990er Jahre zu entkräften oder zumindest abzuschwächen versucht.

*Sieveking, Klaus: Zur Frage eines Antidiskriminierungsgesetzes gegen ethnische Diskriminierung - Thesen, in: Zeitschrift für Sozialreform, 40. Jg., H. 4, 1994, S. 259-266*

Im Kontext wachsender Zuwanderungen nach Deutschland in den 1990er Jahren stellt der Autor angesichts der damit einhergehenden "Renaissance des ethnischen Denkens" 15 Thesen auf, wie seiner Meinung nach ein Antidiskriminierungsgesetz gegen ethnische Diskriminierung konzeptionell angelegt sein sollte.

*Sikora, Joachim (Hrsg.): Weltweite Flüchtlingsströme - Ursache und Auswirkungen, Bad Honnef: Eigenverlag des Katholisch-Sozialen Instituts 1993*

Dieser Sammelband enthält die Referate der 14. Honnefer Sozialtagung, auf der die Probleme der weltweiten Flüchtlingsströme, ihre Ursachen und Auswirkungen behandelt wurden. Besonders zu erwähnen ist der Beitrag von Peter J. Opitz, der aktuelle Entwicklungen und politische Gestaltungsperspektiven des weltweiten Flüchtlingsproblems diskutiert.

*Sonntag-Wolgast, Cornelia: Das Weltflüchtlingsproblem aus Sicht der deutschen Politik, in: Tessmer, Carsten (Hrsg.): Deutschland und das Weltflüchtlingsproblem, Opladen: Leske + Budrich 1994, S. 137-144*

Die Autorin fordert angesichts wachsender Flüchtlingsströme und den damit für Deutschland verbundenen aussen- und innenpolitischen Problemen die Ausarbeitung einer gesamteuropäischen Einwanderungsgesetzgebung (s. a. Bade 1995 in diesem LB und die weiteren dort angegebenen Literaturhinweise).

*Stolz, Rolf: Probleme der Zuwanderung, Zuwanderung als Problem. Weder Katastrophen-Alarmismus noch Utopie-Idyllen helfen weiter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 49, 1998, S. 15-34*

Gegenüber überzogenen "Katastrophen-Szenarien" oder beschönigenden "Utopie-Idyllen" in den gegenwärtigen politischen und öffentlichen Kontroversen zu den Themen Zuwanderung und Integration versucht der Autor dieses Beitrages eine an "Realitäten" und nicht an "Alarmismus" und "Illusionen" orientierte Position zu den mit (neuen) Zuwanderungen verbundenen Problemen zu formulieren. Er diskutiert in dieser Absicht soziale Probleme wie Ausländerkriminalität und -arbeitslosigkeit und die daraus resultierenden Folgen für die Sozialpolitik, Fragen des Asyl- und Leistungsmissbrauchs und in direkter Anbindung an das Konzept von Heitmeyer (1992 und öfters) die vielfältigen Erscheinungsformen wachsender "Desintegrationsprozesse" von Migranten und andere damit korrespondierende Negativentwicklungen, z. B. Ghettobildung und die Entstehung gewaltbereiter jugendlicher Migrantengruppen. Im Hinblick auf diesen Problemaufriss formuliert der Autor verschiedene Lösungsvorschläge im (impliziten) Bezugsrahmen eines "aufgeweichten" Konzeptes des Monokulturalismus. Vorrangiges politisches Ziel sollte dabei eine "Assimilation" der Zuwanderer sein, welche vor allem den Vorrang der deutschen "Grundkultur" vor den hinzukommenden "Gastkulturen" zu akzeptieren haben. Entsprechend diesen Vorstellungen

sieht der Autor keinerlei Notwendigkeit und Bedarf, Deutschland nach dem Vorbild der USA, Kanada oder Australiens zu einem Einwanderungsland zu erklären.

*Straubhaar, Thomas/ Wolter, Achim: Aktuelle Brennpunkte der europäischen Migrationsdiskussion, in: Wirtschaftsdienst, 76. Jg., H. 9, 1996, S. 481-490*

Die Staaten der Europäischen Union und vor allem die Bundesrepublik sind seit dem Beginn der 1990er Jahre verstärkt zu Zielländern von massiven Migrationsbewegungen, insbesondere von Asylsuchenden und/ oder sog. Illegalen geworden. Die Autoren dieses Beitrags untersuchen die verschiedenen Formen dieser neuen Wanderungsprozesse, beschreiben ihre ökonomischen und politischen Auswirkungen und analysieren vor dem Hintergrund der angestrebten Osterweiterung der EU zudem die Chancen und Perspektiven einer gesamteuropäischen Migrationspolitik.

*Tomei, Veronika: Aktuelle Einwanderungskonzepte für Deutschland - eine Übersicht, in: epd-Dokumentation, Nr. 36, 1995, S. 30-35*

Nach einleitenden Bemerkungen zu aktuellen Diskussionsbeiträgen der Regierungskoalition und der Bundesvereinigung der Arbeitgeber diskutiert dieser Text acht unterschiedliche Einwanderungskonzepte öffentlicher Gruppen und politisch oder publizistisch bedeutsamer Personen. Als Essenz ihres Überblicks stellt die Autorin einen weitgehenden "Konsens" der verschiedenen Parteien, Gruppen und Personen im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Reorganisation und Neukonzeptualisierung der deutschen Migrationspolitik fest.

*Uihlein, Hermann: Arbeitsgruppe "Migration" von Caritas Europa, in: caritas, Beihefte der Zeitschrift für Caritasarbeit und Caritaswissenschaft, H. 1, 1995, S. 34-36*

Im Zusammenhang mit der beabsichtigten Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Migration" im Rahmen von Caritas Europa dokumentiert dieser Text wichtige Vorbereitungsarbeiten und benennt zugleich zentrale Schwerpunkte dieser Arbeitsgruppe.

*Vogel, Dita: Migrationskontrolle in Deutschland - Systematisierung, Deskription, Thesen, ZeS-Arbeitspapier Nr. 10, Universität Bremen: Zentrum für Sozialpolitik 1998*

Die Autorin stellt in einer systematisch-deskriptiven Untersuchung das deutsche "Migrationskontrollregime" vor und diskutiert den Zusammenhang zwischen Sozialpolitik, Integration und Migrationskontrolle.

*Weidenfeld, Werner/ Hillenbrand, Olaf: Wie kann Europa die Immigration bewältigen? Möglichkeiten und Grenzen eines Einwanderungskonzepts, in: Europa-Archiv, 49. Jg., Folge 1, 1994a, S. 1-10*

Für die Autoren dieses Beitrages können die verschiedenen Staaten der EU die starken Einwanderungsprozesse seit Beginn der 1990er Jahre nur dann bewältigen, wenn sie ein gemeinsames Einwanderungskonzept entwickeln.

*Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Das europäische Einwanderungskonzept. Strategien und Optionen für Europa, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 1994b*

Im Zusammenhang mit den massiven Zuwanderungen in und nach Europa im letzten Jahrzehnt lautet die beitragsübergreifende, zentrale Annahme dieses Sammelbandes, dass die Europäische Union gegenwärtig zwar immer mehr unter Einwanderungsdruck gerät, darauf aber politisch nicht oder nur ansatzweise vorbereitet ist. So konstatiert der Herausgeber in seiner Einleitung, dass die europäischen Staaten bislang eher sprunghaft, im nationalen Alleingang und daher weitgehend wirkungslos auf diese neuen Zuwanderungen und die damit verbundenen sozialen Probleme reagiert haben. Die thematische Gliederung des Buches ist auf diese tragende Annahme abgestimmt. Im ersten Kapitel werden zunächst einige zentrale Problemfelder von Migration wie z.B. unsichere Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitslosigkeit benannt und darauf bezogene neue politische Gestaltungsaufgaben formuliert. Der zweite Teil dient in erster Linie illustrativen Zwecken. Hier wird die Ausgangsannahme mit einer Vielfalt an empirischem Material zu belegen versucht. Zum Schluss werden im Hinblick auf den Zusammenhang von Migration und politischer Reaktion konzeptionelle Neuvorschläge diskutiert wie zum Beispiel der Entwurf des Juristen Wollenschläger über ein europäisches Einwanderungsrecht.

*Wenning, Norbert: Migration in Deutschland. Ein Überblick, Münster/ New York: Waxmann 1996*

Wie der Titel bereits ankündigt, gibt die Publikation im wesentlichen einen Überblick über die alten und neuen Zuwanderungen nach Deutschland. In chronologischer Reihenfolge werden zunächst die dominanten Zuwanderungsbewegungen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges (Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler) und danach die Zuwanderungen von Arbeitsmigranten seit den 1950/60er Jahren und die verstärkten Asylzuwanderungen seit den 1980er Jahren vorgestellt. Der Autor schließt seine Ausführungen zur "Migration in der Vergangenheit" mit einer Untersuchung der jüngsten Wanderungsbewegungen ab. Die Öffnung der Berliner Mauer im November

1989 und die darauffolgenden Entwicklungen sowie der Zerfall der politischen Nachkriegsordnung erzeugten in den mittel- und osteuropäischen Staaten ein erhebliches Migrations- bzw. Auswanderungspotenzial, auf das die europäischen Staaten und möglichen Zielländer mit massiven administrativen und juristischen Abwehrmaßnahmen reagierten. Der Autor schließt diese Entwicklung an die weitergehende These an, dass diese Kontrollbemühungen im Inneren mit einer Politik des Ausschlusses von neuen Migranten aus dem Leistungszusammenhang des Sozialstaates korrespondieren. Im abschließenden Kapitel stellt er einige Überlegungen zu den Ursachen, Größenordnungen und Entwicklungsverläufen zukünftiger Migrationensprozesse an. Sozioökonomische Probleme, Umweltzerstörungen, die Suche nach Arbeit und vor allem Nationalitätenkonflikte markieren für ihn die entscheidenden Ursachen neuer Zuwanderungsbewegungen in die Staaten der Europäischen Union, die für ihn trotz der Harmonisierungen im Bereich der Zuwanderungs- und Asylpolitik im Kern nicht vollständig zu verhindern bzw. zu regulieren sind.

*Wenzel, Uwe/ Bös, Mathias: Immigration and the modern welfare state: the case of USA and Germany, in: new community, vol. 23, no. 4, 1997, Pp. 537-548*

Migrationen seit dem Zweiten Weltkrieg haben spezifische Rückwirkungen auf kollektive Identitätsvorstellungen und Konzepte der Staatsbürgerschaft. Autoren wie Hollifield (1992), Soysal (1994), Castles (1998) und zuletzt Bommes (1999) haben gezeigt, dass die Zusammenhänge von Immigration, Niederlassungs- und Integrationsprozessen Folgen haben für nationale und kulturelle Identitäten und eine Herausforderung für den Nationalstaat darstellen. Im Lichte dieser Ergebnisse diskutieren die Autoren dieses Artikels die Beziehung zwischen Immigrationsprozessen und dem modernen Wohlfahrtsstaat an den zwei empirischen Untersuchungsbeispielen USA und Deutschland. Im Mittelpunkt dieses Vergleichs steht der Zugang von Migranten zu den jeweiligen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, der unter zwei Ausgangsannahmen betrachtet wird: Zunächst geben die Autoren einen knappen Überblick über verschiedene migrationsrelevante Rechtsbestimmungen, um damit die Bedeutung staatlich definiert Aufenthaltsrechte und Mitgliedschaftsstatus für die Schaffung und Bereitstellung von Zugangsmöglichkeiten zum Wohlfahrtsstaat zu unterstreichen. In einem zweiten Schritt wird in detaillierter Form die "Inklusion" von Migranten in den Leistungszusammenhang des Wohlfahrtsstaates beschrieben, der weitgehend unabhängig von der nationalen Zugehörigkeit von Personen die Definition des individuellen Sozialstatus an das Territorialitätsprinzip bindet. Differenzen zwischen beiden Ländern werden von den Autoren dabei vor allem im Hinblick auf die unterschiedliche Verknüpfung von "national Membership" und Wohlfahrtsstaatlichkeit markiert. Weil in den USA das Staatsbürger-

schaftskonzept im Unterschied zum "ius sanguinis"-Prinzip in der Bundesrepublik auf einer Verbindung von "ius soli" mit "ius sanguinis"-Elementen beruht, ist für sie in diesem Fall das Territorialitätsprinzip wesentlich bedeutsamer für die spezifische Ausgestaltung sozialer Rechte von Migranten als in der Bundesrepublik.

*Werner, Heinz: Wirtschaftliche Integration und Arbeitskräftewanderungen: Das Beispiel Europa, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 27. Jg., H. 3, 1994, S. 232-245*

Der politische Umgang der verschiedenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union mit Prozessen der Arbeitsmigration wurde von Anbeginn auch durch den eigenen europäischen Bezugsrahmen beeinflusst, zunächst durch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), später dann durch die Europäische Gemeinschaft (EG) und in der Gegenwart durch die Europäische Union (EU). Dieser gemeinsame Erfahrungshintergrund prägt für den Autor in einem hohen Maße auch die politische Gestaltung und Regulierung von neuen Arbeitskräftezuwanderungen. Vor diesem Hintergrund schätzt er die Größenordnungen dieser Zuwanderungen und lotet darauf bezogen verschiedene Möglichkeiten nationaler und/ oder europäischer Zuwanderungs- und Integrationskonzepte aus. Dabei präferiert er eine europäische Einwanderungspolitik, deren Kennzeichen zum Schluss in einer knappen Skizze umrissen werden.

*Wilpert, Czarina: Migration and ethnicity in a non-immigration country: Foreigners in a united Germany, in: new community, vol. 18, no. 1, 1991, Pp. 49-62*

Der deutsche Vereinigungsprozess wurde von fremdenfeindlichen Konflikten und zum Teil gewalttätigen Ausschreitungen begleitet. Die Autorin dieses Aufsatzes untersucht die strukturellen Ursachen dieses Konfliktgeschehens und grenzt sich dabei (implizit) von solchen Positionen ab, die Fremdenfurcht und/ oder Fremdenfeindlichkeit sowie Gewalteskalationen in erster Linie auf die verschiedenen vereinigungsbedingten sozialen Probleme zurückführen (vgl. dazu vor allem die Beiträge in Bade 1994 in diesem LB). Für die Autorin greifen diese Interpretationen zu kurz, da sie lediglich in dem historisch einmaligen und besonderen Bezugsrahmen der deutschen Vereinigung argumentieren. Demgegenüber versucht sie ihre Analyse grundlegender anzusetzen und begreift die neuen Gewaltpotenziale und ihre nationalen Artikulationen im Grunde als ein "Strukturproblem" des Sozial- und Wohlfahrtsstaates (der Bundesrepublik). Vor allem lediglich für deutsche Zuwanderer wie z. B. Aussiedler und Spätaussiedler reservierten Sozialprogramme begreift sie als eine sozialstaatliche Ausgrenzung und Diskriminierung von ausländischen Migranten.

*Winkler, Beate: Einwanderung: Kernfrage unserer Gesellschaft und eine Herausforderung an die Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 48, 1994, S. 3-9*

Die Autorin begreift Immigrationsprozesse als eine "Kernfrage unserer Gesellschaft und als eine Herausforderung an die Politik". Viele Probleme, die derzeit im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen über Einwanderung stehen, wie z.B. die schwierige soziale Situation von Migrant\*innen, die widersprüchlichen Folgen des deutschen Vereinigungsprozesses, die Unwägbarkeiten der weiteren demografischen Entwicklung usw., beeinträchtigen bzw. gefährden nach Meinung der Autorin in direkter Weise die Chancen und Möglichkeiten eines friedlichen "Zusammenlebens" zwischen "Einheimischen" und "Zugewanderten." Im Hinblick auf die Lösung dieser latenten oder manifesten Konfliktkonstellationen räumt sie der Politik eine besonders bedeutsame Rolle ein und argumentiert dabei im Kern mit einer klassischen Zentrum-Spitze-Vorstellung von Gesellschaft. Für die Autorin ist die Politik im "Durchgriff" auf die Gesellschaft gefordert, einen Konsens zwischen ihren Mitgliedern herbeizuführen, den sie als eine grundlegende Voraussetzung für den Entwurf einer im Prinzip "ganzheitlichen" Migrations-, Integrations-, und Minderheitenpolitik betrachtet.

*Withol de Wenden, Catherine: Europa als Schnittpunkt von Migrationsströmen aus dem Osten und dem Süden, in: Morokvasic, Mirjana/ Rudolph, Hedwig (Hrsg.): Wanderungsraum Europa: Menschen und Grenzen in Bewegung, Berlin: edition sigma 1994, S. 62-73*

Das Europa der Gegenwart begreift die Autorin dieses Artikels im Anschluss an Widgren (1992) als eine bedeutende "Einwanderungsregion" und als einen "Kreuzungspunkt" von Migrationen aus dem Osten und dem Süden. Die Europäische Union befindet sich seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der Öffnung der Grenzen der osteuropäischen Staaten im Zentrum einer Entwicklung, in deren Verlauf zu den traditionellen Wanderungsbewegungen aus dem Süden in den Norden verstärkt solche aus dem Osten in den Westen hinzukamen. Die Autorin macht vor diesem Hintergrund die Annahme, dass sich die Migrationspolitiken der europäischen Länder gegenüber diesen beiden Regionen erheblich unterscheiden. Mit dem Bild von der "Festung Europa" verweist sie in diesem Zusammenhang auf einen Schließungsprozess der Europäischen Union nach aussen, der nach innen mit einem Europa der offenen Grenzen mit Freizügigkeit und Gleichbehandlung von Migrant\*innen aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einhergeht. Verstärkt seit den Abkommen von Schengen, Dublin und Maastricht und im Kontext der Erweiterungsbemühungen der Europäischen Union ist es für die Autorin zu einer "europäischen Präfe-

renz" zugunsten von Zuwanderungen, vor allem von Werkvertragsarbeitnehmern aus dem Osten und zu einer "Marginalisierung" von Migrationen insbesondere aus den Maghreb-Staaten gekommen. Diese Ungleichbehandlung bzw. die Privilegierung von Arbeitsmigrationen aus dem Osten und die parallele Abschliessung der Europäischen Union gegenüber dem Süden rechnet sie vor allem aussenpolitischen Erwägungen, insbesondere dem Erweiterungsprozess der Europäischen Union zu: Über ein Bündel politischer Maßnahmen wie bilateralen Austauschabkommen, zeitlich befristeten Arbeitsverträgen für Werkvertragsarbeitnehmer oder Pendelmigranten, Brain-Drain-Programmen u.a.m. werden dauerhafte Migrationsbeziehungen mit den osteuropäischen Staaten in begrenztem Umfang etabliert, so dass es auf diese Weise möglich zu sein scheint, illegaler Einwanderung vorzubeugen, die Asylbewerberzahl zu senken (zu dieser politischen Absicht s. a. Santel 1995 in diesem LB) und endgültigen Abwanderungen aus dieser Region entgegenzusteuern und gleichzeitig die entsprechenden Länder auf ihren zukünftigen Beitritt in die Europäische Union vorzubereiten. Die Kehrseite dieser Politik besteht für die Autorin in einer weiteren Abschottung gegenüber Ländern wie der Türkei oder Marokko, denen wegen ihres vermeintlich hohen Migrationspotenzials kaum eine Chance zum Beitritt zur Europäischen Union eingeräumt wird.

## **1.2 Migration und soziale Folgen**

*Afheld, Horst: Sozialstaat und Zuwanderung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 7, 1993, S. 42-52*

Aufgrund der offenen Grenzen innerhalb der Europäischen Union und einer "verarmten" sog. Zweiten und Dritten Welt ist die Zahl der Zuwanderungen nach Europa massiv angestiegen. Der Autor diskutiert verschiedene Aspekte des Zusammenhangs von Sozialstaat und Zuwanderung und vertritt dabei die These, dass das "uneingeschränkte" Asylrecht der Bundesrepublik im Widerspruch zu ihrem "Sozialstaatsgebot" steht. Vor allem die Aufnahmemöglichkeiten des Sozialstaates und seine Integrationskapazitäten gegenüber Migranten sind für den Autor strukturell begrenzt.

*Bauer, Thomas: Lohneffekte der Zuwanderung: Eine empirische Untersuchung für Deutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 30. Jg., H. 3, 1997, S. 652-656*

Der Autor prüft in diesem Beitrag mittels einer sog. "Translog-Produktionsfunktion" auf der Basis der Querschnittsstichprobe der Beschäftigungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit aus dem Jahre 1990 die bereits in vielen anderen Untersuchungen des derzeitigen Migrationsgeschehens beschriebenen Ängste, Irritationen und Verunsicherungen einheimischer Arbeitnehmer darüber, dass Zuwanderungsprozesse neuer Arbeitsmigranten negative Folgen für das inländische Lohnniveau haben könnten. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass solche Befürchtungen empirisch nicht belegt werden können.

*Bauer, Thomas: Arbeitsmarkteffekte der Migration und Einwanderungspolitik. Eine Analyse für die Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg: Physica-Verlag 1998*

Im Unterschied zur Akzentsetzung seines Artikels von 1997 (siehe oben) auf *Lohneffekte* diskutiert der Autor in dieser Publikation die *Arbeitsmarktfolgen* von Migration und Einwanderungspolitik. Seine Analyse für die Bundesrepublik nimmt zunächst die innenpolitischen Diskussionen über ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild in den Blick, die durch Befürchtungen vor gravierenden negativen Auswirkungen neuer Zuwanderungen auf den Arbeitsmarkt und auf die dortigen Beschäftigungsverhältnisse dominiert sind. Unter Berücksichtigung unterschiedlicher Qualifikationsniveaus von Arbeitsmigranten prüft der Autor anschließend die empirische Stichhaltigkeit solcher "Belastungssemantiken". Er verweist auf und "begrüßt" positive Effekte neuer Zuwanderungen für die Arbeitsmarktentwicklung und versucht abschließend zu zeigen, dass eine selektive Einwanderungspolitik wie in Kanada für die Bundesrepublik mit "erheblichen Problemen" verbunden sein könnte.

*Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hrsg.): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Bonn: 1997*

Der dritte Bericht zur Lage der Ausländer in der Bundesrepublik versucht entsprechend § 91c des Ausländergesetzes die soziale Situation der in Deutschland lebenden Migrantengruppen "differenziert, umfassend und kritisch" darzustellen.

*Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hrsg.): Daten und Fakten zur Ausländersituation, Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Bonn: 1998*

Bei dieser Publikation handelt es sich um die 17. Auflage der Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, die Daten und Fakten zur Ausländersituation in Deutschland umfasst.

*Blaschke, Jochen: Migration - Ein Bericht über den Forschungsstand unter besonderer Berücksichtigung internationaler Publikationen zur Arbeitsmigration seit 1991, Materialien zur Bevölkerungswissenschaft Sonderheft 28, Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt 1997*

Der Bericht dieses Autors gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Diskussion in der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung zum Thema Arbeitsmigration. Der Autor diskutiert Theoriepositionen aus unterschiedlichen Disziplinen und zeichnet zunächst detailliert die Entwicklung der Migrationsforschung bis zu den späten 1980er Jahren nach. Die zwei darauffolgenden Kapitel behandeln die Themen Globalisierung und Neue Migration. Im Schlusskapitel spricht der Autor kurz einige wesentliche Implikationen und Folgen des Zusammenhangs von Migrationspolitik, Zuwanderungssteuerung und Integrationspolitik an.

*Brech, Joachim: Migration - Stadt im Wandel. Und die Planung?, in: Brech, Joachim/ Vanhu, Laura (Hrsg.): Migration - Stadt im Wandel, Darmstadt: Verl. Für Wiss. Publ. 1997, S. 16-19*

Der wachsende Zuwanderungsdruck auf die Mitgliedsstaaten der EU in den 1990er Jahren impliziert insbesondere für die Städte in dieser Region enorme Probleme. Sie sind mit einer gravierenden Umwälzung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Struktur konfrontiert. Es ist ihre unsichere Zukunftsperspektive, welche für den Autor dieses Artikels eine grundlegende Reorganisation der bisherigen städtischen Planungskultur erforderlich macht. Zugleich wirbt er für eine neue Form der Kommunalpolitik, welche auch die Migranten der jeweiligen Stadt stärker als bislang in kommunale Entscheidungsprozesse insbesondere im Hinblick auf die Gestaltung ihrer lokalen "Umwelten" einbeziehen sollte.

*Bucher, Hansjörg: Aussenwanderungen und künftige Bevölkerungsentwicklung in regionaler Sicht, in: Gans, Paul/ Kemper, Franz-Josef (Hrsg.): Mobilität und Migration in Deutschland. Beiträge zur Tagung des Arbeitskreises "Bevölkerungsgeographie" des Verbandes der Geographen an Deutschen Hochschulen am 15. und 16. September 1994 in Erfurt, Erfurter Geographische Studien H. 3, Erfurt: Institut für Geographie der Pädagogischen Hochschule Erfurt/ Mühlhausen 1995, S. 229-238*

Der Autor stellt in diesem Beitrag die Ergebnisse einer sog. "Delphi-Runde" zur Raumordnungsprognose 2010 vor. Er fordert auf der Grundlage seines prognostizierten Anstiegs der Zuwanderungszahlen nach Deutschland umfassende überregionale Konzepte zur Bewältigung des damit verbundenen "Siedlungsdrucks".

*Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Ausländer in Deutschland. Zahlen zur Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitsmarkt, Berlin: 1997*

Dokumentation zur Ausländersituation in Deutschland in Zahlen.

*Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Ausländer in Deutschland. Zahlen zur Bevölkerung, Beschäftigung, Arbeitsmarkt, Berlin: 1998*

Aktualisierte Dokumentation zur Ausländersituation in Deutschland in Zahlen.

*Diakonisches Werk der Evangelischen Kirchen in Deutschland (Hrsg.): Miteinander leben. Rahmenkonzepte für die Arbeit der Diakonie mit Migrantinnen und Migranten, Diakonie Korrespondenz Nr. 9/97, Reutlingen: Diakonie-Verlag 1997*

In dieser Rahmenkonzeption für die Arbeit des Diakonischen Werks der evangelischen Kirche mit verschiedenen Migrantengruppen wird die interkulturelle Öffnung aller sozialen Dienste eingefordert. Nach der Darstellung einiger grundlegender theologischer Annahmen und spezifischer neuer Tätigkeitsanforderungen werden im dritten Teil dieser Konzeption zunächst ausgewählte sozialwissenschaftliche Ansätze zum Thema Neue Migrationen knapp diskutiert und abschließend einige sozialpolitische Folgen dieser Wanderungsbewegungen angesprochen.

*Dinkel, Reiner H./ Lebok, Uwe: Die langfristige Entwicklung des Erwerbspotentials bei alternativen Annahmen über die (Netto)Zuwanderung nach Deutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 26. Jg., H. 4, 1993, S. 495-506*

Unter Einsatz der sog. "Parameterkonstellation" für Fertilität und Mortalität aus dem Jahre 1989 berechnen die Autoren dieses Artikels modellhaft die mögliche Entwicklung des Erwerbspotentials in Deutschland bis zum Jahr 2050, einmal unter der Annahme einer jährlichen Nettozuwanderung von 250.000 und alternativ von 500.000.

*Dinkel, Reiner Hans/ Lebok, Uwe: Demographische Aspekte der vergangenen und zukünftigen Zuwanderung nach Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 48, 1994, S. 27-36*

Auf der Basis der Zuwanderungszahlen bis 1993 untersuchen die Autoren dieses Artikels die demografischen Aspekte und Folgen der vergangenen und der prognostizierten zukünftigen Zuwanderungen nach Deutschland.

*Faist, Thomas/ Hillmann, Felicitas/ Zühlke-Robinet, Klaus (Hrsg.): Neue Migrationsprozesse: politisch-institutionelle Regulierung und Wechselbeziehungen zum Arbeitsmarkt, ZeS-Arbeitspapier Nr. 6, Universität Bremen: Zentrum für Sozialpolitik 1996*

Die Autoren der Beiträge dieses Sammelarbeitspapiers thematisieren die Wechselwirkungen zwischen neuen Migrationsprozessen, politisch-institutionellen Regulierungen und Arbeitsmarktstrukturen in ausgewählten europäischen Ländern. In einem ersten Teil werden drei prominente sozialwissenschaftliche Theorien zum Thema "Neue Migration" vorgestellt. Thomas Faist stellt die seines Erachtens in bisherigen Untersuchungen eher vernachlässigte "Meso-Ebene" für die Analyse des oben genannten Zusammenhangs zentral; im Bezugsrahmen des Konzeptes des "Transnationalismus" formuliert Ludger Pries einige konzeptionelle Überlegungen zur Entstehung sog. "Transnationaler Sozialer Räume"; im Unterschied zu diesen beiden Konzepten vertritt Annette Treibel eine eher klassische migrationstheoretische Position, die von Wanderungsprozessen zwischen verschiedenen Gesellschaften (im Plural) ausgeht und auf dieser Folie eine soziologische Theorie über die (Arbeitsmarkt-) Integration von Migranten skizziert. Die Aufsätze im zweiten Teil von Heinz Werner: "Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt in Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Schweden", Wolfgang Seifert: "'Alte' und 'neue' Zuwanderergruppen auf dem Arbeitsmarkt, 1990-1995", Klaus Zühlke-Robinet: "Arbeitsmarktpolitiken für Ausländerinnen und Ausländer in den Stadtstaaten - dargestellt am Beispiel der Eintritte ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen" und Dora Mourinho: "Empirischer Nachweis von Diskriminierung gegenüber ausländischen Arbeitnehmern beim Zugang zum Arbeitsmarkt: Erfahrungsbericht für Deutschland" basieren auf empirisch-quantitativen Untersuchungen zu den Implikationen von neuen Zuwanderungsprozessen für die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes. Die Aufsätze im dritten Teil von Felicitas Hillmann und Hedwig Rudolph: "Internationale Mobilität von Hochqualifizierten", Stefan Sandbrink: "Die Beschäftigung von osteuropäischen Werkvertragsarbeitnehmern in der BRD: Vorstellung des Forschungsprojekts" und Andreas Kappahn: "Zuwanderung und Arbeitsmarkt in Berlin - Die aktuelle Zuwanderung nach Berlin und die Chancen der Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt" stellen Zwischenergebnisse von laufenden Forschungsprojekten vor, in

denen die Arbeits- und Beschäftigungssituation von neuen Migrantengruppen in Beziehung zu der Zuwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesrepublik untersucht wird.

*Fischer, Andrea: Zum Spannungsverhältnis von Zuwanderung und Sozialstaat, in: PROKLA 94, 24. Jg., H. 1, 1994, S. 27-47*

Der Artikel dieser Autorin stellt einen empirischen Beitrag zu der politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung über die sog. "Leistungsgrenzen" des Sozial- und Wohlfahrtsstaates Bundesrepublik dar. Zunächst umreißt sie knapp die sozialen Folgen der massiven Zuwanderungen nach Deutschland seit den ausgehenden 1980er Jahren. Das Verhältnis von Migration und Sozialstaat untersucht sie dabei unter der zentralen Fragestellung, inwieweit der Sozialstaat angesichts dieses quantitativ gewaltigen Zuwanderungsgeschehens auch in Zukunft seiner zentralen Aufgabe noch in adäquater Weise nachkommen kann, Zugangschancen insbesondere zum Arbeitsmarkt zu eröffnen und entsprechend Schwierigkeiten abzufedern. Die Autorin diagnostiziert ein abnehmendes Leistungsniveau und -potenzial des Sozialstaates, das sie ganz allgemein als das Resultat eines "Spannungsverhältnisses" von Zuwanderung und Sozialstaat begreift.

*Gieseck, Arne/ Heilemann, Ullrich/ Loeffelholz, Hans Dietrich von: Wirtschafts- und sozialpolitische Aspekte der Zuwanderung in die Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 7, 1993, S. 29-41*

In diesem Beitrag untersuchen die Autoren für den Zeitraum von 1988 bis 1992 die ökonomischen und sozialpolitischen Auswirkungen von neuen Zuwanderungsprozessen. Für sie hatten diese Migrationen vor allem auch wegen der guten wirtschaftlichen Konjunktur in diesen Jahren insgesamt positive Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

*Häußermann, Hartmut/ Oswald, Ingrid (Hrsg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung, Leviathan Sonderheft 17, Opladen/ Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 1997*

Seit der Nachkriegszeit wurde insbesondere die demografische und ökonomische Entwicklung der Städte durch die Zuwanderung und Integration von Migranten stark beeinflusst. Über einen Zeitraum von fünfzig Jahren verlief dabei die Aufnahme, Unterbringung und Eingliederung unterschiedlicher Migrantengruppen weitgehend ohne grössere Spannungen und Konflikte zwischen "Einheimischen" und "Fremden". In der Gegenwart bestimmen Zuwanderungen von ausländischen Migranten das quantitative Wachstum vieler europäischer Großstädte. Auf der Basis dieser Situationsbeschreibung fassen die verschiedenen Beiträge dieses Sammelbandes den aktu-

ellen Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Stadtentwicklung als ein enormes soziales Konfliktfeld und gravierendes Gestaltungsproblem im Spannungsfeld zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik (zum Zusammenhang von Zuwanderung und Stadt siehe auch Becker 1993 und Brech 1997 in diesem LB). In Einzeluntersuchungen verschiedener europäischer Länder und Städte wird diese Annahme zu plausibilisieren versucht. Dabei wird zunächst die Arbeits- und Beschäftigungssituation von Migranten auf den "formellen" Arbeitsmärkten untersucht. Danach folgt die Beschreibung der "Überlebensstrategien" illegaler Einwanderer und ihrer sozialen Netzwerke im städtischen Kontext und die Thematisierung von "ethnischer Segregation" im städtischen Wohnbereich. Eine Untersuchung der Frage nach den Selbst- und Fremdzuschreibungen von Migranten im Rahmen einer "ethnischen Kultur" ergänzt die Ausführungen. Im Schlussteil werden verschiedene lokale Politiken gegenüber Migranten und (neue) politische Beteiligungsformen vorgestellt.

*Heckmann, Friedrich: Migration in Deutschland 1995 - eine Bestandsaufnahme, in: epd-Dokumentation, Nr. 36, 1995, S. 5-13*

Dieser Text stellt eine Bestandsaufnahme der sozialen Situation von Migranten in Deutschland im Jahre 1995 dar, die mit umfangreichen Zahlenmaterial illustriert wird. Unsichere Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitslosigkeit, Armut oder ethnische Segregation u.a.m. von neuen Migrantengruppen erfordern für den Autor die Entwicklung neuer politischer Integrationskonzepte.

*Hof, Bernd: Möglichkeiten und Grenzen der Eingliederung von Zuwanderern in den deutschen Arbeitsmarkt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 48, 1994, S. 11-25*

Der Autor diskutiert in diesem Artikel die Möglichkeiten und Grenzen der Integration von Zuwanderern auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Die problematische Arbeitsmarktsituation zu Beginn der 1990er Jahre und der hohe Aussenwanderungssaldo von 1988 bis 1992 verstärkten sich dabei gegenseitig. Das kräftig angestiegene Arbeitskräfteangebot führte zu gravierenden "Verdrängungseffekten", welche sich negativ auf die Arbeitslosenquoten auswirkten und sich für den Autor in zunehmenden Eingliederungsproblemen von Zuwanderern manifestierten. Unabhängig von dieser aktuellen Arbeitsmarktentwicklung ist für ihn die Eingliederung von Zuwanderern dennoch ein strukturelles Erfordernis, um auf lange Sicht insbesondere die "demographische Lücke", die durch den Geburtenrückgang der inländischen Bevölkerung verursacht wird, zu schließen (gegenteiliger Auffassung ist Schönboom 1997 in diesem LB). Durch verschiedene statisti-

sche, auf Demografie und Arbeitsmarkt bezogene, Modellrechnungen versucht der Autor diese These zu belegen.

*Höpflinger, François: Wanderungsbewegungen als demographische und soziale Prozesse, in: dies.: Bevölkerungssoziologie. Eine Einführung in bevölkerungssoziologische Ansätze und demographische Prozesse, Weinheim/ München: Juventa Verlag 1997, S. 97-141*

Ausser Fertilität und Mortalität als zwei besonders wichtigen Bestimmungsfaktoren der Bevölkerungsentwicklung ziehen auch Wanderungsbewegungen bedeutsame demografische Konsequenzen nach sich. Zum empirischen Beleg dieser Annahme untersucht der Autor die verschiedenen sozialen und insbesondere demografischen Folgen von Ein- und Auswanderungsprozessen. Zunächst jedoch gibt er einen knappen Überblick über unterschiedliche historische und aktuelle Formen von Wanderungsbewegungen in und nach Europa. Als theoretische Erklärungsangebote solcher Migrationsprozesse diskutiert er die klassischen Theorien von Everett Lee und Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny.

*Jacobs, Herbert: Migration im Sozialstaat. Entwicklungstendenzen des Sozialstaates unter dem Einfluß wirtschaftlicher Globalisierung und weltweiter Wanderungsströme, in: Sozialer Fortschritt, 46. Jg., H. 11, 1997, S. 256-264*

Der Autor diskutiert den Zusammenhang zwischen Sozialstaat, wirtschaftlicher Globalisierung und weltweiten Migrationsbewegungen (zum Zusammenhang von Migration und Sozialstaat siehe z.B. auch die Beiträge von Afheld 1993, Bommers 1995, 1999, Fischer 1994 und Santel/Hunger in diesem LB). Im Anschluss an Esping-Anderson (1990) versteht er die europäischen Sozialstaaten unabhängig davon, welchem "wohlfahrtsstaatlichen Regimety" sie angehören, als Nationalstaaten, für die die Unterscheidung von Staatsbürgern und Nicht-Staatsbürgern konstitutiv ist. Das wesentliche Strukturmerkmal des Sozialstaates besteht daher darin, seine Staatsbürger wirtschaftlich, sozial und kulturell zu integrieren bzw. weitestgehend in verschiedene gesellschaftliche Bereiche zu inkludieren. Im Rahmen dieser Annahme werden in den folgenden Kapiteln die Entwicklung und die Ursachen der Zuwanderung in die Bundesrepublik seit 1945 skizziert und die durch Migration und der Herausbildung globaler Arbeitsmärkte entstandenen sozialstrukturellen Veränderungen betrachtet. Im Zusammenspiel mit der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung setzt das internationale Migrationsgeschehen den Sozialstaat in Deutschland unter erheblichen Veränderungsdruck. Für den Autor sind vor allem die neuen Armuts- und Arbeitskräftezuwanderungen in den 1990er Jahren zu einem Kristallisationspunkt der politischen

Auseinandersetzungen über Umverteilung und Inklusion in den Sozialstaat geworden. Im Kontext anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und wachsender weltwirtschaftlicher Konkurrenz scheint die Integrationsfähigkeit des Sozialstaates begrenzt zu sein. Im Hinblick auf die damit aufgeworfene Frage, wie angesichts dieser Entwicklungen der zukünftige Umgang des Sozialstaates mit Migrantinnen aussehen kann, diskutiert der Autor drei verschiedene Positionen, die er im Anschluss an Faist (1994) als sozialdemokratische, weltbürgerlich-liberale und nationalistisch-populistische bezeichnet. Für den Autor stimmen Politik und Öffentlichkeit immer mehr in den Ruf nach "innerer Abschottung" des Sozialstaates gegenüber Migrantinnen ein und fordern eine Beschränkung der sozialstaatlichen Leistungen auf die Gruppe der "berechtigten Nutznießer", d. h. auf die Staatsbürger der Bundesrepublik.

*Lederer, Harald W.: Migration und Integration in Zahlen. Ein Handbuch, Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (Hrsg.): Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Bonn: 1997*

Dieses Handbuch bietet einen statistischen Gesamtüberblick über vergangene und gegenwärtige Migrations- und Integrationsprozesse. Sein Autor kommentiert und interpretiert jede Tabelle sehr ausführlich und weist darüber hinaus auch auf konzeptionelle und methodische "Schwachstellen" der Datenerhebung hin.

*Lederer, Harald W.: Migration und Integration in Zahlen, CD-ROM Ausgabe 1997, Bamberg: Europäisches Forum für Migration 1997*

CD-Rom-Ausgabe der Veröffentlichung von 1997.

*Lutz, Helma/ Huth-Hildebrandt, Christine: Geschlecht im Migrationsdiskurs. Neue Gedanken über ein altes Thema in: Das Argument 224, 40. Jg., H. 1-2, 1998, S. 159-173*

Die aktuellen Debatten in der Migrationsforschung sind scheinbar durch eine paradoxe Kommunikationsstruktur oder, in der Sprache der Autorinnen dieses Artikels, durch eine "gleichzeitige Thematisierung und De-Thematisierung der Kategorie Geschlecht" gekennzeichnet. Besonders für die Arbeiten im Umkreis der Vertreter der sog. "Ethnisierungsthese" behaupten sie eine deutliche "Vernachlässigung" der Geschlechterkategorie und ziehen aus dieser Annahme die Schlussfolgerung, dass die sozialwissenschaftliche Migrationsforschung insgesamt und ungeachtet von vier Jahrzehnten Frauenmigration immer noch deutlich ein äusserst "stereotypes" Bild von Migrantinnen vertritt.

*Miera, Frauke: Zuwanderer und Zuwanderinnen aus Polen in Berlin in den 90er Jahren. Thesen über Auswirkungen der Migrationspolitiken auf ihre Arbeitsmarktsituation und Netzwerke, Discussion Paper FS I 96-106, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1996*

Dieser Text untersucht am Beispiel polnischer ZuwandererInnen nach Berlin die Migrationspolitik der Bundesrepublik gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten in den 1990er Jahren. Im Mittelpunkt stehen die Auswirkungen der Migrationspolitiken auf die Lebens- und Arbeitssituation sowie auf die sozialen Netzwerke dieser Zuwanderergruppe (zur aktuellen Situation polnischer Migranten in Deutschland siehe auch die Arbeiten von Cyrus 1993, 1994, 1995a, b und 1997a, b, c, d in diesem LB).

*Müller, Britta: Ausländer in Rostock, zwei Jahre nach den Krawallen in Lichtenhagen, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 14. Jg., H. 4, 1994, S. 172-177*

Der Aufsatz dieser Autorin stellt die Zusammenfassung einer empirischen Studie dar, in der sie die soziale Situation von Ausländern in Rostock zwei Jahre nach den ausländerfeindlichen Ausschreitungen im Stadtteil Lichtenhagen untersucht hat. Basierend auf der Fallanalyse, aber auch über diese hinausgehend, versucht sie einige neue "Denkanstöße" für ein weitgehend "konfliktfreies" Zusammenleben von "Einheimischen" und "Fremden" zu entwickeln.

*Müller, Evelin: Grenzüberschreitende Migration in den neuen Bundesländern am Beispiel von Sachsen, in: Gans, Paul/ Kemper, Franz-Josef (Hrsg.): Mobilität und Migration in Deutschland. Beiträge zur Tagung des Arbeitskreises "Bevölkerungsgeographie" des Verbandes der Geographen an Deutschen Hochschulen am 15. und 16. September 1994 in Erfurt, Erfurter Geographische Studien H. 3, Erfurt: Institut des Instituts für Geographie der Pädagogischen Hochschule Erfurt/ Mühlhausen 1995, S. 213-228*

Der Artikel diskutiert zunächst demografische Entwicklungslinien in der DDR und der Bundesrepublik vor der Vereinigung. Nachfolgend untersucht die Autorin die soziale Situation von Ausländern in den neuen Bundesländern am Beispiel von Sachsen.

*Münz, Rainer/ Seifert, Wolfgang/ Ulrich, Ralf: Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven, Frankfurt a. M./ New York: Campus 1997*

In den verschiedenen Kapiteln dieses Buches wird der Migrationsprozess nach Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges empirisch-vergleichend untersucht. Die Autoren diskutieren

die spezifischen Voraussetzungen für, die sozialen Auswirkungen auf und die Bedeutung der engen Beziehung von Staatlichkeit und Migration für die Entwicklung der Bundesrepublik bis in die Gegenwart. In verschiedenen Szenarien prognostizieren sie für die nächsten drei Jahrzehnte einen jeweils weiteren beträchtlichen Anstieg der ausländischen Bevölkerung. Diese Zunahme erfordere eine grundlegende Revision der bisherigen Zuwanderungs- und Integrationspolitik Deutschlands.

*Münz, Rainer/ Seifert, Wolfgang/ Ulrich, Ralf/ Fassmann, Heinz: Migrationsmuster, Integration und Exklusion von Ausländern. Deutschland und Österreich im Vergleich, Humboldt-Universität zu Berlin, Demographie aktuell, Nr. 10, Berlin: 1997*

Die Autoren vergleichen die "Migrationsmuster" und die verschiedenen migrationsrelevanten politischen Steuerungs- und Integrationskonzepte von Deutschland und Österreich. Die soziale Situation von Migranten in beiden Ländern ist für sie vor allem durch ihre vergleichbar schwierige Arbeitsmarktsituation gekennzeichnet (zum Vergleich der Länder Deutschland und Österreich siehe auch die Arbeiten von Hönekopp 1991, 1992 in diesem LB).

*Münz; Rainer/ Ulrich, Ralf: Germany and its immigrants: a socio-demographic analysis, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, vol. 24, no. 1, 1998, Pp. 25-56*

Der Aufsatz behandelt die Voraussetzungen und sozialen Folgen von insgesamt sechs Zuwanderungsbewegungen nach und aus Deutschland seit 1945: Nachkriegsvertriebene und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler, Übersiedler, deutsche Auswanderer, Arbeitsmigranten und Asylbewerber. Im Blick auf eine angemessene sozialstrukturelle Verortung beginnt der Aufsatz mit einer Beschreibung der derzeitigen Wohn- und Beschäftigungssituation dieser Gruppen. Nach klassischen Vorbildern wie den USA, Kanada oder Australien fordern auch die Autoren dieses Artikels eine sofortige Selbsterklärung der Bundesrepublik als Einwanderungsland (zu dieser Forderung siehe vor allem auch Bade 1994a, b und 1995 und die dort angegebene Literatur in diesem LB). Eine dem entsprechende Modifikation ihrer Migrationspolitik sollte für die Autoren vor allem den erleichterten Zugang von Migranten zur deutschen Staatsbürgerschaft vorsehen.

*Rethmann, Albert-Peter: Einwanderungsgruppen in Deutschland, in: ders.: Asyl und Migration. Ethik für eine neue Politik in Deutschland, Münster: Lit 1996, S. 68-107*

Der Autor vergleicht die soziale Situation, den rechtlichen Status und die Größenordnungen von verschiedenen Einwanderungsgruppen in Deutschland.

*Richter, Hans-Burkhard: Probleme der Zuwanderung am Beispiel Berlins, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 46, 1997, S. 20-28*

Der Fall der Mauer bedeutete für Berlins Zuwanderungsgeschichte eine gewaltige historische Zäsur. Danach stiegen die Zuwanderungen vor allem von Übersiedlern, Asylbewerbern und Migrantinnen aus den ost- und mitteleuropäischen Staaten so stark an, dass sie für den Autor den Erfolg der bisherigen politischen Integrationskonzepte gefährdeten. Aus dieser These leitet er dann die politischen Forderungen ab, weitere zu erwartende Zuwanderungsprozesse zu begrenzen und die sozialstaatlichen Leistungen für Asylbewerber zu kürzen.

*Rudolph, Hedwig/ Morokvasic, Mirjana (eds.): Bridging States and Markets. International Migration in the Early 1990s, Berlin: edition sigma 1993*

In diesem Sammelband werden die politischen und ökonomischen Transformationsprozesse der verschiedenen mittel- und osteuropäischen Staaten vergleichend untersucht. Das Hauptinteresse der einzelnen Beiträge gilt den sozialen Auswirkungen neuer internationaler Migrationsprozesse auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes unter besonderer Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte.

*Santel, Bernhard/ Hunger, Uwe: Gespaltener Sozialstaat, gespaltener Arbeitsmarkt. Die Etablierung postwohlfahrtsstaatlicher Einwanderungspolitiken in Deutschland und den Vereinigten Staaten, in: Soziale Welt, 48. Jg., H. 4, 1997, S. 379-396*

Mit seiner inzwischen klassischen Formulierung des sog. "Denizen" hat Hammar (1990) eine zu Beginn der 1970er Jahre einsetzende Entwicklung zusammengefasst, in deren Verlauf Arbeitsmigrantinnen in den europäischen Staaten immer mehr Aufenthalts- und soziale Rechte erwarben, die sie abgesehen von den explizit politischen Staatsbürgerrechten mit dem Rechtsstatus von Staatsbürgern weitgehend gleichstellte. Diese Diskrepanz zwischen sozialstaatlicher Inklusion und politischer Exklusion wird von den Autoren dieses Aufsatzes auf die prekäre Beziehung zwischen nationalem Sozialstaat und Migration zurückgeführt. Sie knüpfen dazu an die Analyse des Soziologen Michael Bommers von 1994 (in diesem LB) an, der in systematischer Absicht gezeigt hat, dass die Inklusion in den modernen Sozial- und Wohlfahrtsstaat auch von Migrantinnen vor allem aufgrund ihrer Kopplung an den Arbeitsprozess zum großen Teil unabhängig von derer staatlicher Zugehörigkeit erfolgt. Diese These wird von den Autoren für die Entwicklungen in den USA und Deutschland seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes jedoch relativiert, indem sie

zu belegen versuchen, dass in beiden Ländern gegenwärtig eine Reorganisation des jahrzentlang gültigen Arrangements von Sozialstaat, Inklusion und Migration zu beobachten ist. Diesen Veränderungsprozess fassen sie genauer als die Etablierung von "postwohlfahrtsstaatlichen Strukturen und Einwanderungspolitiken" und damit verbundenen Ausgrenzungs- und Schließungspolitiken gegenüber Einwanderern. Im Fall der USA wird besonders der mit der Verabschiedung des Fürsorgesetzes von 1996 in Gang gesetzte radikale Abbau von sozialstaatlichen Leistungsprogrammen als Beendigung der bis dahin dominanten Politik einer wohlfahrtsstaatlichen Inklusion von Migranten interpretiert. Der Wohlfahrtsstaat ziehe seitdem eine explizite und strikte Differenz zwischen Staatsbürgern und Einwanderern. Für den Fall Deutschland beobachten die Autoren eine Neuaufwertung von Ethnizitäts- und Nationssemantiken vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Als Abkehr von einer Politik der sozialstaatlichen Inklusion wird hier das System der zeitlich begrenzten Werkvertragsabkommen mit den MOE-Staaten und später mit den Mitgliedsstaaten der EU gefasst. Unter dem "Deckmantel" der Dienstleistungsfreiheit führte die Öffnung des nationalen Arbeitsmarktes für neue Formen der Arbeitsmigration nicht nur zu einer Fragmentierung des Arbeitsmarktes, sondern auch zu Prozessen der sozialstaatlichen Exklusion, insofern diese sog. neuen "Gastarbeiter" zu sozial- und arbeitsrechtlichen Standards ihrer Herkunftsländer und ohne Einbindung in das deutsche Sicherungssystem beschäftigt werden. In einer abschließenden Bemerkung wird dieser parallel sichtbare "Exklusionstrend" in beiden Ländern auf das Zusammenspiel von wohlfahrtsstaatlichen Krisen, globalem Wettbewerb und der Standortkonkurrenz nationaler Regulierungssysteme zurückgeführt. Das wesentliche Ergebnis dieses Zusammenspiels besteht für die Autoren in der Wiederaufwertung von nationaler Staatsbürgerschaft und ist für sie damit im Kern ein historischer Rückschritt. Seit etwa der Mitte der 1990er Jahre scheint erneut nur die Zugehörigkeit von Personen zur Staatsbevölkerung und damit zur Nation auch eine vollständige Inklusion in wohlfahrtsstaatliche Leistungszusammenhänge zu garantieren.

*Schmalz-Jacobsen, Cornelia: Zwischen Migration und Integration: Die Ausländerpolitik der Bundesrepublik vor neuen Herausforderungen, in Dippel, Horst (Hrsg.): Zuwanderung: Bedrohung oder Bereicherung? Beiträge zur Immigration und Integration in ausgewählten Ländern Westeuropas und Nordamerikas, Münster/ Hamburg: Lit 1994*

In ihrer Einleitung zu diesem Sammelband fordert die Autorin eine grundsätzliche Änderung der Ausländerpolitik der Bundesrepublik, die angesichts der gewaltigen Zuwanderungsprozesse in den 1990er Jahren und einer damit erneut veränderten Einwanderungssituation überholt und an-

tiquiert zu sein scheint. Die Autorin plädiert vor allem für den erleichterten Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft, den sie als eine grundlegende Voraussetzung für eine vollständige Integration von Migranten begreift.

*Schulz, Erika: Auswirkungen verstärkter Wanderungen auf die regionale Bevölkerungsentwicklung Deutschlands. Prognosen bis zum Jahr 2000, Humboldt-Universität zu Berlin, Demographie aktuell, Nr. 1, Berlin: 1993*

Der Aufsatz untersucht die Auswirkungen verstärkter Zuwanderungen auf die regionale Bevölkerungsentwicklung anhand von zwei Prognosen, die auf unterschiedlichen Annahmen über die Dynamik des wirtschaftlichen Aufholprozesses in den ostdeutschen Bundesländern und die Intensität des europäischen Integrationsprozesses basieren.

*Schulz, Erika: Zuwanderung nach Deutschland und Ausländerbeschäftigung. Eine empirische Analyse, in: Wendt, Hartmut (Hrsg.): Zuwanderung nach Deutschland - Prozesse und Herausforderungen. Vorträge auf der 1. Tagung des Arbeitskreises "Migration - Integration - Minderheiten" der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw), Materialien zur Bevölkerungswissenschaft H. 94, Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt 1999, S. 97-127*

Im Mittelpunkt dieses Beitrages steht die Beziehung zwischen Zuwanderung und Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland. Die Autorin vergleicht die klassische Arbeitsmigration mit aktuell bedeutsamen Zuwanderungen von Aussiedlern, Asylbewerbern und Migranten aus den ost- und mitteleuropäischen Staaten vor allem im Hinblick auf deren unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt.

*Seifert, Wolfgang: Neue Zuwanderungsgruppen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Eine Analyse der Arbeitsmarktchancen von Aussiedlern, ausländischen Zuwanderern und ostdeutschen Übersiedlern, in: Soziale Welt, 47. Jg., H. 2, 1996a, S. 180-201*

Der Autor untersucht die Situation von Aussiedlern, ausländischen Zuwanderern und ostdeutschen Übersiedlern auf dem deutschen Arbeitsmarkt für den Zeitraum von 1984 bis 1995. Durch empirische Korrelationsanalysen versucht er seine zentrale Annahme zu belegen, dass die Arbeitsmarktchancen dieser Migrantengruppen entscheidend von ihren rechtlich jeweils unterschiedlich definierten Status abhängen (zu der These einer engen Verschnürung von rechtlichem

Status und Integrationschancen siehe u.a. auch Mährlein 1994, Santel/ Hunger 1997, Sieveking 1996, Weitkamp 1995 und Wenzel/ Bös 1997 in diesem LB).

*Seifert, Wolfgang: Occupational and social integration of immigrant groups in Germany, in: new community, vol. 22, no. 3, 1996b, Pp. 417-436*

Der Beitrag dieses Autors stellt eine ergänzende Analyse zu seinem Artikel von 1996a (siehe oben) dar. Im Mittelpunkt steht diesmal die empirische Untersuchung der Lebensbedingungen mediterraner Einwanderer in Deutschland im Zeitraum von 1984 bis 1994. Der Autor stellt dazu die Ergebnisse des sozioökonomischen Panels (SOEP) zur Integrations- und Beschäftigungssituation dieser Gruppe vor und geht dabei von der Annahme aus, dass neben dem rechtlichen Status auch der Ausbildungsgrad und die Eintrittsperiode die Arbeitsmarktchancen dieser Migranten zu einem großen Teil bestimmen. Mit dem Eintritt der dritten Generation mediterraner Einwanderer in den Arbeitsmarkt erwartet der Autor eine partielle Angleichung ihrer Arbeitsmarktsituation an diejenige der deutschen Bevölkerung.

*Treibel, Annette: Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht, Weinheim/ München: Juventa Verlag 1999*

Mit der Öffnung Osteuropas, der Vollendung des europäischen Binnenmarktes, dem Krieg auf dem Balkan und anderen geo-politischen Veränderungen sind Randbedingungen entstanden, die neue Wanderungsbewegungen vor allem nach Europa auslösten. Anknüpfend an ihre Definition von Migration als Wanderung zwischen nationalen Gesellschaften (im Plural) untersucht die Autorin die sozialen Folgen dieses Migrationsgeschehens und diskutiert unter dem Gesichtspunkt der Integration in den "gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang" die klassischen Konzepte der Assimilation und Marginalität sowie der Eingliederung und Ausgrenzung. Sie resümiert diese Diskussion mit einem Blick auf den Zusammenhang von Migration und Konflikt. Dabei sind für die Entstehung sozialer Konflikte nicht ethnische oder kulturelle Unterscheidungen ausschlaggebend, sondern vor allem misslungene Integrationsprozesse von Migranten in Bezug auf den Arbeitsmarkt und andere gesellschaftliche Bereiche.

*Trong, Nguyen: Zur Situation der Ausländer in den neuen Bundesländern, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 12. Jg., H. 1, 1992, S. 21-24*

Für den Autor dieses Artikels ist das charakteristische Profil der sozialen und dabei insbesondere der beruflichen Situation von Ausländern in den neuen Bundesländern am ehesten fassbar, wenn

es im Kontext der jeweils unterschiedlichen rechtlichen Status dieser Migrantengruppen betrachtet wird. Auch dieser Aufsatz hebt damit die bereits in vielen anderen Arbeiten zur sozialen Situation neuer Migrantengruppen betonte enge Beziehung zwischen Recht und Integration, Rechtsdefinitionen und Zugangschancen von Migranten besonders in Bezug auf den Arbeitsmarkt hervor (siehe u.a. Seifert 1996a in diesem LB und die dort angegebene Literatur).

*Velling, Johannes: Immigration und Arbeitsmarkt. Eine empirische Analyse für die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1995*

Der Autor untersucht in dieser Arbeit das Verhältnis zwischen Immigration und Arbeitsmarkt am Beispiel neuer Zuwanderungen nach Deutschland. Im Zentrum seiner Ausführungen steht die empirische Überprüfung der Frage, ob Zuwanderungen negative Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt haben. Für den Autor sind die verschiedenen Folgen neuer Beschäftigungsformen wie Saison-, Werkvertrags- und Grenzarbeit sowie illegale Beschäftigung nicht mit einem einfachen Entweder-Oder zu fassen. Sie sind für ihn weder eindeutig positiv noch eindeutig negativ zu beurteilen.

*Vogel, Dita: Zuwanderungspolitische Steuerungsinstrumente und ihr Einfluß auf das Sozialbudget. Ein systematischer Problemaufriß, in: Zeitschrift für Sozialreform, 39. Jg., H. 1, 1993, S. 1-19*

Wenn man die gegenwärtigen wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Diskussionen zum Zusammenhang von Sozialstaat, Sozialpolitik und Migration genauer ins Visier nimmt, fällt auf, dass die verschiedenen sozialpolitischen Implikationen des internationalen Wanderungsgeschehens sowohl Befürwortern als auch Gegnern des derzeitigen wohlfahrtsstaatlichen Arrangements Argumente an die Hand zu geben scheinen, ihre Positionen zu bestätigen. Dieser Aufsatz nimmt von diesem widersprüchlichen Diskussionskontext seinen Ausgang und versucht die (wohlfahrts-)staatlichen Regulierungs- und Steuerungsmöglichkeiten von Migration systematisch zu fassen. Die leitende Frage ist dabei, welchen Einfluss zuwanderungspolitische Steuerungsinstrumente auf das Sozialbudget haben.

*Vogel, Dita: Fiskalische Effekte der Zuwanderung im sozialen Sicherungssystem. Eine theoretische Analyse verschiedener Migrations-, Familien- und Einkommensverläufe, ZeS-Arbeitspapier Nr. 1, Universität Bremen: Zentrum für Sozialpolitik 1996*

Dieses Arbeitspapier behandelt die fiskalischen Effekte von Zuwanderungsprozessen im sozialen Sicherungssystem und die Frage, wie sich unterschiedliche Zuwanderungspolitiken auf dieses Sicherungssystem auswirken. Die Autorin führt dazu eine Analyse von verschiedenen Migrations-, Familien- und Einkommensverläufen durch.

*Wellisch, Dietmar/ Wildasin, David E.: Dezentrale Umverteilung und Einwanderung, in: ifo Studien, 42. Jg., H. 1, 1996, S. 101-133*

Im Kontext der Vollendung eines gemeinsamen europäischen Arbeitsmarktes analysieren die Autoren dieses Artikels vor allem die fiskalischen Effekte von Zuwanderungen in Staaten, die selbstständig dezentrale Umverteilungsmaßnahmen durchführen.

*Wendt, Hartmut: Ausgangspunkte, Problemstellungen und Aufgabenfelder des Arbeitskreises "Migration - Integration - Minderheiten", ders. (Hrsg.): Zuwanderung nach Deutschland - Prozesse und Herausforderungen. Vorträge auf der 1.Tagung des Arbeitskreises "Migration - Integration - Minderheiten" der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw), Materialien zur Bevölkerungswissenschaft H. 94, Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt 1999, S. 7-17*

In der Einleitung dieses Sammelbandes diskutiert der Autor Ausgangspunkte, interdisziplinäre Problemstellungen und Aufgabenfelder des neu gegründeten Arbeitskreises "Migration - Integration - Minderheiten" der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw). Der thematische Schwerpunkt dieses Arbeitskreises soll in der Analyse der Ursachen und sozialen Folgen neuer Formen der Migration nach Deutschland liegen.

*Werner, Heinz: Befristete Zuwanderung von ausländischen Arbeitnehmern. Dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Ost-West-Wanderungen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 29. Jg., H. 1, 1996, S. 36-53*

Auf der Basis einer Vielzahl bilateraler Abkommen wurde in Deutschland weit stärker als in anderen europäischen Ländern das migrationspolitische Steuerungselement der befristeten Zuwanderung dazu eingesetzt, aktuellen Arbeitskräftebedarf auf dem nationalen Arbeitsmarkt durch die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer kurzfristig zu kompensieren. In diesem Aufsatz werden die verschiedenen Formen dieser neuen Arbeitskräftewanderungen vorgestellt und erörtert und darauffolgend die sozialen Auswirkungen dieses Migrationsgeschehens sowohl in den Herkunfts- als auch in den europäischen Aufnahmeländern beschrieben. Im Schlusskapitel gibt der

Autor auf der Grundlage einer Umfrage des Europarates aus dem Jahr 1994 eine Übersicht über den aktuellen Stand von bilateralen Vereinbarungen zwischen europäischen und den MOE-Staaten.

*Wilpert, Czarina: Migration and informal work in the new Berlin: new forms of work or new sources of labour?, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, vol. 24, no. 2, 1998, Pp. 269-294*

Die Entstehung des informellen Berliner Arbeitsmarktes ist für die Autorin dieses Artikels durch ökonomische "Freisetzungprozesse" in Bezug auf sowohl niedrig qualifizierte ausländische als auch hochbezahlte deutsche Arbeitskräfte zu erklären. Als Teil und Folge dieses Prozesses ist gleichzeitig die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse von Arbeitnehmern in Subunternehmerverhältnissen, von Saison- und Werkvertragsarbeitnehmern und Grenzgängern sowie die Zahl der Touristen ohne Visa-Verpflichtung erheblich gestiegen. Für die Autorin ist dieser Trend eingebunden in einen bereits seit der Mitte der 1980er Jahre zu beobachtenden Deregulierungs- und Flexibilisierungsprozess der industriellen Arbeitsbeziehungen, in dessen Verlauf eine Vielzahl zeitlich befristeter Beschäftigungsmöglichkeiten von Arbeitsmigranten geschaffen wurde. Der Beitrag präsentiert umfangreiches Zahlenmaterial zu Größenordnung und Struktur dieser neuen Form der Arbeitsmigration.

*Wingen, Max: Immigration to the Federal Republic of Germany as a Demographic and Social Problem, in: International Migration Review, vol. 29, no. 3, 1995, Pp. 710-721*

Der Autor untersucht in diesem Beitrag die Frage, ob der anhaltende Rückgang der erwerbsfähigen deutschen Bevölkerung durch sinkende Netto-Reproduktion und allmählicher Inversion der Bevölkerungspyramide durch (verstärkte) Immigration kompensiert werden kann. Er konstatiert, dass dieses demografische Defizit nur im geringen Maße durch Zuwanderung korrigiert werden kann. Jede Form einer "Zuwanderungslösung" dieses Problems sei erst dann sinnvoll und effektiv, wenn sie von einem beträchtlichen Anstieg der Geburtenraten in Deutschland begleitet würde (vgl. auch Birg 1998 in diesem LB und die dort angegebene Literatur).

*Wolter, Achim: Qualifikationsspezifische Determinanten der Migration nach Deutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 30. Jg., H. 3, 1997, S. 657-662*

Auf der Basis der IAB-Beschäftigtenstichprobe (IABS) untersucht der Autor Zuwanderungsprozesse nach Deutschland unter dem Gesichtspunkt unterschiedlicher Qualifikationsniveaus von

Migranten. Seine Kernthese lautet dabei, dass "klassische" Pull-Faktoren wie z.B. die Aussicht auf bessere Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten im wesentlichen Zuwanderungsprozesse von niedrigqualifizierten Migranten auslösen, während höherqualifizierte Migranten vornehmlich als "Mitglieder" von Organisationen wie z.B. multinationalen Unternehmen nach Deutschland wandern. Die Wahl dieses Standortes korreliere entsprechend mit der Höhe der Direktinvestitionen von solchen Unternehmen in Deutschland.

### 1.3 Migration und sozialwissenschaftliche Theorie

*Bommes, Michael/ Halfmann, Jost: Migration und Inklusion. Spannungen zwischen Nationalstaat und Wohlfahrtsstaat, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 46. Jg., H. 3, 1994, S. 406-424*

Die Beziehung zwischen Wohlfahrtsstaat und Migration wurde in der Migrationsforschung lange Zeit vernachlässigt. Erst in den letzten Jahren hat dieses Thema eine Reihe empirisch-vergleichender Untersuchungen angestoßen (siehe dazu auch die Arbeiten in diesem LB). Die Arbeit dieser Autoren ist in diesem Kontext situiert. Sie reklamiert jedoch einen anderen Zugriff, indem sie einen eher theoretischen Rahmen der Interpretation des Verhältnisses von Nationalstaat, Wohlfahrtsstaat und Migration zu entwickeln versucht: So schließen die Autoren in einem theoretischen Kapitel an die systemtheoretische These an, dass moderne Staaten als funktional ausdifferenzierte politische Systeme aufzufassen sind. Sie unterscheiden im Anschluss daran zwischen politischer "Vollinklusion" und wohlfahrtsstaatlich vermittelter Inklusion in verschiedene gesellschaftliche Teilsysteme und versuchen zu zeigen, dass die im Kontext der modernen Staatenbildung entstehenden nationalen Semantiken wie Ethnizität und Volk Beschreibungsformen sind, mit der die Stilisierung von Gesellschaft als Gemeinschaft bzw. als Einheit der Nation ermöglicht wird. Das anschließende Kapitel versucht im Rückgriff auf diese theoretisch-grundbegrifflichen Überlegungen am Beispiel der Bundesrepublik zu verdeutlichen, dass nationale Semantiken den Staatsbildungsprozess in Deutschland begleiteten und im Kontext des Ausbaus des Sozial- und Wohlfahrtsstaates nach 1945 sowie des relativen Abschlusses der Staatsbildung politisch entwertet wurden. Eine zentrale These besteht vor diesem Hintergrund darin, dass nationale Semantiken "Inklusionssemantiken" sind, die in dem Maße in den 1980er Jahren politisch wieder aufgewertet und für die Bevölkerung bedeutsam wurden, in dem sich daran im Kontext weltwirtschaftlicher Umbruchprozesse, weiterer Globalisierungen und ansteigender

Migrationsbewegungen nach Deutschland die nationale Staatsbürgerschaft als das zentrale Kriterium der Inklusion bzw. Exklusion vom wohlfahrtsstaatlichen Leistungszusammenhang formulieren ließ. Nationale Semantiken und zum Teil gewaltförmige Ausschreitungen gegenüber Ausländern im gegenwärtigen Deutschland belegen für die Autoren vor allem die Konkurrenz um die staatliche Verteilung von Ressourcen und Chancen, die Inklusionen in andere gesellschaftliche Teilsysteme erhöhen können. Solche Konflikte über wohlfahrtsstaatliche Leistungen sind für die Autoren von jenen Konflikten in Osteuropa strikt zu unterscheiden, in denen Probleme der nationalen Staatsbildung artikuliert werden. Zum Schluss resümieren sie ihre Ausführungen für eine soziologische Theorie über die Beziehung zwischen nationalem Wohlfahrtsstaat und Migration, indem sie die erneute Relevanz national artikulierter Konflikte als die zentrale Folge einer konstitutiven Spannung zwischen Nationalstaat und Wohlfahrtsstaat zu erklären versuchen: Der Wohlfahrtsstaat bezieht Individuen weitgehend unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit ein und steht somit in einem Spannungsverhältnis zum Nationalstaat und seiner politischen Inklusionsform Staatsbürgerschaft, über die vermittelt ausländische Migranten von politischen Teilhaberechten ausgeschlossen werden.

*Bommes, Michael: Migration und Ethnizität im nationalen Sozialstaat, in: Zeitschrift für Soziologie, 23. Jg, H. 5, 1995, S. 364-377*

Fremdenfeindlichkeit und die Wiederaufwertung nationaler Semantiken in den jüngeren politischen Auseinandersetzungen und sozialen Konflikten in der Bundesrepublik werden in den Sozialwissenschaften überwiegend auf die sozialen Brüche und Friktionen des schwierigen deutschen Vereinigungsprozesses und/ oder auf durch Individualisierungsprozesse ausgelöste Orientierungskrisen Jugendlicher zurückgeführt (Heitmeyer z.B. 1992). Der Autor dieses Beitrages argumentiert, dass vor allem die Desintegrationsthese wegen ihres strukturfunktionalen Bias keine brauchbare Erklärung dieser neueren Entwicklungen, wie sie insbesondere mit den Anschlägen auf Migranten in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen verbunden sind, anbietet. Der Autor versucht zu zeigen, dass Renationalisierungsprozesse und Konflikte nur mittels eines *historischen* Zugangs zur Ethnizitätsproblematik und ihrer Wandlung im Verlauf der Entwicklung des modernen Nationalstaates zum Sozialstaat angemessen verstanden werden können. Aufbauend auf seinen Aufsatz mit Halfmann von 1994 (siehe oben) argumentiert er auch hier im Rahmen der Systemtheorie von Niklas Luhmann und begreift Staaten als funktional differenzierte Systeme und die mit Staatsbildungen einhergehenden Ethnizitäts- und Nationalitätssemantiken als Einheitssemantiken, in denen Individuen als in die "Gesellschaft" als Ganzes inkludiert beschrie-

ben werden. Mit dieser Bestimmung von Nationalität wechselt der Autor in einem nächsten Kapitel auf eine historische Ebene und argumentiert, dass diese Semantik insbesondere im Kontext des Ausbaus des Sozial- und Wohlfahrtsstaates in der Bundesrepublik nach 1945 sukzessive politisch entwertet wurde. Im Zuge seiner Etablierung gelang es dem Sozialstaat, immer weitere Bevölkerungsschichten in seine Leistungszusammenhänge einzubeziehen und ethnisch fundierte Nationalitätskonzepte als Prinzip der staatsbürgerlichen Inklusion auszuhöhlen. Vor diesem Hintergrund besteht nun die Zentralthese des Autors darin, dass derselbe Wohlfahrtsstaat im historisch einmaligen Kontext der sog. Wiedervereinigung selber die strukturellen Anschlussstellen für die Wiederaufwertung der Nationssemantik in den frühen 1990er Jahren bot. Der Autor beschreibt diese Situation als einen Kontext, in dem sich der Wohlfahrtsstaat in der Organisation des "Verzichts" zu bewähren hatte und der, so die Pointe, nun eben diese Semantik zur Bearbeitung von Umorganisationsproblemen unter Bedingungen und im Verhältnis zu solch komplexen Problemen wie weltwirtschaftlicher Umbruch, Folgen der Umbruchprozesse in Osteuropa, Zunahme weltweiter Wanderungen u.a.m. reaktualisierte.

*Bommes, Michael/ Halfmann, Jost: Einführung: Migration, Nationalstaat, Wohlfahrtsstaat - eine theoretische Herausforderung für die Migrationsforschung, in: Dies. (Hrsg.), Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten. Theoretische und vergleichende Untersuchungen, IMIS-Schriften Bd. 6, Osnabrück: Universitätsverlag Rasch 1998, S. 9-49*

Erst seit kurzem ist die Beziehung zwischen nationalem Wohlfahrtsstaat und Migration zum Thema einer auch theoriegeleiteten Reflexion in den Sozialwissenschaften geworden (vgl. Halfmann/ Bommes 1994 und Bommes 1995, 1999 in diesem LB). Auch in dieser Einführung versuchen die Autoren den Zusammenhang von Wohlfahrtsstaat, Nationalstaat und Migration in einem systemtheoretischen Rahmen zu erschließen. Sie setzen jedoch diesmal anders an als in ihren Arbeiten zuvor, indem sie den gegenwärtigen Wissensstand in der Migrationsforschung zum Ausgangspunkt ihrer theoretisch-systematischen Überlegungen machen. Dabei führen sie in wichtige Grundbegrifflichkeiten und Forschungsperspektiven der Migrationsforschung ein, wobei sie vor allem "Ungleichheit" und "Integration" als die zwei wesentlichen Themen und forschungsleitenden Problemstellungen der bisherigen Migrationsforschung kennzeichnen. Für sie als Herausgeber dieses Sammelbandes behandelt die bisherige Migrationsforschung die Folgen von Migration wesentlich als Probleme der "Ungleichheit" und der "Integration". Die Zentralstellung dieser Begriffe verdankt sich dabei für sie im wesentlichen einer konzeptionellen Auffassung von moderner Gesellschaft als integrierte nationale Gesellschaften (im Plural). Mit einem

Gang durch prominente Ungleichheitstheorien wie zum Beispiel die Ansätze von Esser und Hoffman-Nowotny, einem kurzen Blick auf die Ergebnisse der Individualisierungsdebatte im Rahmen der Ungleichheitsforschung und einem ausführlichen Rückblick auf die Karriere des Integrationsbegriffs in den differenzierungstheoretischen Arbeiten von Durkheim über Parsons zu Habermas versuchen die Autoren zu zeigen, dass erstens der Stellenwert empirisch konstatiert Ungleichheiten für ein Verständnis der Funktionsweise moderner Gesellschaft theoretisch in Frage steht und dass zweitens seit langem fraglich ist, ob der Integrationsbegriff zur Beschreibung der Verfasstheit moderner Gesellschaft und ihrer Strukturprobleme noch sinnvoll ist. Vor diesem Hintergrund versuchen die Autoren die genannten Problemstellungen im Bezugsrahmen der soziologischen Systemtheorie zu reformulieren, indem sie Migration in der modernen Gesellschaft als eine Form der Mobilität auffassen, die auf die Inklusions- und Exklusionsverhältnisse dieser Gesellschaft reagiert. Damit verweisen die Autoren auf Implikationen des Verhältnisses von Migration, Nationalstaat und Wohlfahrtsstaat insbesondere für die Strukturierung der gegenwärtigen Migrationsverhältnisse. Die Differenzierungsform der modernen Gesellschaft und die damit verbundene Art und Weise, wie Individuen in den funktional differenzierten Teilsystemen und ihren Organisationen in Anspruch genommen werden sowie die Besonderheit der politischen Inklusionsform Staatsbürgerschaft markieren für die Autoren den Zusammenhang, in dem Migration zu einem Problem wird. Mit der Fassung dieses Zusammenhangs als Problem der Ungleichheit und Integration ist dieses Verhältnis von moderner Gesellschaft, Individuum und Migration nach Auffassung der Autoren nicht in den Blick zu bekommen. Weil die bisherige Migrationsforschung an den Einsichten moderner soziologischer Differenzierungstheorien vorbei das Grundproblem der Inklusion von Individuen in Gesellschaft und ihre funktionalen Teilsysteme auf Probleme der Ungleichheit reduziert, unterschätzt sie ebenso die Folgeprobleme dieses Strukturarrangements. Im Hinblick auf Migration schließt der Ausschluss aus dem Nationalstaat und aus der Inklusionsform der Staatsbürgerschaft nicht, wie oftmals angenommen, aus der Gesellschaft aus: Aber die mit ihrer Differenzierungsstruktur verbundenen Probleme des *prinzipiellen* Einbezugs von Individuen in gesellschaftliche Teilsysteme liegen "tiefer" als die konzeptionellen Bausteine der Ungleichheit und Integration zu erklären erlauben. Diese Beschreibungsgewohnheiten sind, so die Kritik, im Rahmen eines ganzheitlichen Gesellschaftsmodells formuliert und vermögen dies nicht zu überschreiten: Wie im Untertitel angekündigt, verstehen sich die Ausführungen der beiden Autoren zum Zusammenhang von Migration, Nationalstaat und Wohlfahrtsstaat deshalb auch als theoretische Herausforderung für die Migrationsforschung.

*Bommes, Michael: Migration und nationaler Wohlfahrtsstaat. Ein differenzierungstheoretischer Entwurf, Opladen 1999*

Bis etwa zur Mitte der 1990er Jahre spielte die theoretisch-systematische Untersuchung der Beziehung zwischen Wohlfahrtsstaat und Migration in der Migrationsforschung keine oder eine lediglich unbedeutende Rolle. Seitdem wurden zu diesem Thema Untersuchungen von Bommes/Halfmann (1994), Bommes (1995), Bommes/ Halfmann (1998), Stichweh (1998) und zuletzt die Habilitationsschrift von Bommes (1999) vorgelegt. Diese Arbeit versteht sich im Anschluss an die Systemtheorie von Niklas Luhman als ein differenzierungstheoretischer Entwurf zum Verhältnis von Migration und nationalem Sozial- und Wohlfahrtsstaat. Den Einstieg in dieses Thema wählt der Autor über einen Problemaufriss im ersten Kapitel, indem er zunächst die Debattenschwerpunkte der bisherigen Migrationsforschung herauspräpariert, die Migration und ihre Folgen oft unter den Gesichtspunkten der "Integration" und der "sozialen Ungleichheit" thematisiert. Seine ausführliche Besprechung dieser beiden Kernbegriffe stützt sich zentral auf seine Überlegungen in der Einführung in die Buchpublikation: "Migration, Nationalstaat, Wohlfahrtsstaat - eine theoretische Herausforderung für die Migrationsforschung" von 1998, die er hier zu der These bündelt, dass die konzeptionelle Fixierung der herkömmlichen Migrationsforschung auf Problemstellungen der Integration und Ungleichheit auch deshalb gegenwärtig noch Bestand hat, weil sich diese Sub-Disziplin gegen allgemein theoretische Einsichten der Soziologie und insbesondere der Differenzierungstheorien offensichtlich erfolgreich immunisiert hat. Dies wird jedoch für den Autor deshalb zu einem Problem, weil der Zusammenhang von Migration und nationalem Wohlfahrtsstaat den Aufbau und die Verfasstheit der modernen Gesellschaft reflektiert, deren Struktur sich aus theoretisch-systematischen und empirischen Gründen in vielerlei Hinsicht nicht mehr dem ganzheitlichen Gesellschaftskorsett kapitalistischer bzw. ungleicher und integrierter Gesellschaften fügt. Der gewählte differenzierungstheoretische Entwurf stellt das Resultat seiner Auseinandersetzung mit den etablierten Zugriffsweisen der Migrationsforschung dar, mit dem er zu zeigen versucht, dass Migrationsformen abhängig von der primären Differenzierungsform einer Gesellschaft und den damit verbundenen Inklusions- und Exklusionsformen variieren. Die konzeptionellen Bausteine dieser Annahme diskutiert der Autor in den Kapiteln 2 bis 4. Im zweiten Kapitel wird mit dem Begriffspaar der Inklusion/ Exklusion die Form der Inanspruchnahme von Individuen durch soziale Systeme als Strukturvoraussetzung von Migration diskutiert. Kapitel 3 baut direkt auf diese Überlegungen auf und thematisiert das Verhältnis von moderner Gesellschaft, ihrer funktionalen Differenzierungsform und Migration, wobei insbesondere die Kommunikationsformen der funktionalen Differenzierung ausführlich besprochen werden.

Der Autor entwickelt in diesem Kontext die These, dass Migration als Versuch der Realisierung von Inklusionschancen in der modernen Weltgesellschaft aufzufassen ist. Gleichzeitig kann man seiner Meinung nach in der Perspektive einer Theorie der funktionalen Differenzierung sichtbar machen, dass Staatsgrenzen überschreitende Migration deshalb ein politisches Problem darstellt, weil sie die Einteilung der Weltbevölkerung in Staatsbevölkerungen in Frage stellt. Migration steht in einer prekären und spannungsreichen Beziehung zu nationalen Wohlfahrtsstaaten, deren Strukturen in Kapitel 4 im Bezugsrahmen einer Theorie des Funktionssystems der Politik genauer beschrieben werden. Mit theoretisch-systematischen Überlegungen wird die Ausdifferenzierung der Politik über ihr Kommunikationsmedium Macht und ihre Binnendifferenzierung über die Entwicklung des Rechts- und Verfassungsstaates beschrieben und durch eine historische Rückschau auf die Herausbildung von Nationalstaaten und den diesen Prozess begleitenden Einheitssemantiken wie Ethnizität, Volk und Nation ergänzt. Auf diese Überlegungen aufbauend versucht der Autor zu zeigen, warum die Herausbildung eines Funktionssystems Politik sich auf der Basis seiner segmentären Binnendifferenzierung in moderne nationale Wohlfahrtsstaaten vollzieht. Er bestimmt die Strukturmerkmale nationaler Wohlfahrtsstaaten und zeigt unter anderem, dass die Inklusionsform der Staatsbürgerschaft im Prinzip eine lebenslange Leistungs- und Loyalitätsbeziehung zwischen einem Staat und seinen Bürgern begründet und dass in diesen beiden Dimensionen Migranten in eine strukturell schwierige Beziehung zu nationalen Wohlfahrtsstaaten als "institutionalisierten Ungleichheitsschwellen" geraten. Die beiden letzten Kapitel 5 und 6 nehmen auf der Folie des dargelegten Theorierahmens die Themenstellung der Ungleichheit wieder auf, indem der Zusammenhang von Verteilung, Ungleichheit, Inklusion und Exklusion als Resultat aus dem Zusammenspiel von Organisationen und dem Wohlfahrtsstaat begründet wird. Im Rahmen dieser Kapitel wird ausführlich und "empirisch nah" auf die Stellung von Migranten und neuen Migrantengruppen in Organisationen und auf ihre Inklusion oder Exklusion aus den Leistungszusammenhängen des Sozialstaates eingegangen. In einem Ausblick resümiert der Autor seine theoretische Bestimmung des Verhältnisses von Migration und nationalem Wohlfahrtsstaat, wobei er nachdrücklich den *Entwurf*charakter dieses Theorierahmens betont, der zwar in den einzelnen Kapitel durch einiges empirisches Material illustriert wurde, aber in weiteren empirischen Untersuchungen erst zu bewähren sei.

*Bös, Matthias: Migration als Problem offener Gesellschaften. Globalisierung und sozialer Wandel in Westeuropa und Nordamerika, Opladen: Leske + Budrich 1997*

Diese Publikation knüpft an die weit verbreitete Einsicht in der Migrationsforschung an, dass Migration und ihre Folgen eine große Herausforderung für Nationalstaaten darstellen (vgl. z.B. Castles (1998 und öfters), Hollifield (1992), Bommes 1994, 1999 in diesem LB). Der Autor reklamiert dabei einen spezifischen Zugang zur Untersuchung der Beziehung zwischen Nationalstaat und Migration, die im Kontext weltweiter Globalisierungen zu reinterpretieren sei. Globalisierung und Migration gehen für ihn Hand in Hand und eine Folge dieses Zusammenwirkens besteht in veränderten Formen der Grenzziehung von und durch Nationalstaaten: einmal im Hinblick auf die jeweiligen Staatsbürgerschaftsverhältnisse und zum anderen in Bezug auf die Migrationspolitiken. Diese Annahme versucht der Autor durch einen Vergleich der Einwanderungsverhältnisse in den USA, Deutschland und Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg zu belegen. Migration und ihre Folgen sowie die unterschiedlichen Reaktionen dieser Staaten darauf beschreibt der Autor als denjenigen Zusammenhang, der zur Herausbildung Staaten übergreifender globalisierter Migrationssysteme führt. Eine zentrale These lautet vor diesem Hintergrund, dass die Migrationspolitiken der verschiedenen Staaten sich daran ausrichten und diese Reaktionsweisen als Teil eines Globalisierungsprozesses der Nationalstaaten *selbst* aufgefasst werden können. Neben geänderten Formen externer Grenzziehungen beschäftigt sich der Autor in einem anschließenden Kapitel mit der Staatsbürgerschaft als demgegenüber interner Form der Grenzziehung am Beispiel der USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Für diesen Vergleich besteht seine zentrale These darin, dass im Unterschied zur USA für die europäischen Länder eine Ethnisierung der Staatsbürgerschaft festzustellen sei. Er betont, dass aufgrund der Kombination von Partikularismus und Universalismus als prägenden Merkmalen von Nationalstaaten in den letzten Dekaden eine immer größere Gleichheit nach innen entstanden sei, der eine ethnische Form der Aussenabgrenzung entspreche. Zur theoretischen Stützung dieser Annahme versucht er dabei an die systemtheoretische These der segmentären Differenzierung des politischen (Welt-)Systems in Nationalstaaten anzuknüpfen, indem er den Nationalstaat zwischen Weltgesellschaft und Individuum platziert. Auf diese Ausführungen aufbauend, zieht er in einem dritten Kapitel ein abschließendes Resumée, das zugleich beansprucht, zu zeigen, dass seine bisherigen Analysen vor allem Implikationen für eine moderne Theorie des sozialen Wandels haben. Gegenüber "hausbackenen" Unterscheidungen in exogene und endogene Faktoren sozialen Wandels plädiert er für das Konzept der "Grenze". Für Theorien sozialen Wandels steht für ihn folglich im Mittelpunkt, im Rahmen einer Theorie der Weltgesellschaft die "Strukturmuster" der wechselseitigen Bedingtheit von (nationalstaatlichen) Ent- und Begrenzungsprozessen zu analysieren.

*Eder, Klaus: Warum ist Migration ein soziales Problem? Von einer politischen Ökonomie zu einer politischen Soziologie der Migration, in: Bommers, Michael/ Halfmann, Jost (Hrsg.): Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten. Theoretische und vergleichende Untersuchungen, IMIS-Schriften Bd. 6, Osnabrück: Universitätsverlag Rasch 1998, S. 63-81*

In diesem Beitrag, den der Autor als Teil einer politischen Soziologie der Migration bezeichnet, wird versucht, Migration als eine doppelte Herausforderung zu fassen, nämlich zum einen als eine strukturelle und zum anderen als eine kulturelle Herausforderung für die Reproduktion moderner Gesellschaften. Nicht nur das Phänomen Migration, sondern auch das Reden über dieses Phänomen versucht der Autor mit diesem Zugriff in den Blick zu rücken. Hinter dieser Überlegung steht die Annahme, dass die Reproduktion moderner Gesellschaften durch die doppelte Problematik kollektiver Identitätsbildung und sozialer In- und Exklusionsprozesse gekennzeichnet sei. Migration kommt in diesem Zusammenhang ins Spiel, weil sie für den Autor den Modus gesellschaftlicher Reproduktion auf den beiden Ebenen der System- und der sozialen Integration verändert. Er beobachtet eine Aufweichung national geprägter Klassenstrukturen hin zu einer Entwicklung transnationaler Klassenstrukturen und die Entwertung national definierter Mitgliedschaftsregelungen.

*Faist, Thomas: Migration in transnationalen Arbeitsmärkten: Zur Kollektivierung und Fragmentierung sozialer Rechte in Europa, in: Zeitschrift für Sozialreform, 41. Jg., H. 1, 1995, S. 36-47 u. 108-122 (zwei Teile)*

Im Kontext des europäischen Integrationsprozesses und der allmählichen Öffnung der mittel- und osteuropäischen Staaten haben in den letzten Jahren Wissenschaftler aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen mögliche Entwicklungsalternativen für Europa diskutiert. Mit Metaphern wie "Fluchtburg" oder "Festung" wurde dabei auf *gegensätzliche* Entwicklungsszenarien des Ein- *oder* Ausschlusses von Migranten insbesondere aus sog. Drittstaaten verwiesen (vgl. vor allem die Beiträge in Butterwege/ Jäger 1993 in diesem LB). Der Beitrag dieses Autors lässt sich zwischen diesen beiden unterschiedlichen Auffassungen einreihen. Seine Leitthese lautet, dass eine zunehmende "Transnationalisierung" von Arbeitsmärkten und der Zugang von Migranten zu sozialen Rechten von parallel verlaufenden Einschluss- *und* Ausschlussprozessen begleitet wurde und wird. Diesen Sachverhalt versucht der Autor mit den Begriffen "Kollektivierung" und "Fragmentierung" zu fassen. In looser Anbindung an die Arbeiten von De Swaan (1988) bedeutet Kollektivierung den Einbezug von Migranten in sozialstaatliche Leistungszu-

sammenhänge und darauf bezogenen sozialen Rechten und Fragmentierung den Ausschluss von Migranten aus diesen Zusammenhängen. Dieser manifestiert sich insbesondere in einer wachsenden Kluft zwischen den sozialen Rechten von Staatsbürgern und denen von (neu hinzukommenden) Migranten. Auf diese Überlegungen aufbauend diskutiert der Autor in den folgenden Ausführungen zwei Fälle der Kollektivierung und Fragmentierung sozialer Rechte: Den Fall der Wanderarbeitnehmer aus Staaten der EU betrachtet er als ein Beispiel der Kollektivierung. Staatsbürger aus den verschiedenen Mitgliedsländern der EU haben z.B. das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU, das Recht, auch in anderen Mitgliedsstaaten Arbeit zu suchen, und damit verbunden auch das Recht auf Gleichbehandlung in der Sozialversicherung des entsprechenden Staates. Ein solcher kollektiver Angleichungsprozess sozialer Rechte wird vom Autor im Kern als das Ergebnis des Aufbaus von supranationalen Regulierungen, insbesondere im Hinblick auf die ökonomische Integration Europas, verstanden. Demgegenüber stellt der Fall der Werkvertragsarbeitnehmer aus den MOE-Staaten, die vor allem nach Deutschland zuwandern, für den Autor ein Beispiel der Fragmentierung sozialer Rechte dar, da im Hinblick auf diese Form der Zuwanderung offensichtlich auch weiterhin die nationalstaatliche Kontrollsouveränität im Hinblick auf den Zugang zu Arbeitsmärkten zu greifen scheint. Sie wird vom Autor alternativ auch als eine "extra-territoriale" Zuwanderungsform charakterisiert, weil Werkvertragsarbeitnehmer im Unterschied sowohl zu den klassischen "Gastarbeitern" als auch zu dem hier vorgestellten Fall der Wanderarbeitnehmer in der Regel zu arbeits- und sozialrechtlichen Standards des Entsendelandes beschäftigt werden und daher im jeweiligen Aufnahmeland keine Leistungsansprüche gegenüber dem Sozialstaat wie z.B. Sozialversicherungsansprüche geltend machen können. Auf der Grundlage dieser Fallunterscheidung wird zum Schluss des Beitrages eine zentrale Implikation dieser Analyse herausgestellt: Die Gleichzeitigkeit des Prozesses der Kollektivierung und Fragmentierung sozialer Rechte bedeutet für den Autor, dass weitere Untersuchungen der Beziehung zwischen Wohlfahrtsstaat und Migration das *Spannungsverhältnis* zwischen transnationaler ökonomischer und politischer Integration Europas und nationalstaatlicher Regulierungssouveränität theoretisch und empirisch aufzunehmen haben.

*Faist, Thomas: Soziologische Theorien der internationalen Migration: der fehlende Meso-Link, in: Pries, Ludger: Neue Migration im transnationalen Raum, in: ders. (Hrsg.): Transnationale Migration, Soziale Welt Sonderband 12, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1997*

Für den Autor sind die sozialwissenschaftlichen Debatten im Hinblick auf das internationale Migrationsgeschehen wesentlich durch die Rivalität zwischen Mikro- und Makrotheorien be-

stimmt. Rational-Choice-Konzepte als eine prominenten Mikro-Theorie etwa stellen vornehmlich auf die Motive, Ursachen und Gründe von Individuen ab, zu migrieren. Makrotheoretische Zugriffe wie etwa Systemtheorien fokussieren die komplexen und sich selbst perpetuierenden über-individuellen Prozesse, Dynamiken und strukturellen Ursachen von Migrationsbewegungen. Dieser Artikel wählt demgegenüber einen anderen Zugriff: Sein Meso-Level-Konzept versteht sich als ein Angebot zur Synthese und Integration dieser zwei konkurrierenden Konzeptualisierungen von Migration, indem es zu zeigen versucht, dass die bisherigen Zugriffe an der Erklärung transnationaler Entwicklungen wie zum Beispiel der Aufbau von staatenübergreifenden Netzwerken und Organisationen systematisch und empirisch scheitern. Im Anschluss an die soziologische Pionierstudie zur Migration von William Thomas und Florian Znaniecki baut der Autor seine entsprechende Kritik in ein Meso-Konzept ein, dass die Bedeutung von sozialem Kapital und Beziehungsnetzwerken für den Aufbau von transnationalen "ties" zwischen Migranten hervorhebt.

*Halfmann, Jost/ Bommers, Michael: Staatsbürgerschaft, Inklusionsvermittlung und Migration. Zum Souveränitätsverlust des Wohlfahrtsstaates, in: Dies. (Hrsg.): Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten. Theoretische und vergleichende Untersuchungen, IMIS-Schriften Bd. 6, Osnabrück: Universitätsverlag Rasch 1998, S. 81-105*

Diese Arbeit zur Beziehung von Migration und Wohlfahrtsstaaten thematisiert das Spannungsverhältnis von Staatsbürgerschaft, Inklusionsvermittlung und Migration in historisch-theoretischer Perspektive. Im Bezugsrahmen einer Theorie der Weltgesellschaft (siehe auch den Beitrag von Stichweh 1998 in diesem LB) versuchen die Autoren den vieldiagnostizierten "Souveränitätsverlust des Wohlfahrtsstaates" neu zu interpretieren. Wie im Beitrag von 1994 (in diesem LB) geht für sie die Besonderheit des nationalen Wohlfahrtsstaates auf seine spezifische Beziehung zu den In- und Exklusionsverhältnissen der modernen Gesellschaft zurück, welche die Inklusion von Individuen in gesellschaftliche Teilsysteme nur unter den dort geltenden system-spezifischen Bedingungen vorsehe. Für die Neuinterpretation des Problemzusammenhangs von Migration und Souveränitätsverlust des Wohlfahrtsstaates gehen die Autoren in einem zweiten Teil auf das inzwischen klassische Konzept der "social citizenship" von Marshall näher ein. Sie diskutieren einige kritische Implikationen dieses Konzeptes und machen besonders den Einwand geltend, dass Marshall die Folgen fortschreitender sozialer Differenzierung für den Staat als Instanz für Ansprüche auf Inklusion in verschiedene gesellschaftliche Teilsysteme wesentlich unterschätzt habe. Migration setze moderne Wohlfahrtsstaaten unter erheblichen Veränderungs-

druck: Sowohl die Legitimität und Finanzierbarkeit von Ansprüchen, die für die Autoren bislang auf der erfolgreichen Begrenzung und Kontrolle von Zuwanderung beruht hat, als auch die Durchsetzbarkeit und die Beschränkbarkeit von sozialen Rechten ist für sie in Frage gestellt. Dieser Zusammenhang wird abschließend ausführlich diskutiert.

*Joppke, Christian: Einwanderung und Staatsbürgerschaft in den USA und Deutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 51. Jg., H. 1, 1999, S. 34-54*

In diesem Artikel werden die Auswirkungen von Einwanderungsprozessen auf die Staatsbürgerschaftskonzepte in den Vereinigten Staaten und Deutschland vergleichend untersucht. Theoretische Grundlage des Vergleichs sind die drei unterschiedlichen Ansätze von Brubakers, Soysal und Kymlicka über die Beziehung von Migration und Staatsbürgerschaft, deren tragende Annahmen vom Autor auf ihre empirische Tragfähigkeit und Erklärungsreichweite untersucht werden. Dazu werden in einem ersten Schritt die verschiedenen Bausteine des Konzeptes des amerikanischen Soziologen Brubakers (1992) zu der Generalthese einer "Ultrastabilität" von nationalen Staatsbürgerschaftstraditionen gebündelt. Im Unterschied oder sogar in teilweiser Rivalität zu diesem Konzept wird danach die Position der türkisch-amerikanischen Soziologin Soysal (1994) vorgestellt. Sie vertritt die These einer Entwertung von nationaler Staatsbürgerschaft zugunsten der Umstellung auf ein neues und stabiles Modell der "postnationalen Staatsbürgerschaft". Die Theorie der "multicultural citizenship" des kanadischen Philosophen Kymlicka (1995) wird schließlich zwischen diesen beiden Konzepten verankert. In einem zweiten und dritten Teil der Untersuchung werden sodann alle drei Theorieangebote an den zwei Fallbeispielen der Vereinigten Staaten und Deutschland empirisch "getestet" und hieraus Implikationen für die Theorie der Staatsbürgerschaft abgeleitet. Mit der ersten Fallanalyse argumentiert der Autor gegen Brubakers, dass die USA nie ein "hermetisches" Konzept von Staatsbürgerschaft hatten, das primär auf (Aussenab-)Schließung zielte. Daher, so folgert er, waren und sind die USA auch heute noch ein Staat, der nicht darauf angewiesen ist, seine Politiken an postnationalen, in universalistischen Menschenrechtsdiskursen begründeten Mitgliedschaftsvorstellungen auszurichten. Der Fall USA ist für ihn eher ein Beleg dafür, dass die multikulturelle Staatsbürgerschaft (Kymlicka) hier bereits weithin institutionalisiert ist. Aus der zweiten Fallanalyse in Bezug auf Deutschland leitet der Autor zwei Implikationen für die Theorie der Staatsbürgerschaft ab: Im Unterschied zum "Staatsbürgerschaftstraditionalismus" Brubakers zeige das deutsche Beispiel gerade die historische Veränderbarkeit von Staatsbürgerschaft von in diesem Fall ethnischer zu politisch-territorialer Fundierung. Diese Wandelbarkeit sei jedoch nicht als eine allmähliche Ablösung

oder Entwertung der nationalen Staatsbürgerschaft misszuverstehen. Im Unterschied zum Konzept der postnationalen Mitgliedschaft von Soysal versucht der Autor am Beispiel der Arbeitsmigranten zu zeigen, dass nationale Staatsbürgerschaft auch weiterhin einen unersetzbaren Modus für eine vollständige Integration von Immigranten darstellt. Die Ergebnisse der beiden Untersuchungsbeispiele verdichtet der Autor in einem abschließenden Resümee zu der Annahme einer bereits sichtbaren Heraufkunft eines "liberalisierten Staatsbürgerschaftsregimes" in Europa. Mit Kymlicka, aber auch über diesen hinausgehend, hat sich für ihn Staatsbürgerschaft in Europa inzwischen zu einer "multikulturellen Staatsbürgerschaft" entwickelt.

*Pries, Ludger: Neue Migration im transnationalen Raum, in: ders. (Hrsg.): Transnationale Migration, Soziale Welt Sonderband 12, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1997, S. 15-44*

Internationale Migration stellt eine Herausforderung für Nationalstaaten dar. In diesem Zusammenhang ist oft ein Bedeutungsverlust des Nationalstaates für die Strukturierung der gegenwärtigen Migrationsverhältnisse diagnostiziert worden. Diese Arbeit reiht sich zwar hier ein, ihr Autor bleibt jedoch nicht bei dieser Diagnose stehen, sondern versucht, das Verhältnis von Migration und Nationalstaat theoretisch neu zu fassen. Eine zentrale These besteht in diesem Zusammenhang darin, dass der nationalstaatliche Bezugsrahmen zur Erklärung transnationaler Entwicklungen nicht mehr ausreicht. Statt dessen schlägt der Autor den neuen analytischen Bezugsrahmen des "Transnationalismus" vor. Migration wird von ihm als Teil und Folge von Globalisierungsprozessen, ethnischen Konflikten und der fortschreitenden Auflösung traditioneller Sozialmilieus beschrieben und deshalb zu einer Herausforderung für den Nationalstaat, weil mit (neuen) Migrationen die Entwicklung von sozialen Strukturen, Gemeinschaften und Netzwerken verbunden ist, die nationalstaatliche Grenzziehungen überschreiten und in diesem Sinne "transnational" sind. Die neue Qualität gegenwärtiger Migrationen ist demzufolge für den Autor in ihrer Transnationalität begründet. Mit dieser Interpretation setzt sich der Autor auch gegen die übliche Definition von Migration durch Treibel (1990, in diesem LB) ab: Migranten wandern für ihn nicht dauerhaft aus bzw. wechseln nicht von einer Gesellschaft in die andere. An die Stelle eines Modells nationaler Gesellschaften setzt der Autor vielmehr das Konzept des transnationalen "Raumes", den er in soziale, politisch-legale und kulturelle Räume unterteilt, die weder eindeutig territorial noch räumlich klar abgrenzbar sind.

*Pries, Ludger: New Migration in Transnational Spaces, in: Pries, Ludger (ed.): Migration and Transnational Social Spaces, Aldershot/ Brookfield/ Singapore/ Sydney: Ashgate 1999, S. 1-35*

(englische Übersetzung des in Pries (1997) erschienen Artikels; s. o.)

*Stichweh, Rudolf: Migration, nationale Wohlfahrtsstaaten und die Entstehung der Weltgesellschaft, in: Bommers, Michael/ Halfmann, Jost (Hrsg.): Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten. Theoretische und vergleichende Untersuchungen, IMIS-Schriften Bd. 6, Osnabrück: Universitätsverlag Rasch 1998, S. 49-63*

Der Autor dieses Beitrages diskutiert die Frage nach dem Zusammenhang von Migrationen und nationalen Wohlfahrtsstaaten vor dem Hintergrund einer Theorie der Weltgesellschaft. Sein Beitrag knüpft in vielerlei Hinsicht an die grundbegrifflichen Überlegungen der Herausgeber (in diesem LB) dieses Sammelbandes an, die jedoch im Hinblick auf das Konzept der Weltgesellschaft in anderer Weise zusammengeführt werden. Der Autor vertritt die These, dass die Weltgesellschaft und moderne Wohlfahrtsstaaten Migrationen induzieren und zugleich demobilisieren. Weltgesellschaft kann in diesem Sinne als eine zentrale Bedingung der Entwicklung der gegenwärtigen Migrationsverhältnisse aufgefasst werden, andererseits könnten jedoch Migrationen genau umgekehrt nicht als Teil der Herausbildung der Weltgesellschaft verstanden werden.

## **2. Spezielle Literatur**

### **2.1 Werkvertrags-/ Vertragsarbeitnehmer**

*Cyrus, Norbert/ Helias, Ewa: "Es ist möglich, die Baukosten zu senken". Zur Problematik der Werkvertragsvereinbarungen mit osteuropäischen Staaten seit 1991, Berlin: Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung 1993*

In dieser Buchpublikation diskutieren die Autoren die Frage, ob es möglich ist, durch bilaterale Werkvertragsvereinbarungen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten insbesondere im Bau-sektor die Kosten zu senken. Am exemplarischen Beispiel der Entsendepraxis polnischer Bau-facharbeiter nach Berlin werden sowohl die rechtlichen und politischen Voraussetzungen als auch die unterschiedlichen Probleme und Folgewirkungen der Werkvertragsvereinbarungen diskutiert. Im Schlusskapitel geben die Autoren einen Überblick über unterschiedliche aktuelle politische und wissenschaftliche Positionen und Stellungnahmen zu den Spezifika des deutschen Werkvertragssystems.

*Cyrus, Norbert: Flexible Work for Fragmented Labour Markets. The Significance of the New Labour Migration Regime in the Federal Republic of Germany, in: Migration, No. 26, 1994, Pp. 97-124*

Auf seine Untersuchung von 1993 (in diesem LB) aufbauend werden auch in diesem Aufsatz neue Formen der Arbeitsmigration zunächst unter der Perspektive ökonomischer Kosten-Nutzen-Kalküle thematisiert. In dieser Blickrichtung hat sich für den Autor die Beschäftigung von Arbeitsmigranten aus den mittel- und osteuropäischen Staaten in den letzten Jahren zweifelsfrei als besonders flexibel und kostengünstig für deutsche Arbeitgeber insbesondere im Baugewerbe erwiesen. Im Kontext des Abschlusses einer Vielzahl von bilateralen Abkommen mit den relevanten Staaten hat vor allem das sog. "New Labour Migration Regime" nach Meinung des Autors in entscheidender Weise zur Schaffung und Strukturierung von fragmentierten Arbeitsmärkten beigetragen. Diese Entwicklung läuft für ihn mit der Herausbildung einer Großzahl flexibler Arbeitstätigkeiten parallel, die er im einzelnen genauer am Beispiel der Situation polnischer Werkvertrags- und Saisonarbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt diskutiert.

*Cyrus, Norbert: In Deutschland arbeiten und in Polen leben. Was die neuen WanderarbeiterInnen aus Polen bewegt, in: BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hrsg.): Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte, Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation 1995a, S. 27-42*

Anhand von ausgesuchten Einzelfällen werden in diesem Artikel die persönlichen Motive und handlungsleitenden Vorstellungen polnischer Pendelmigranten behandelt, die in Deutschland eine Beschäftigungsmöglichkeit suchen und eine aufnehmen. Fehlende sozialrechtliche Regelungen, die Beschäftigung dieser Werkvertragsarbeitnehmer zu Konditionen des entsendenden Landes, schlechte Arbeitsbedingungen sowie niedrige Entlohnung führen für den Autor in ihrer Wechselwirkung dazu, dass diese Arbeitsmigranten oftmals in illegale Arbeitsverhältnisse abrutschen. Allein die Aussicht auf einen vergleichsweise guten Verdienst, um z.B. den Konsum von Verbrauchsgütern zu finanzieren oder Baumaterialien für ein Eigenheim zu kaufen, scheint für Pendelmigranten oft schon Grund genug zu sein, ein "Leben in der Grauzone" und einen damit womöglich verbundenen Verlust ihrer sozialen Adressabilität zu akzeptieren. Illegale Beschäftigungsverhältnisse sind für den Autor daher nicht primär als kausales Ergebnis von ökonomischer Deprivation, Arbeitslosigkeit und Armut zu fassen, sondern stellen in erster Linie Versuche dar, durch eine Beschäftigung in der Bundesrepublik soziale Anerkennung, Prestige und Status im Herkunftsland zu erhalten und/ oder zu erhöhen.

*Cyrus, Norbert: "Wir haben keine Rechte...". Probleme polnischer Bauarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland und konkrete Vorschläge zu ihrer Entschärfung, in: Köbele, Bruno/Leuschner, Gerhard (Hrsg.): Dokumentation der Konferenz "Europäischer Arbeitsmarkt. Grenzenlos mobil?", Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1995b, S. 33-40*

Dieser Artikel beruht auf der Ausarbeitung eines Vortrages, den der Autor 1994 im Rahmen einer Konferenz der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden zu dem Thema "Europäischer Arbeitsmarkt. Grenzenlos mobil?" gehalten hat. Unter der Kernaussage "Wir haben keine Rechte..." diskutiert er vielfältige soziale Probleme polnischer Bauarbeiter in der Bundesrepublik und bietet einige konkrete Vorschläge zu ihrer "Entschärfung" an.

*Cyrus, Norbert: Moderne Migrationspolitik im alten Gewandt: Zur sozialen Situation polnischer Werkvertragsarbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Neue Formen der Arbeitskräftezuwanderung und illegale Beschäftigung, Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 76, Bonn: 1997a, S. 63-76*

Ebenso wie in der Publikation des gleichen Autors von 1993 und 1994 (siehe oben) lautet auch die Kernaussage dieses Textes, dass polnische Wanderarbeitnehmer wegen ihres unsicheren rechtlichen Status in der Bundesrepublik oftmals illegal beschäftigt sind und diese Beschäftigungsformen akzeptieren. Diese Situation lässt sich für den Autor nur durch eine Stärkung der Rechtssicherheit und Konfliktfähigkeit von Wanderarbeitern verbessern.

*Cyrus, Norbert: Ein Anwerbestopp und seine Ausnahmen. Aktuelle Formen der grenzüberschreitenden Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Höhner, Dirk (Hrsg.): Grenzüberschreitende Beschäftigung. Die Situation ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Berlin und Brandenburg im Zeichen nationaler Arbeitsmarktpolitik, europäischer Integration und EU-Osterweiterung, kowa-Schriftenreihe, Bd. 2, Frankfurt (Oder): scripvaz-Verlag 1997b, S. 9-21*

Dieser Artikel ist der einleitende Beitrag zu einem Tagungsband, der die Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik und ihre Folgen für die (Arbeitsmarkt-)Situation ausländischer Arbeitnehmer behandelt. Der Autor illustriert die "Vielfältigkeit der Eingangstore zum deutschen Arbeitsmarkt" am Beispiel der Zuwanderung von Arbeitnehmern aus Polen und untersucht zudem die Voraussetzungen und Folgen der Verteilung solcher Beschäftigungsverhältnisse auf bestimmte sektorale Bereiche und Grenzregionen zwischen der Bundesrepublik und Polen.

*Dicke, Klaus: Völker- und europarechtliche Richtlinien zum Schutz zugewanderter Ausländer, in: Knapp, Manfred (Hrsg.): Migration im neuen Europa, Stuttgart: Steiner 1994, S. 97-111*

Dieser Beitrag führt mit einigen relevanten völker- und europarechtlichen Richtlinien zum Schutze zugewanderter Ausländer in das Thema "Neue Migration" ein. Unter besonderer Berücksichtigung des Maastrichter Vertrages wird dann der zukünftige juristische Handlungsspielraum der EU-Staaten abgesteckt. Im Kontext des fortgeschrittenen europäischen Integrationsprozesses begreift der Autor den Entwurf eines gesamteuropäischen Einwanderungsrechts als zwingende Voraussetzung für eine auch fortan "menschenwürdige Aufnahme" von Ausländern und Asylbewerbern und als ein normatives Erfordernis, um den "universalistischen, weltbürgerlichen Traditionen" der europäischen Region "treu zu bleiben".

*Eekhoff, Johann: Freizügigkeitspolitik und Assoziierungsabkommen der Europäischen Union, in: Angenendt, Steffen (Hrsg.): Migration und Flucht. Aufgaben und Strategien für Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1997, S. 116-124*

Der Autor dieses Aufsatzes geht von der Kernthese aus, dass die EU-Staaten ohne weitere Zuwanderungsbegrenzungen und ohne direkte (Entwicklungs-)Hilfen für die Herkunftsstaaten von Migrantinnen auch in Zukunft mit einer massiven Zuwanderungsbewegung konfrontiert sein werden. Er fordert daher eine "gemeinschaftliche" europäische Zuwanderungspolitik. Besonders die verschiedenen Assoziierungs-, Freihandels- und Partnerschaftsabkommen der EU mit zumeist mittel- und osteuropäischen Staaten betrachtet er im wesentlichen als eine gezielte Form der "Aufbauhilfe", z.B. durch Förderung des freien Austausches von Gütern und Dienstleistungen. Die damit zu schaffenden marktwirtschaftlichen Strukturen können für ihn auf lange Sicht zu einer Reduzierung des Zuwanderungsdrucks aus dieser Region beitragen.

*Frikell, Eckhard/ Hofmann, Olaf/ Platzer, Lothar: Ausländische Arbeitskräfte am Bau, Stamsried: Ernst Vögel 1996*

Dieses Buch richtet sich vornehmlich an den interessierten "Baupraktiker" und dokumentiert die wesentlichen rechtlichen Grundlagen und Möglichkeiten der Beschäftigung von ausländischen Gastarbeitern, Saisonarbeitnehmern, Grenzgängern, Auszubildenden, Leiharbeitern und Montagearbeitern in Deutschland.

*Fröbus, Marianne/ Fröbus, Wolfgang: Vietnamesen in Berlin. Schicksale - Probleme - Hoffnungen, in: DAMID-Informationsdienst, Sonderausgabe 1993, S. 3-6*

Die Autoren beschreiben in diesem Beitrag die schwierige soziale Situation von vietnamesischen Vertragsarbeitnehmern aus der ehemaligen DDR in Berlin nach der deutschen Vereinigung.

*Helias, Ewa: Polnische Arbeitnehmer in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: Berliner Institut für Vergleichende Sozialforschung 1992*

Die Autorin untersucht die Beschäftigungssituation polnischer Arbeitnehmer vor und nach der deutschen Vereinigung.

*Heyden, Helmut: Neue sozialpolitische Herausforderung, in: Bundesarbeitsblatt, H. 9, 1991, S. 5-9*

Als das Resultat der gravierenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes erwartet der Autor dieses Artikels einen weiteren massiven Anstieg des "Zuwanderungsdrucks" auf Deutschland. Im Unterschied zu vielen anderen Prognosen und Prophezeiungen einer neuen "Völkerwanderung" (z.B. Geißler 1992, Knabe 1998, Mühlum 1993 und Wassermann 1992 in diesem LB) rechnet der Autor zwar nicht mit einem "Massenansturm", gleichwohl stelle das gegenwärtige Migrationsgeschehen von Ost nach West aber eine enorme Herausforderung für den Arbeitsmarkt und die Sozialpolitik der Bundesrepublik dar. Vor allem aus arbeitsmarktpolitischen Gründen wird daher für eine deutliche Herabsetzung der Zuwanderungszahlen und für eine gezielte sozialpolitische Unterstützung des Aufbaus von marktwirtschaftlichen Strukturen in den entsprechenden Staaten plädiert.

*Heyden, Helmut: Hilfen zum Aufbau Osteuropas in: Bundesarbeitsblatt, H. 6, 1993, S. 26-29*

Dieser Text dokumentiert aktuelle Entwicklungen und Größenordnungen der Beschäftigung von Werkvertragsarbeitnehmern aus den Staaten Mittel- und Osteuropas in der Bundesrepublik und stellt zugleich den Versuch dar, die Relevanz und die aussen-, handels- und arbeitsmarktpolitische Notwendigkeit dieser Beschäftigungsform nachzuweisen.

*Heyden, Helmut: Entwicklungs- und aussenpolitische Herausforderungen: Zur Beschäftigung von Arbeitnehmern aus Mittel- und Osteuropa, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Neue For-*

*men der Arbeitskräftezuwanderung und illegale Beschäftigung, Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 76, Bonn: 1997, S. 29-37*

Der Autor untersucht die Beschäftigungssituation von Arbeitnehmern aus Mittel- und Osteuropa auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

*Hönekopp, Elmar/ Kranzusch, Peter: Arbeitssituation und Erfahrungen polnischer Grenz- und Saisonarbeiter in Deutschland. Generelle Entwicklung der Arbeitskräftewanderung zwischen Polen und Deutschland., in: Höhner, Dirk (Hrsg.): Grenzüberschreitende Beschäftigung. Die Situation ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Berlin und Brandenburg im Zeichen nationaler Arbeitsmarktpolitik, europäischer Integration und EU-Osterweiterung, kowa-Schriftenreihe, Bd. 2, Frankfurt (Oder): scripvaz-Verlag 1997, S. 23-59*

Im Kontext der ansteigenden Arbeitskräftewanderungen in grenznahen Gebieten stellen die Autoren in diesem Artikel die Ergebnisse einer 1993 vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) durchgeführten Befragung von Grenz- und Saisonarbeitern aus Polen zu ihrer Beschäftigungssituation in Deutschland vor. Das Ziel des Artikels besteht darin, die gegenwärtigen Entwicklungslinien der Arbeitskräftewanderung von Polen nach Deutschland und zurück umfassend und genau darzustellen.

*Hunger, Uwe: Arbeitskräftewanderungen im Baugewerbe der Europäischen Union: Problemanzeigen, Regelversuche und Schlussfolgerungen für die zukünftige Beschäftigung von Ausländern in Deutschland, in: Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Einwanderung und Einbürgerung in Deutschland. Jahrbuch Migration - Yearbook Migration 1997/98, Münster: LIT 1998, S. 65-103*

Der an die europäische Dienstleistungsfreiheit anknüpfende territoriale Gleichheitsgrundsatz verpflichtet die Mitgliedsstaaten der EU darauf, alle Arbeitsmigranten aus Staaten der EU gleich zu behandeln. Im Unterschied zur Beschäftigung von Werkvertragsarbeitnehmern aus MOE-Staaten kann nach Maßgabe der Dienstleistungsfreiheit im Rahmen der Freizügigkeit die Beschäftigung von Arbeitnehmern aus den Mitgliedsstaaten der EU politisch nicht unterbunden werden. Weder eine Kontingentierung noch ein Befristung ihres Einsatzes ist möglich. Die Offenheit des europäischen Arbeitsmarktes besteht also ausschließlich in einer Offenheit nach innen: Entsendeten Arbeitnehmern aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union werden gegenüber Werkvertragsarbeitnehmern aus Staaten ausserhalb der Europäischen Union höhere Mobilitätsoptionen und Inklusionsmöglichkeiten in den "europäischen" Arbeitsmarkt verschafft. Im Kontrast zu dieser Entwicklung verweist der Autor dieses Aufsatzes darauf, dass sich diese Situ-

ation für den Teilarbeitsmarkt des Baugewerbes seit den 1990er Jahren im Zuge wirtschaftlicher Internationalisierungsprozesse grundlegend verändert hat. Für entsendete Arbeitnehmer scheint der Gleichheitsgrundsatz nur noch in eingeschränkter Weise zu gelten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen gelten für ausländische Arbeitnehmer im Baugewerbe die arbeits- und sozialrechtlichen Standards ihrer Heimatländer. Aus dieser Regelungssituation heraus ergeben sich Vorteile insbesondere für Unternehmen aus Hochlohnländern wie der Bundesrepublik, die mit der Rekrutierung von entsendeten Arbeitnehmern erhebliche Lohnkostensenkungen und Wettbewerbsvorteile erzielen können. Die sog. Billiglohnkonkurrenz aus dem Ausland blieb jedoch nicht ohne Folgen für die Baubranche: In Deutschland stieg vor allem das Ausmaß der illegalen ausländischen Arbeitnehmerüberlassung und die Zahl von arbeitslosen inländischen Arbeitnehmern, während gleichzeitig die Entsendepraxis die geltenden tarifpolitischen und sozialstaatlichen Standards auszuhöhlen scheint. Aus diesen Negativentwicklungen zieht der Autor die weitergehende Schlussfolgerung, dass das System der Arbeitnehmerentsendung den insgesamt erfolgreichen Einbezug von ausländischen Arbeitnehmern in den Sozialstaat zu sprengen droht. Unter dem "Druck der Globalisierung" und nationaler Standortkonkurrenz demonstriert das Beispiel der Bauwirtschaft eindrücklich, wie angesichts und im Kontext der Friktionen und unbeabsichtigten Folgen des "europäischen" Arbeitsmarktes das einst ehern scheinende Gesetz der wohlfahrtsstaatlichen Inklusion von Arbeitsmigranten ausser Kraft gesetzt zu werden scheint.

*Kleffner, Heike: Nicht mehr gebraucht. Die vietnamesischen DDR-VertragsarbeiterInnen in der BRD, in: BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hrsg.): Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte, Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation 1995, S. 133-145*

In diesem Aufsatz werden die Arbeits-, Wohn- und Lebensverhältnisse ehemaliger vietnamesischer DDR-Vertragsarbeiter in Berlin nach der deutschen Vereinigung beschrieben. Die Autorin beschreibt eine soziale Situation dieser Migranten, die vor allem durch Illegalität gekennzeichnet zu sein scheint. Arbeitslosigkeit, unsichere Beschäftigungsverhältnisse und die schwierige Rückkehrmöglichkeit nach Vietnam führten oftmals direkt in illegale Lebensverhältnisse, die durch zunehmende Gewalt, vor allem nach der Implosion des Berliner Zigarettenmarktes, und durch "staatlichen Rassismus" noch weiter verschlechtert würden. Zum Schluss diskutiert die Autorin die Zukunftsperspektiven von Vietnamesen in Deutschland nach der Verabschiedung der Bleiberechtsregelung am 17. Juni 1993.

*Korczynska, Joanna: Die Reisen polnischer Saisonarbeiter nach Deutschland. Auswertung von Fragebögen., in: Höhner, Dirk (Hrsg.): Grenzüberschreitende Beschäftigung. Die Situation ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Berlin und Brandenburg im Zeichen nationaler Arbeitsmarktpolitik, europäischer Integration und EU-Osterweiterung, kowa-Schriftenreihe, Bd. 2, Frankfurt (Oder): scripvaz-Verlag 1997, S. 61-78*

Die Autorin präsentiert in diesem Aufsatz eine Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse einer Panelbefragung (vgl. Hönekopp/ Kranzusch 1997 in diesem LB) von polnischen Saisonarbeitern. Sie diskutiert demografische und soziografische Auswirkungen von Migration und die Frage, aus welchen Gründen polnische Saisonarbeiter in Deutschland eine Tätigkeit aufnehmen.

*Leistikow, Marlies: Die Suche nach der zweiten Heimat: ‚Vereinigung der Vietnamesen‘, in: DAMID-Informationsdienst, Sonderausgabe 1993, S. 38-39*

Die Autorin beschreibt die "Suche" vieler ehemaliger vietnamesischer DDR-Werkvertragsarbeiter "nach der zweiten Heimat" in der Form einer Gesprächsnachzeichnung. Sie begründet das Ziel dieser Migranten, besonders in der Bundesrepublik dauerhaft bleiben zu wollen, mit der Gemeinschaftsfigur der "Vereinigung aller Vietnamesen".

*Marburger, Helga (Hrsg.): "Und wir haben unseren Beitrag geleistet". Eine aktuelle Bestandsaufnahme der Situation der Vertragsarbeiter der ehemaligen DDR vor und nach der Wende, Werkstatt-Berichte, Nr. 4, Frankfurt a. M.: Verlag für interkulturelle Kommunikation 1993*

Dieser Sammelband versteht sich als eine Bestandsaufnahme der Situation der Vertragsarbeiter in der ehemaligen DDR bzw. der neuen Bundesländer vor und nach der Wende. Der erste und zugleich umfangreichste Beitrag untersucht die soziale Situation dieser Vertragsarbeiter unter besonderer Berücksichtigung der Selbsteinschätzungen der Probanden im Hinblick auf ihre Motive, Lebenspläne und Zukunftserwartungen. Diese "querschnittsartige Analyse von migrationsrelevanten Bereichen und Aspekten" wird ergänzt durch Beiträge von zwei Autoren, die wesentliche Strukturmerkmale und Gemeinsamkeiten der Biografien von Vertragsarbeitern und Vertragsarbeiterinnen herauszuarbeiten versuchen. Den Abschluss bilden zwei Interviews, in denen die aktuelle Situation und die sozialen Probleme der ehemaligen Vertragsarbeiter beleuchtet werden.

*Mehrländer, Ursula: Leben und Arbeiten in Deutschland: Soziale Situation polnischer Werkvertragsarbeitnehmer, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Neue Formen der Arbeitskräftezuwanderung und illegale Beschäftigung, Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 76, Bonn: 1997, S. 11-28*

Ebenso wie in den verschiedenen Arbeiten von Cyrus (in diesem LB) thematisiert auch die Autorin dieses Beitrags die soziale Situation von polnischen Arbeitsmigranten in Deutschland. Sie stellt dazu die Ergebnisse einer Repräsentativuntersuchung dieser Arbeitnehmer in Deutschland vor, in der 500 von ihnen im gesamten Bundesgebiet zu ihrer beruflichen und sozialen Situation befragt wurden.

*Reim, Uwe/ Sandbrink, Stefan: Die Werkvertragsabkommen als Entsenderegelung für Arbeitnehmer aus den Staaten Mittel- und Osteuropas, ZeS-Arbeitspapier Nr. 12, Universität Bremen: Zentrum für Sozialpolitik 1996*

Bis zum Ende der 1980er Jahre stellte die Werkvertragsbeschäftigung in der politischen Auseinandersetzung eher einen Nebenschauplatz dar. Erst im Zuge der Ausweitung dieser Form der befristeten Beschäftigung seit den 1990er Jahren entzündete sich eine heftige innenpolitische Kontroverse darüber, ob sie soziale Folgen wie z.B. Wettbewerbsverzerrung oder Lohn- und Arbeitsplatzkonkurrenz nach sich zieht und damit im Grunde eine "Gefährdung" der deutschen Arbeits- und Sozialstandards darstellt. Die Autoren dieses Arbeitspapiers schließen an diese Diskussion an und unterstreichen in ihrer Kritik, dass für ein effizientes Funktionieren dieses Systems der Beschäftigung auf der Basis von befristeter Werkvertragsarbeit vor allem die rechtlichen Bestimmungen und die mit den Abkommen verbundenen politischen Ziele historisch und funktional eng aufeinander abgestimmt sein müssen. Vor diesem Hintergrund machen die Autoren die Annahme, dass diese enge Verschnürung mit den politischen Entwicklungen seit dem Ende der 1980er Jahre zu zerreißen droht. Die bisherigen rechtlichen Bestimmungen seien den mit den Werkvertragsabkommen der 1990er Jahre verbundenen *neuen* aussenpolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik wie z.B. die Unterstützung des wirtschaftlichen Aufholprozesses dieser Länder nicht mehr angemessen. Die Folgen dieses Auseinanderfallens zeigen sich nach Auffassung der Autoren in verstärkter illegaler Beschäftigung, dem Missbrauch von Werkverträgen und illegalen Arbeitnehmerüberlassungen, die im Effekt auch zu einer deutlichen Zunahme von politischen Steuerungsproblemen führten. Insbesondere die Kontrolle und Regulierung von Werkvertragsabkommen werde durch das antiquierte Rechtskonstrukt Werkvertrag immer schwieriger.

*Rudolph, Hedwig: The new gastarbeiter system in Germany, in: new community, vol. 22, No. 2, 1996, Pp. 287-300*

Die Autorin versucht in diesem Beitrag die These zu belegen, dass die Ziele der sog. "neuen Gastarbeiterpolitik" in Deutschland im wesentlichen auf den Erfahrungen mit den verschiedenen "Gastarbeiter-"Anwerbevereinbarungen seit 1955 beruhen. Wie schon diese klassische Anwerbepolitik zielten auch die heutigen Werkvertragsabkommen mit mittel- und osteuropäischen Staaten primär darauf, strukturelle Defizite und regionale Engpässe des deutschen Arbeitsmarktes flexibel und preiswert durch die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte zu kompensieren (siehe hierzu auch die Arbeiten von Cyrus in diesem LB). In diesem Beitrag werden vor allem die Kernelemente dieser neuen Regelungen, ihre Auswirkungen auf die Stellung von Migranten auf den Arbeitsmarkt und die mit den Werkvertragsabkommen verbundenen politischen Ziele und Implementationsversuche bzw. -schwierigkeiten einer genauen Untersuchung unterzogen.

*Sandbrink, Stefan: Die Regulierung transnationaler Arbeitskräftewanderungen in der BRD - Das Beispiel der grenzüberschreitenden Entsendung ausländischer Arbeitskräfte, Inauguraldissertation, Bochum: 1998*

Parallel zur Zuwanderung von Kontraktarbeitnehmern aus den mittel- und osteuropäischen Staaten ist es in den 1990er Jahren auch zu wachsenden Arbeitskräftewanderungen aus den Staaten der EU in die Bundesrepublik gekommen. Der Autor analysiert die politischen Regulierungsversuche dieser Zuwanderung, indem er zunächst die scheinbar vielfältigen "Vorteile" der Entsendepraxis skizziert. Durch die Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern zu Arbeitskonditionen und sozialrechtlichen Bedingungen des entsendenden Staates gewinnen inländische Arbeitgeber etwa durch befristete Arbeitsverhältnisse Kosten- und Flexibilitätsvorteile am Markt, ausländische Subunternehmer Zugang zu neuen Märkten, das jeweilige Entsendeland höhere Steuer- und Deviseneinnahmen und ausländische Beschäftigte höhere Einkünfte und mehr Know-How. Für die inländischen Marktteilnehmer und Beschäftigten habe die Entsendepraxis jedoch deutliche negative Auswirkungen: Insbesondere im Bausektor sei eine Zunahme von Inländerarbeitslosigkeit und Unternehmensinsolvenzen sowie eine Ausweitung illegaler Beschäftigungsverhältnisse zu konstatieren. Diese Arbeit wurde im Kontext eines Projekt- und Arbeitszusammenhanges am Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) in Bremen geschrieben, in dessen Rahmen bereits seit einigen Jahren die Zuwanderung von Werkvertrags- und entsendeten Arbeitnehmern und ihre soziale Folgen für die Beschäftigungsverhältnisse, den Arbeitsmarkt und die Sozialpoli-

tik in der Bundesrepublik untersucht wird. Die Dissertation des Autors stellt dabei den Versuch dar, verschiedene Konzepte der Werkvertragsbeschäftigung und der EU-Entsendung in einem übergreifenden und einheitlichen Ansatz zu integrieren.

*Sieveking, Klaus: Werkvertragsarbeitnehmer - rechtliche und politische Probleme eines europäischen Arbeitsmarktes, in: Kooperationsbereich Universität - Arbeitskammer (Hrsg.): Arbeitsmigration aus Ost- und Westeuropa, Tagungsband: Arbeitsmigration aus Ost- und Westeuropa: Folgen für die Beschäftigung und Arbeitsmarkt am Beispiel der Bauwirtschaft in der Region Bremen, Universität Bremen 1996, S. 47-56*

Der Autor dieses Artikels diskutiert die Folgen des aufenthaltsrechtlichen Status von Werkvertragsarbeitnehmern aus den EU- und aus den MOE-Staaten für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik. Da die Beschäftigungsverhältnisse dieser Arbeitsmigranten weder an das deutsche Tarifrecht noch an die Richtlinien zum Sozialversicherungsschutz gebunden sind, drohen sie für den Autor in vielerlei Hinsicht eine Abwärtsschraube sozialer Standards auszulösen. Zum Schluss seiner Ausführungen skizziert er rechtliche und politische Probleme eines "europäischen" Arbeitsmarktes und plädiert für eine europäische Entsenderichtlinie.

*Sieveking, Klaus/ Reim, Uwe/ Sandbrink, Stefan: Werkvertragsarbeitnehmer aus osteuropäischen Ländern: Politische Konzepte und arbeitsmarktpolitische Probleme, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Neue Formen der Arbeitskräftezuwanderung und illegale Beschäftigung, Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 76, Bonn: 1997, S. 39-62*

Der Artikel diskutiert die Folgen der Beschäftigung von Werkvertragsarbeitnehmern aus mittel- und osteuropäischen Staaten für den Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik. Wie andere Arbeiten im Umkreis des Zes in Bremen und seiner Arbeitsschwerpunkte (siehe Reim/ Sandbrink 1996, Sieveking 1996 in diesem LB) machen auch die Autoren dieses Artikels die Annahme, dass die "Negativseiten" dieser Beschäftigungsform wie z.B. untertarifliche Bezahlung, Beschäftigung ohne Arbeitserlaubnis und illegale Arbeitnehmerüberlassung im Effekt zu Wettbewerbsverzerrung und Lohn- und Arbeitsplatzkonkurrenz beitragen und darüber hinaus vor allem die sozialpolitischen Standards der Bundesrepublik auszuhöhlen drohen. Mit diesen Auswirkungen auf den Status Quo der Sozialpolitik ist für die Autoren die Frage aufgeworfen, ob der deutsche Staat auch weiterhin noch "Normalbedingungen" der Beschäftigung garantieren kann. Sie konstatieren, dass die bisherigen politischen Maßnahmen aus verschiedenen Gründen dieses Problem nicht adäquat zu bewältigen vermochten. Angesichts dieses Regelungs- und Regulierungsdefizites

sehen sie einen gewachsenen politischen Handlungsbedarf auf nationaler und im Kontext der noch ungewissen Auswirkungen der 1996 verabschiedeten Entsenderichtlinie der Europäischen Union auf die Werkvertragsabkommen auch auf europäischer Ebene.

*Treichler, Andreas: Die neue Qualität in der Beschäftigung transnationaler Migranten. Kontinuität oder Wandel der Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik Deutschland in den 90er Jahren?, in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, H. 1, 1997, S. 16-23*

Im Mittelpunkt dieses Artikels steht die Frage, ob die für den Autor unbestrittene neue Qualität der Beschäftigung transnationaler Migranten im bestehenden politischen Rahmen weiterhin regulierbar ist oder ob die bisherigen Regelungsbemühungen durch diese neuen Beschäftigungsformen untergraben werden und damit einen Wandel der Arbeitsmarktpolitik verlangen. Der Autor lässt diese Frage im Kern unbeantwortet, verweist jedoch mit einigen empirischen Argumenten darauf, dass spätestens seit dem Ende der 1980er Jahre ein tiefgreifender Wandel der Beschäftigungsverhältnisse von Migranten beobachtbar ist. Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt sei größer geworden, die Entgrenzung bzw. Internationalisierung des nationalen Arbeitsmarktes habe zugenommen und auch die branchenspezifischen betrieblichen Arbeitsbeziehungen hätten sich deutlich verändert.

*Weitkamp, Rolf: Spielball des deutschen Arbeitsmarktes. Zur rechtlichen Hierarchisierung von MigrantInnen, in: BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hrsg.): Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte, Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation 1995, S. 93-116*

Für den Autor dieses Artikels ist es eine unbezweifelbare Tatsache, dass die rechtliche "Hierarchisierung" von neuen Migranten sozial schwache Gruppen ohne ausreichendes rechtlichen "Rückgrat" erzeugt, die oftmals "Spielbälle" des deutschen Arbeitsmarktes sind und immer häufiger auch zu den "Sündenböcken" einer schwierigen Arbeitsmarktsituation in den 1990er Jahren erklärt werden. Vor allem im Ausländergesetz und in dessen rechtlichen Regelungen zur Aufenthaltserlaubnis, -berechtigung, -bewilligung und -befugnis sei diese Benachteiligung und Ungleichbehandlung von Migranten auf dem Arbeitsmarkt strukturell fundiert. Dieser Einschätzung folgt abschließend eine Auflistung der unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche von neuen Migranten mit gültiger Arbeitserlaubnis und eine Darstellung der derzeitigen Arbeitssituation von Werkvertrags-, Saison- und Vertragsarbeitnehmern.

## 2.2 Migration aus den mittel- und osteuropäischen Staaten

*Angenendt, Steffen/ Fischer, Andrea/ Morokvasic, Mirjana: Die Ost-West-Wanderungen als Thema der politischen und wissenschaftlichen Debatten in Frankreich und Deutschland, in: Morokvasic, Mirjana/ Rudolph, Hedwig (Hrsg.): Wanderungsraum Europa: Menschen und Grenzen in Bewegung, Berlin: edition sigma 1994, S. 81-109*

Auch die Autoren dieses Artikels halten die weit verbreitete Annahme einer neuen Quantität und Qualität des Wanderungsgeschehens für eine plausible Beschreibung der Ost-West-Migration in den 1990er Jahren (siehe dazu auch Koser 1998 in diesem LB und die weiter dort angegebene Literatur). Daher werden zunächst die strukturellen Voraussetzungen dieses Wanderungsprozesses bestimmt, die für die Autoren die Neuartigkeit dieses Geschehens begründen. Neben den oft angemerkten, gravierenden Transformationsproblemen der mittel- und osteuropäischen Staaten wird in ihrem Aufsatz ein weiterer, ihrer Meinung bisher kaum systematisch berücksichtigter Aspekt zur Erklärung dieser neuen Qualität ins Spiel gebracht: In Anlehnung an das Konzept des Transnationalismus von Pries und (eher implizit) das des "Zirkulationsraumes" von Morokvasic (vgl. für beide Konzepte die entsprechenden Beiträge in diesem LB) führen für die Autoren die Wechselwirkungen von Globalisierungsprozessen, erhöhten Mobilitätschancen und erleichterten Kommunikationsmöglichkeiten zur Herausbildung von "transnationalen sozialen Räumen". In einem zweiten Teil zeichnen die Autoren die neueren politischen und wissenschaftlichen Debatten zu verschiedenen Migrationsbewegungen in Frankreich und Deutschland nach und halten im Ergebnis eine deutliche Verschiebung der Schwerpunkte von Süd-Nord- auf Ost-West-Migration fest. Sie beenden ihre Ausführungen mit dem Appell an die europäischen Staaten, die Herausbildung eines "Wanderungsraums" Europa im Sinne von Pries politisch zu akzeptieren und entsprechend supranationale Regulierungen des Migrationsgeschehens zu etablieren.

*Biermann, Rafael: Migration aus Osteuropa und dem Maghreb, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 9, 1992, S. 29-36*

Die ansteigende Zuwanderungszahl von Flüchtlingen aus den osteuropäischen Krisenregionen nach Deutschland sind für den Autor auf eine Reihe miteinander verbundener ökonomischer, politischer und auch kultureller Push-Faktoren zurückzuführen. Ihm geht es jedoch nicht nur darum, zu zeigen, dass vor allem Deutschland das bevorzugte Zielland für diese Art von Migration geworden ist. Er diagnostiziert zudem, dass sich der "Migrationsdruck" durch weiter ansteigende Zuwanderungen aus dem afrikanischen Raum, insbesondere aus den Maghreb-Staaten und

dem sog. Schwarzafrika noch weiter "verschärfen" wird. Angesichts dieser "Bedrohungen" fordert er eine Einbettung der deutschen Flüchtlingspolitik in eine europäisch koordinierte Migrationspolitik.

*Blaschke, Jochen: International Migration and East-West Migration: Political and Economic Paradoxes, in: Migration, No. 11-12, 1991, Pp. 5-21*

Die politischen und öffentlichen Auseinandersetzungen über die neuen Zuwanderungsprozesse aus den mittel- und osteuropäischen Staaten sind für den Autor durch eine latente Furcht vor der Invasion sog. "asiatischer Horden" gekennzeichnet. Diese Befürchtungen stellen für ihn aus zwei Gründen eine Überzeichnung des derzeitigen Migrationsgeschehens dar: Zum einen demonstriert die lange Tradition dieser Zuwanderungen insbesondere in die Bundesrepublik die "Normalität" dieses Wanderungsgeschehens. Zum anderen erfordert der gegenwärtige rapide ökonomische Wandel in Europa zu seiner Fortsetzung die weitere Zuwanderung von vor allem hochqualifizierten Arbeitsmigranten.

*Blaschke, Jochen: Flucht und Entwicklung in Osteuropa, in: ders./ Germershausen, Andreas (Hrsg.): Sozialwissenschaftliche Studien über das Weltflüchtlingssystem, Bd. 1, Berlin: Edition Parabolis 1992, S. 101-168*

In den sozialwissenschaftlichen Disziplinen wird überwiegend davon ausgegangen, dass Theorien keine konkreten Handlungsanleitungen für politische Entscheidungsträger im wörtlichen Sinne einer "Politikberatung" im strikten Sinne anbieten können. Der Autor dieses Beitrages begreift diese "Praxisabstinenz" als ein wesentliches Desiderat der bisherigen Migrationsforschung und kritisiert mit Blick auf die veränderten Zuwanderungskonstellationen in den 1990er Jahren die Enthaltbarkeit bisheriger Konzepte, wenn es darum geht, "konkrete Vorschläge" für eine politische Bewältigung und Gestaltung dieser Zuwanderungen anzubieten. Er selbst plädiert daher für eine europäisch koordinierte Verknüpfung von Migrations- und Entwicklungspolitik, z.B. in Form von gezielten Wirtschaftshilfen, unter besonderer Berücksichtigung der umfangreichen Erfahrungen der EU in der Entwicklungszusammenarbeit mit vor allem afrikanischen Staaten.

*Fassmann, Heinz/ Münz, Rainer: European East-West Migration, 1945-1992, in: International Migration Review, vol. 28, No. 3, 1994, Pp. 520-538*

Dieser Aufsatz situiert sich im Kontext politischer Erwartungen und Befürchtungen vor einem bevorstehenden "Massenexodus" aus den mittel- und osteuropäischen Staaten nach dem Ende

des Ost-West-Konfliktes. Für die Autoren wird mit dieser Annahme das gegenwärtige Migrationspotenzial in dieser Region deutlich überschätzt. Sie erinnern an die lange Tradition der europäischen Ost-West-Migration und betrachten vor diesem Hintergrund solche Katastrophenmetaphern wie Exodus oder "neue Völkerwanderung" als stark überzogen bzw. dem gegenwärtigen Zuwanderungsprozess unangemessen. Alle Beiträge dieses Bandes zu den verschiedenen Wanderungsbewegungen werden dabei mit umfangreichem empirischem Material gestützt.

*Gieseck, Arne/ Heilemann, Ullrich/ Loeffelholz, Hans Dietrich von: Implikationen der Zuwanderung aus Ost- und Südosteuropa für die öffentlichen Finanzen und das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik, in: Sozialer Fortschritt, 41. Jg., H. 11, 1992, S. 271-274*

Die Autoren dieses Beitrags untersuchen die Implikationen der Zuwanderung aus Ost- und Südosteuropa für die öffentlichen Finanzen und das Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik. Vor allem aufgrund der überdurchschnittlich guten konjunkturellen Entwicklung in der Bundesrepublik am Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre ziehen die Autoren eine insgesamt positive Bilanz in Bezug auf die Auswirkungen dieses Zuwanderungsgeschehens auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

*Goebels, Karl-Heinz: Die Stellung der Gewerkschaften zu den Problemen der Zuwanderung aus Ost-/ Südosteuropa, in: Sozialer Fortschritt, 41. Jg., H. 11, 1992, S. 258-260*

Dieser Beitrag dokumentiert die Position der Gewerkschaften zu den Problemen der Zuwanderung aus Ost- und Südosteuropa. Der Autor fordert die Entwicklung einer Einwanderungsgesetzgebung in Deutschland und die Harmonisierung der europäischen Zuwanderungs- und Aussenpolitik.

*Hönekopp, Elmar: Ost-West-Wanderungen: Ursachen und Entwicklungstendenzen, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 24. Jg., H. 1, 1991, S. 115-133*

Die Bundesrepublik Deutschland und Österreich sind seit den 1990er Jahren verstärkt mit neuen Zuwanderungen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten konfrontiert. Der Autor analysiert die Ursachen, die sozialen Folgen und die Entwicklungstendenzen dieses Zuwanderungsgeschehens insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Zugangsmöglichkeiten von Migranten zu den Arbeitsmärkten in Deutschland und Österreich.

*Klös, Hans-Peter: Integration der Einwanderer aus Ost-/ Südosteuropa in den deutschen Arbeitsmarkt, in: Sozialer Fortschritt, 41. Jg., H. 11, 1992, S. 261-270*

Im Kontext einer schwierigen wirtschaftlichen Situation in den 1990er Jahren, verbunden mit hoher Arbeitslosigkeit und sozialstaatlichen Leistungskürzungen, wird die Integration von Migrant\*innen auf dem Arbeitsmarkt verstärkt zu einem Problem. Diese These versucht der Autor durch eine Analyse der Arbeits- und Beschäftigungssituation von Aussiedler\*innen zu belegen. Ihre vollständige Integration bzw. ein gleichberechtigter Einbezug von Migrant\*innen und inländischer Erwerbsbevölkerung in den Arbeitsmarkt kommt für den Autor jedoch nicht in Betracht. Er resümiert seine Ausführungen mit der Forderung, ein "Inländerprimat" auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen bzw. zu erhalten, d.h. inländische Arbeitslose und Arbeitssuchende gegenüber Arbeitsmigrant\*innen verstärkt zu privilegieren.

*Knabe, Bernd: Bilanz und Prognosen der Migrationen aus der bisherigen Sowjetunion und aus dem übrigen Osteuropa in den Westen, in: Demuth, Andreas (Hrsg.): Neue Ost-West-Wanderungen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs?, Münster/ Hamburg: Lit 1994, S. 73-96*

Der Autor zieht in diesem Beitrag eine Bilanz der bisherigen Zuwanderungsprozesse aus den mittel- und osteuropäischen Staaten in die Bundesrepublik und prognostiziert einen weiteren Anstieg der Zuwanderungszahlen. Diese Ost-West-Migrationen, ihre Ursachen und Formen seien immer schwieriger in klassische "Migrationsmuster" einzuordnen. Mit dieser Abgrenzung folgt er der bereits mehrfach vertretenen Diagnose einer neuen Qualität des Wanderungsgeschehens (vgl. z.B. Koser 1998 in diesem LB und die dort aufgeführte Literatur) und umschreibt damit ein Untersuchungsfeld, das er noch als weitgehend unerforscht begreift. Zu seiner weiteren Erschließung sei das bereits vorhandene Wissen über internationale Migrationsprozesse an neuere Theorien in der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung anzuschließen.

*Knabe, Bernd: Neue Völkerwanderung aus Osteuropa?, in: DAMID. Development and Migration in International Dialogue, 8. Jg., H. 2, 1998, S. 25-27*

Wie bereits in seinem Aufsatz von 1994 (siehe oben) zieht der Autor auch in diesem Kurzkomentar eine knappe Bilanz des bisherigen Zuwanderungsgeschehens aus den mittel- und osteuropäischen Staaten in die Staaten der EU. Er warnt diesmal vor einer "neuen Völkerwanderung" und einer lediglich "stiefmütterlichen" Behandlung der mit diesem Migrationsgeschehen verbundenen Herausforderungen an die nationale, europäische und internationale Politik.

*Körner, Heiko: Die Ost-West-Migration - Eine neue Völkerwanderung? in: Wirtschaftsdienst, 73. Jg., H. 2, 1993, S. 79-85*

Der Aufsatz untersucht zunächst die strukturellen Voraussetzungen der neuen Zuwanderungsprozesse aus den Staaten Ost- und Südosteuropas. Anschließend vergleicht der Autor dieses Migrationsgeschehen mit der klassischen Arbeitsmigration in die Bundesrepublik und ihren Folgen seit dem Anwerbestopp von 1973. Für ihn werfen die Auswirkungen des damaligen Migrationsgeschehens wie z.B. die Prozesse der Dauerniederlassung und des Erwerbs von Aufenthalts- und sozialen Rechten zusammen mit den deutlich sichtbaren Folgen neuer Zuwanderungen die zentrale Frage auf, ob das Selbstbild der Bundesrepublik als Nicht-Einwanderungsland historisch überholt ist.

*Marburger, Helga (Hrsg.): Ost-West-Migration. Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migranten aus Osteuropa in den neuen Bundesländern und Berlin, Werkstatt-Berichte, Nr. 6, Frankfurt a. M.: Verlag für interkulturelle Kommunikation 1994*

Dieser Sammelband liefert einige empirische Anhaltspunkte für die Schwierigkeit politischer Versuche, im Gesamtzusammenhang von Globalisierung und fortschreitender europäischer Integration den nationalen Arbeitsmarkt gegenüber Nicht-Staatsbürgern abzuschotten bzw. inländische Arbeitnehmer gegenüber ausländischen Arbeitsmigranten zu privilegieren. Am Beispiel der Untersuchung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migranten aus Osteuropa in den neuen Bundesländern und Berlin zeigen die Autoren, dass trotz der Schwierigkeiten des wirtschaftlichen Aufholprozesses, hoher Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen sozialen Problemen die Zahl legaler und illegaler Beschäftigungsverhältnisse ausländischer Arbeitnehmer weiter angestiegen ist. Zur Erklärung dieses Sachverhaltes verweisen sie auf die "sozioökonomischen" Entstehungskontexte von Migration, die individuellen Motive zum Migrationsentscheid, die Arbeitsmarktsituation neuer Migranten und die wirtschaftliche "Bedarfslage" in den neuen Bundesländern und in Berlin.

*Morokvasic, Mirjana: Pendeln statt Auswandern. Das Beispiel der Polen, in: Morokvasic, Mirjana/ Rudolph, Hedwig (Hrsg.): Wanderungsraum Europa: Menschen und Grenzen in Bewegung, Berlin: edition sigma 1994, S. 166-187*

Im Bezugsrahmen ihres Konzeptes des "Wanderungsraumes", das die Autorin in der Einleitung dieses Sammelbandes näher expliziert (siehe den entsprechenden Beitrag in diesem LB), behandelt dieser Aufsatz die Gruppe polnischer "Grenzgänger" bzw. Pendelmigranten. Ihre Ausführ-

rungen verstehen sich dabei vor allem gegen Positionen formuliert, die Pendelmigration üblicherweise unter die Kernbegriffe der "Illegalität" und des "falschen Tourismus" subsumieren. Die Autorin versucht dagegen zu zeigen, dass polnische Pendelmigranten ihr Herkunftsland mit der Absicht einer Arbeitsaufnahme in Deutschland zwar verlassen, nicht aber dauerhaft und endgültig auswandern, sondern nach einem begrenzten Zeitraum wieder nach Polen zurückkehren. Im Unterschied zu Treibel (1990, in diesem LB), die Migration als einen auf Dauer angelegten und endgültigen Prozess auffasst, ist für sie die wachsende Mobilität und das stetige Pendeln zwischen zwei Gesellschaften das zentrale Signum dieser Form der Migration.

*Ronge, Volker: Ost-West-Wanderung nach Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 7, 1993, S. 16-28*

Auch aufgrund ihrer geografischen Mittellage ist die Bundesrepublik zu einem wichtigen Ziel-land für neue Zuwanderungen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten geworden. Der Autor untersucht im Blickwinkel dieser These zunächst die verschiedenen Push-Faktoren dieser Migration und stellt anschließend vier unterschiedliche politische Steuerungs- und Zuwanderungskonzepte vor: die (Aussiedler-)Kontingentierung, die bilateralen Rücknahmeübereinkommen, den "Cordon sanitaire" im Hinblick auf Asylbewerber und schließlich Programme der Entwicklungshilfe.

*Ronge, Volker: Neue Ost-West-Migration, in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, H. 1, 1997, S. 24-28*

Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes und im Kontext der angestrebten Osterweiterung der EU sind deren bisherige Aussengrenzen gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten variabler und durchlässiger geworden. Eine zentrale Folge dieser "Entgrenzung" stellt für den Autor die Entstehung einer neuen "Migrationsflanke" an den östlichen Aussenrändern Westeuropas dar und ein aus dieser Entwicklung resultierender Anstieg von Zuwanderungen in die verschiedenen Staaten der EU. Für ihn basiert dieses Migrationsgeschehen auf dem erheblichen volkswirtschaftlichen und sozialen "Lebensstandardgefälle" zwischen Ost und West und ist für ihn damit im Kern ökonomisch begründet. In seiner Schlussbemerkung warnt er vor einer zukünftigen "Auswanderung größeren Umfangs aus Rußland" insbesondere nach Deutschland.

*Schewe, Dieter: Die Zuwanderungen aus Ost-/ Südosteuropa nach Deutschland - Stand und künftige Möglichkeiten, in: Sozialer Fortschritt, 41. Jg., H. 11, 1992, S. 251-256*

Dieser einleitende Beitrag zur Konferenz "Die künftige Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland - Möglichkeiten, Wirkungen und mögliche Gegenwirkungen" untersucht vor allem die Größenordnungen der Zuwanderungen aus den mittel- und südosteuropäischen Staaten nach Deutschland. Obwohl die Zahl der Zuwanderungen von Aussiedlern inzwischen stark rückläufig ist, ist für den Autor ein Ende des "Zuwanderungsbooms" dennoch nicht in Sicht. Nach der "Masse der Aussiedler" sieht er ein "Welle der Ausländerzuwanderung" auf Deutschland zukommen.

*Stölting, Erhard: Festung Europa. Grenzziehung in der Ost-West-Migration, in: PROKLA 83, 21. Jg., H. 2, 1991, S. 249-263*

Die Redeweise von der "Festung Europa" ist für den Autor kein Schlagwort, sondern hat realen empirischen Gehalt (vgl. besonders auch Butterwege/ Jäger 1993 in diesem LB). Für ihn sind nach einer kurzzeitigen Öffnung der Grenzen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas die Grenzen zwischen Ost und West inzwischen wieder weitestgehend verschlossen worden. Am Ende der Ausführungen wird noch ein Ausblick über neue Chancen und Möglichkeiten der Zuwanderungsbegrenzung gegeben.

*Thränhardt, Dietrich: European Migration from East to West: present patterns and future directions, in: new community, vol. 22, No. 2, 1996, Pp. 227-242*

Der politisch vielfach befürchtete "Massenexodus" aus den mittel- und osteuropäischen Staaten ist zwar ausgeblieben. Gleichwohl konstatiert der Autor aber einen beträchtlichen Anstieg der Zuwanderungszahlen aus diesen Ländern in die Staaten der Europäischen Union. Viele von ihnen und dabei insbesondere Deutschland reagierten auf diesen "Zuwanderungsdruck" durch eine Reihe neuer rechtlicher Bestimmungen und darauf bezogener Maßnahmen zur Zuwanderungsbegrenzung. In diesem Beitrag diskutiert der Autor die Wirksamkeit solcher Steuerungsversuche und tritt für einen schrittweisen Einbezug der mittel- und osteuropäischen Staaten in den europäischen Integrationsprozess ein.

*Thränhardt, Dietrich: Die europäische Ost-West-Migration und ihre Perspektiven, in: Nassehi, Armin (Hrsg.): Nation, Ethnie, Minderheit. Beiträge zur Aktualität ethnischer Konflikte, Köln/ Weimar/ Berlin: Böhlau Verlag 1997, S. 211-235*

In diesem Artikel wird ausführlich die derzeitige demografische Situation in den europäischen Ländern beschrieben. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Bevölkerungsrückgangs argumen-

tiert der Autor, dass fast alle Länder der EU mittelfristig auf weitere Zuwanderungen angewiesen sein werden. Er spricht sich wie bereits in seinem Aufsatz von 1996 (siehe oben) besonders für einen stärkeren Einbezug der mittel- und osteuropäischen Staaten in den europäischen Binnenmarkt aus. Der Autor verbindet mit diesem Schritt die Erwartung einer weiteren Intensivierung des europäischen Integrationsprozesses und eine deutliche Effizienzsteigerung der europäischen Migrationspolitiken.

### 2.3 Russische Juden

*Doomernik, Jeroen: Adaptation strategies among Soviet Jewish immigrants in Berlin, in: new community, vol. 23, No. 1, 1997a, Pp. 59-73*

Der Artikel stellt die Ergebnisse einer Berliner Feldstudie vor, die der Autor im Zeitraum von 1992 bis 1994 zum Thema Migration sowjetischer Juden nach Berlin durchgeführt hat. In dieser Studie untersucht er vor allem die "Anpassungsstrategien", die diese Migranten in Auseinandersetzung mit ihren "new surroundings" insbesondere in Relation zum Arbeits- und Wohnungsmarkt entwickelt haben. Ausgehend von der Sozialtheorie von Pierre Bourdieu (1992) fasst er die verschiedenen Anpassungsstrategien als Bestandteil der "Handlungspraxis" eines jeweils spezifischen Migrantenhabitus mit entsprechenden Ressourcen bzw. entsprechendem Besitz an verschiedenen Kapitalsorten, ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Diese Annahme wird für die empirische Untersuchung in zwei Variablen zerlegt: Den "Immigrantenhabitus" und die "Verträglichkeit" des vor allem kulturellen Kapitals des Migranten mit den Bedingungen der Aufnahmegesellschaft. Im Ergebnis hält der Autor zwei verschiedene Anpassungsstrategien fest, die als extreme "Realabstraktionen" an den beiden Enden eines Kontinuums angesiedelt werden: An einem Pol steht der Habitus des "partizipativen Immigranten", dessen Strategien abhängig vom Herkunftskontext entweder "innovativ" oder "konservativ", auf eine Partizipation an verschiedenen sozialen Bereichen ausgerichtet sind. Dieser wird mit dem Habitus des "konsumorientierten Immigranten" am entgegengesetzten Pol kontrastiert, dessen Strategien, wiederum in innovativer oder konservativer Form, primär auf den Zugang zu materiellen Gütern und ein "Leben im Wohlstand" zielen.

*Doomernik, Jeroen: Going West: Soviet Jewish Immigrants in Berlin since 1990, Aldershot/Brookfield/ Hong Kong/ Singapore/ Sydney: Avebury 1997*

Der politische Umbruchprozess in der Sowjetunion und die darauffolgenden nationalen Konflikte und antisemitischen Tendenzen führten dazu, dass viele russische Juden emigrierten. Ihr bevorzugtes Zielland war jedoch nicht Israel, sondern, für viele zeitgenössische Beobachter überraschend, die Bundesrepublik Deutschland. Der Autor spricht daher auch von einem "besonderen" Migrationsprozess und geht unter dieser Annahme der empirischen Frage nach, welche "Anpassungsstrategien" diese Migranten an ihre neue soziale Umgebung entwickeln. Auch in diesem Aufsatz kommt dem Habituskonzept von Bourdieu eine Zentralstellung für die empirisch-vergleichende Untersuchung der verschiedenen Anpassungsstrategien zu und ihre Ergebnisse entsprechen weitgehend den Resultaten der Berliner Feldstudie, dargestellt im Aufsatz des gleichen Autors von 1997a (siehe oben).

*Harris, Paul: Jewish Migration to the New Germany: The Policy Making Process Leading to the Adaption of the 1991 Quota Refugee Law, in: Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Einwanderung und Einbürgerung in Deutschland. Jahrbuch Migration - Yearbook Migration 1997/98, Münster: LIT 1998, S. 105-147*

Deutschland ist derzeit weltweit das Land mit der "am schnellsten wachsenden jüdischen Gemeinde". Der Autor beschreibt die deutsche Einwanderungspolitik gegenüber jüdischen Auswanderern aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die bestimmenden Regelungen des 1991 verabschiedeten "Quota Refugee Laws" und die Folgen dieses Gesetzes für den Integrationsprozess dieser Gruppe.

*Harris, Paul: Jüdische Einwanderung nach Deutschland. Politische Debatte und administrative Umsetzung, in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, H. 1, 1997, S. 36-39*

Der Autor skizziert in diesem Beitrag zunächst die Vorgeschichte der gegenwärtigen jüdischen Einwanderung nach Deutschland, das besondere Aufnahmeverfahren und dessen administrative Umsetzung. Die anschließende Beschreibung der sozialen Situation jüdischer Migranten in Deutschland lehnt sich eng an die Ergebnisse seines Artikels von 1998 (siehe oben) an und betont auch hier die enge Beziehung von rechtlichem Aufenthaltsstatus und Integrationschancen dieser Gruppe.

*Kessler, Judith: Jüdische Immigration seit 1990. Resümee einer Studie über 4000 jüdische Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion in Berlin, in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, H. 1, 1997, S. 40-47*

In diesem Aufsatz sind die Ergebnisse einer Studie zusammengefasst, in deren Verlauf die Autorin über 4000 jüdische Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion in Berlin zu ihren Migrationsmotiven befragt hat. Neben den verschiedenen wanderungsauslösenden Motiven wird vor allem die soziale Situation dieser Migrantengruppe in Deutschland ausführlich behandelt. Die Autorin verweist in diesem Zusammenhang nachdrücklich auf die bedeutsame Rolle der jüdischen Gemeinden für Prozesse der Gemeinschaftsbildung dieser Gruppe.

*Kokeev, Alexander M.: Die inneren Bedingungen der Migration aus Rußland an Beispielen: Juden und Deutsche, in: Demuth, Andreas (Hrsg.): Neue Ost-West-Wanderungen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs?, Münster/ Hamburg: Lit 1994, S. 97-102*

Der politische Zusammenbruch der sog. Ostblockstaaten und parallele sozioökonomische Probleme führten zur Entstehung "neuer" ethnischer Konflikte und zu einer Wiederbelebung antisemitischer Diskurse. Für den Autor sind mit diesen Entwicklungen die zentralen "inneren Bedingungen" der Migration von Juden und dt. Gruppen aus Rußland in die Bundesrepublik bezeichnet. Er prognostiziert vor diesem Hintergrund eine unvermindert hohe Zuwanderung nach Deutschland.

*Mertens, Lothar: Immigration sowjetischer Juden nach Deutschland, in: ders.: Alija. Die Emigration der Juden aus der UdSSR/ GUS, Bochum: Universitätsverlag Dr. N. Brockmeyer 1993, S. 213-226*

Dieser Artikel behandelt das noch junge Geschehen der jüdischen Zuwanderung nach Deutschland, das der Autor besonders im Hinblick auf seine Konsequenzen für die "Stellung" jüdischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland untersucht. Gleichzeitig skizziert er die politischen Debatten über den rechtlichen Status dieser Zuwanderungsgruppe und zieht daraus Schlussfolgerungen für die deutsche Aussenpolitik gegenüber dem Staat Israel.

*Runge, Irene: Kommen und Bleiben. Sowjetische Juden in Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 36. Jg., H. 7, 1991, S. 775-780*

Der Artikel beschreibt sehr detailliert das neue Phänomen der "deutschen Alijah". Für die Autorin steht fest, dass Deutschland aufgrund seiner historischen Schuld am Völkermord der Juden während des Zweiten Weltkrieg auch heute noch eine besondere moralische und politische Verantwortung gegenüber diesen Migranten hat.

*Schoeps, Julius H./ Jasper, Willi/ Vogt, Bernhard (Hrsg.): Russische Juden in Deutschland. Integration und Selbstbehauptung in einem fremden Land, Weinheim: Beltz Athenäum Verlag 1996*

Diese Publikation basiert auf den Ergebnissen der soziologischen Studie "Jüdische Auswanderer aus der GUS". Die Autoren versuchen zu zeigen, dass vor allem tradierte kulturell-religiöse Selbstbeschreibungen dieser Gruppe einen Modus der "Selbstbehauptung" und der Bewältigung von Integrationsproblemen darstellen. Ergänzende Essays und Interviews dienen vor allem illustrativen Zwecken.

## 2.4 Asylbewerber

*Althammer, Walter: Die politische Bedeutung des Migrationsproblems in Deutschland, in: AWR-Bulletin, 33. (42.) Jg., Nr. 1, 1995, S. 38-42*

Die deutsche Asylgesetzänderung aus dem Jahre 1993 ist für den Autor dieses Artikels mit einer "Gesinnungsethik" im Sinne Max Webers unvereinbar. Er führt diese Gesetzesnovellierung vor allem auf die mit dem starken Anstieg der Flüchtlingszahlen verbundenen sozialen Problemkonstellationen in Deutschland zurück. Er fordert eine international koordinierte Politik der Bekämpfung der Fluchtursachen.

*Becker, Joachim: Die Städte sind überfordert. Kommunale Erfahrungen mit Asylbewerbern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 7, 1993, S. 53-59*

Der Autor dieses Artikels beschreibt die mit dem starken Anstieg der Asylbewerberzahlen verbundenen finanziellen Belastungen der kommunalen Haushalte in Bezug auf Sozialausgaben wie z.B. Sozialhilfe und die schwierige soziale Situation dieser Migrantengruppe in den 1990er Jahren. Die Kernaussage des Artikels bzw. die These der Überforderung der Städte wird dabei exemplarisch an der Stadt Pforzheim zu belegen versucht und abschließend daraus das Plädoyer für eine Begrenzung von Zuwanderung abgeleitet.

*Blanke, Bernhard (Hrsg.): Zuwanderung und Asyl in der Konkurrenzgesellschaft, Opladen: Leske + Budrich 1993a*

Dieser Sammelband ist zum Zeitpunkt der Verabschiedung des sog. "Asylkompromisses" von 1993 entstanden. Im Zentrum der verschiedenen Beiträge steht die Frage, ob mit dieser Gesetzesnovellierung das Zuwanderungsproblem gelöst werden kann. Der Herausgeber beschreibt zu-

nächst sehr detailliert die spezifische Kommunikationsstruktur der Asyldebatte. In einem zweiten Teil wird der Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung, Arbeitsmarkt und Wanderungsbewegungen beleuchtet. Der dritte Teil thematisiert Migration nach und in Europa unter dem Aspekt der Ausländerpolitik. Ergänzt werden diese Analysen durch empirisch orientierte Beiträge, in denen die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber Ausländern und Fremdenfeindlichkeit untersucht werden. In einem Schlusskapitel werden die bisherigen Ausführungen in einen theoretischen Rahmen gestellt, die Integrationsprobleme "multikultureller Gesellschaften" diskutiert und das Gesellschaftsmodell des politischen Multikulturalismus vorgestellt.

*Blanke, Bernhard: Zuwanderung und Asyl, in: Leviathan, 21. Jg., H. 1, 1993b, S. 13-23*

Der Beitrag dieses Autors stellt im wesentlichen eine Paraphrase der Argumentation seines Artikels in 1993a (siehe oben) dar. Er zeichnet die Diskussionen um die Asylrechtsänderung von 1992 nach und bewertet den sog. Asylkompromiss als eine "Nichtentscheidung". Handlungs- und Regelungsoptionen in der Asyldebatte wurden für ihn von Anbeginn als politischer Bedarf nach "schnellen Entscheidungen" perzipiert, der zusammen mit der Verflechtung verschiedener Entscheidungsebenen am Ende mit der Asylrechtsänderung zu einer fast "panikartigen" Schließung der Grenzen gegenüber den östlichen Nachbarstaaten geführt hat, ohne dass allerdings dabei die innen- und aussenpolitischen Konsequenzen dieser Maßnahmen in ausreichendem Maße bedacht worden wären. Der sog. Asylkompromiss bedeute vor allem ein erneutes "Ausweichen" vor den Grundsatzfragen einer zukünftigen, "neuen" Migrationspolitik und den damit verbundenen politischen Entscheidungen.

*Borttscheller, Ralf H.: Probleme der Zuwanderung am Beispiel Bremens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 44-45, 1996, S. 25-38*

Der Autor dieses Beitrages diskutiert soziale Probleme der Asylzuwanderung am Beispiel Bremens. Im Mittelpunkt stehen vor allem die Integrationsprobleme von Asylbewerbern. Als einen Indikator dafür begreift der Autor ausländische Kriminalitätsdelikte, die er durch eine Auswertung der städtischen Kriminalitätsstatistik zu belegen versucht. Er warnt vor starker Zuwanderung und "Multikulturalität".

*Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Flüchtlingskonzeptionen der Bundesrepublik Deutschland. Ansätze für eine ressortübergreifende Politik, Bonn: 1990*

Dieser Bericht präsentiert die Ergebnisse der interministeriellen Arbeitsgruppe "Flüchtlingskonzeption". Neben einer Bestandsaufnahme und kritischen Bewertung der bisherigen Flüchtlingskonzeption der Bundesrepublik stellt der Bericht einige Ansätze für eine ressortübergreifende Zusammenarbeit in diesem Politikbereich dar.

*Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Bericht des Bundesministeriums des Innern über erste Erfahrungen mit den am 1. Juli 1993 in Kraft getretenen Neuregelungen des Asylverfahrensrechts - Asyl-Erfahrungsbericht 1993 -, Bonn: 1994*

Ein halbes Jahr nach den Neuregelungen des Asylverfahrensrechts untersucht und beurteilt dieser "Asyl-Erfahrungsbericht" des Bundesinnenministeriums die ersten Auswirkungen dieser neuen Regelung.

*Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Bericht des Bundesministeriums des Innern zur Fortschreibung des Asyl-Erfahrungsberichts 1993 - Asyl-Erfahrungsbericht 1994 -, Bonn: 1995*

Dieser Bericht ist die Fortschreibung des ersten "Asyl-Erfahrungsberichtes" aus dem Jahre 1993 (siehe oben). Diesmal werden die Auswirkungen der neuen Asylregelungen im ersten Jahr seit ihrer Verabschiedung diskutiert.

*Fijalkowski, Jürgen: Aggressive Nationalism, the Problem of Immigration Pressure and Asylum Policy Disputes in Today's Germany, in: International Migration Review, vol. 27, no. 4, 1993, Pp. 850-869*

Der Autor dieses Aufsatzes diskutiert die Frage, ob die den deutschen Vereinigungsprozess begleitenden ethno-nationalen Semantiken und gewalttätigen Ausschreitungen besonders gegenüber Asylbewerbern auf einen "aggressiven Nationalismus" zurückzuführen sind. Steigende Asylbewerberzahlen, "growing immigration pressures" und rechtsextreme Verhaltensweisen könnten nicht kausal kurzgeschlossen werden. Die Ursachen eines "aggressiven Nationalismus" rechnet der Autor aufbauend auf die Studien des Jugendforschers Heitmeyer vielmehr sozialen "Desintegrationsprozessen" und damit entstehenden "Anomie- und Sinnproblemen" von jugendlichen Gewalttätern zu (siehe dazu auch Stolz 1998; zur Kritik s. besonders Bommes 1995 in diesem LB). Aber auch eine "unsichere" kollektive Identität als historisches Resultat des bis zum Ende der 1980er Jahre "unvollendeten" Staatsbildungsprozesses in Deutschland trug für den Autor zur Eskalation aggressiven ausländerfeindlichen Verhaltens bei in dem Sinne, dass sowohl die einheimische Bevölkerung als auch die maßgeblichen politischen Eliten zunächst sehr zöger-

lich auf die rechtsradikalen Ausschreitungen und Provokationen reagierten und damit wesentlich zur Fortsetzbarkeit dieses Konfliktgeschehens beitrugen.

*Griesbeck, Michael: Asyl für politisch Verfolgte und die Eindämmung von Asylrechtsmißbrauch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 46, 1997, S. 3-10*

Der Artikel stellt den Ablauf des Asylverfahrens in Deutschland vor und weist auf die vermeintlich kausale Beziehung zwischen einer restriktiven Asylpraxis und einer wachsenden Schleuserkriminalität hin.

*Grenz, Wolfgang: Neues Asylrecht: Abschied vom Schutz für politisch Verfolgte?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 44. Jg., H. 2, 1993, S. 97-108*

Der Autor untersucht in diesem Artikel die unterschiedlichen innen- und aussenpolitischen Gründe, die 1993 zur Änderung des Asylgrundrechts führten, verweist auf mögliche Auswirkungen dieser Novellierung und plädiert zum Schluss für eine europäische Harmonisierung des Asylrechts.

*Hailbronner, Kay: Die europäische Asylrechtsharmonisierung nach dem Vertrag von Maastricht, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 15. Jg., H. 1, 1995, S. 3-13*

In diesem Artikel gibt der Autor zunächst den aktuellen Stand der europäischen Asylrechtsharmonisierung nach der Verabschiedung des Maastrichter Vertragswerkes wieder. Danach werden das Dubliner und das Schengener Folgeabkommen dargestellt, verschiedene asylrechtliche Aktionsprogramme und die Londonder Beschlüsse der EU-Innen- bzw. Einwanderungsminister vom Dezember 1992 beschrieben und einige Implikationen des Maastrichter Vertrages für die Frage nach einer weiteren europäischen Asylrechtsharmonisierung angedeutet. In einem zweiten Teil werden aus diesen Abkommen resultierende bzw. mit diesen verbundene offene Fragen im Hinblick auf das materielle Asylrecht und das Asylverfahrensrecht angesprochen sowie vorhandene Regelungsdefizite vor allem in den Bereichen der Bekämpfung von Fluchtursachen und der Rückübernahmeabkommen mit sog. Drittländern diskutiert. In einer Schlussbemerkung greift der Autor erneut den aktuellen Stand der Asylrechtsharmonisierung auf und stellt diesmal deren "Fortschritte" und Probleme gebündelt dar. Das Hauptproblem sieht er dabei zweifellos darin, die Bestimmungen des Maastrichter Vertrages zu einer möglichen Überführung des Asyl- und Einwanderungsrechts in die Kompetenz der Gemeinschaft mit den Interessen der verschiedenen Mitgliedsstaaten der europäischen Union "an sich selbst", d.h. an der Aufrechterhaltung staatli-

cher Souveränität im Hinblick auf die Kontrolle eines Territoriums miteinander in Einklang zu bringen. Ein asylpolitischer "Konsens" zwischen den verschiedenen europäischen Ländern kann nicht mit der "Brechtstange" erzwungen werden.

*Hailbronner, Kay: Geschlechtsspezifische Fluchtgründe, die Genfer Flüchtlingskonventionen und das deutsche Asylrecht, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 18. Jg., H. 4, 1998, S. 152-159*

Der Autor analysiert die deutsche und internationale Rechtslage zur Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe.

*Hillgenberg, Hartmut: Flüchtlinge als Herausforderungen für Europa. Ansätze für eine Politik der Schutzgewährung an Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, in: Europa-Archiv, 49. Jg., Folge 18, 1994, S. 537-544*

Der Autor vertritt die These, dass die bisherigen nationalen Zuwanderungspolitiken in Europa den seit den 1990er Jahren massiv angestiegenen Zuwanderungen nicht mehr gerecht werden. In dieser Situation sei ein europaweit koordiniertes Handeln erforderlich, das über die bisherige Politik der Koordinierung des Asylrechts und der Maßnahmen zur Einreisekontrolle hinausgehen sollte. Im Schlusskapitel werden Ansätze einer Politik der "Schutzgewährung" am Beispiel von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen diskutiert.

*Hoffmann, Lutz: Die unaufhaltbare Einwanderung. Drei Grundirrtümer der Asyldebatte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 36. Jg., H. 12, 1991, S. 1469-1481*

Für den Autor ist die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung kontrovers geführte Asyldebatte durch drei sog. "Grundirrtümer" gekennzeichnet: Ein erster besteht in der Annahme, dass Migration ein begrenztes und jederzeit kontrollierbares Phänomen und damit über eine Änderung des Asylgesetzes steuerbar sei. Gegen diese Auffassung macht der Autor den empirischen Einwand geltend, dass die Zuwanderungen in den 1990er Jahren unaufhaltbare und nicht reversible Entwicklungen darstellen, weil sie im Kontext von Globalisierung und beschleunigter internationaler Mobilität inzwischen fast zur "Überlebensstrategie ganzer Bevölkerungen" geworden seien. Ein zweiter "Grundirrtum" der Asyldebatte sei die weit verbreitete politische Überzeugung, dass die damals steigende Zahl von Asylbewerbern lediglich ein "Ausnahmegeschehen" und ein "Übergangsphänomen" darstelle. Im Rekurs auf die lange Tradition von Zuwanderungsprozessen nach Deutschland stellt er hingegen die Neuartigkeit dieses Phänomens grundsätzlich in Frage (vgl.

aber z.B. auch Bade 1994a in diesem LB). Einen dritten "Grundirrtum" markieren für den Autor die politischen Befürchtungen, durch weitere Zuwanderungsprozesse könne die Leistungsbeziehung des Wohlfahrtsstaates zu seiner Staatsbevölkerung erodieren oder sein Leistungsniveau "nach unten" abgesenkt werden. Er versucht dieses Argument mit dem Verweis auf die demografische "Rückwärtsentwicklung" der Bevölkerung zu entkräften. Langfristig seien weitere Zuwanderungen erforderlich, um das "Wohlstandsniveau" des deutschen Sozialsystems auch weiterhin aufrechtzuerhalten.

*Hoffmann, Lutz: Nicht die gleichen, sondern dieselben Rechte. Einwanderungspolitik und kollektive Identität in Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 37. Jg., H. 9, 1992, S. 1090-1100*

Der Aufsatz stellt die gegenwärtigen (1992) politischen Auseinandersetzungen über Einwanderung, "Einwanderungsland Bundesrepublik" und mögliches Einwanderungsgesetz in ein Verhältnis zu kollektiven Identitätsbeschreibungen in Deutschland. Der Autor fordert einen Übergang vom erklärten Nicht-Einwanderungsland zum erklärten Einwanderungsland mit einer darauf abgestimmten Einwanderungsgesetzgebung, der jedoch für ihn nur dann möglich ist, wenn er von einem entsprechenden Wandel kollektiver Identitätskonstruktionen begleitet wird. Auf der empirischen Annahme, dass die Kernvorstellungen nationaler Identität auch heute noch auf "deutschvölkischen" Grundlagen des Nationalstaates beruhen, baut die weitergehende These über die "exklusive" kollektive Identität der Bevölkerung der Bundesrepublik auf. Diese Form der kollektiven Selbstdeutung sei dabei auf Mitgliedschafts- und Staatsbürgerschaftsregelungen bezogen, die bis heute zu einem weitgehenden Ausschluss von Migranten von politischen Staatsbürgerrechten geführt haben. Der Autor plädiert vor diesem Hintergrund deshalb dafür, Migranten die selben Rechte wie deutschen Staatsbürgern einzuräumen. Die empirische Durchsetzung und der Erfolg dieser Forderung ist für ihn aber erst erwartbar, wenn sie mit einer tiefgreifenden Veränderung im Selbstverständnis der Bevölkerung hin zu einer "inkluisiven" Identität einhergeht. Wenn ein solcher Wandel tatsächlich eintreten sollte, dann könnten in diesem Rahmen jene postnationalen Strukturen als gemeinsame Identifikationspunkte von einheimischer *und* eingewanderter Bevölkerung gedeihen, wie sie Sternberger und Habermas mit ihren Konzepten des sog. "Verfassungspatriotismus" und der sog. "postnationalen Identität" in den Blick genommen haben (s. auch Oberndörfer 1998 und die weiteren Literaturangaben dort in diesem LB).

*Jähler, Uli: Migration - Asyl - Ausländerfeindlichkeit. Zumutungen und Begründungsnotstände, in: PROKLA 90, 23. Jg., H. 1, 1993, S. 50-64*

Vor allem die aktuellen Asylzuwanderungen nach Deutschland sind für den Autor dieses Artikels ein Kristallisationspunkt politischer Auseinandersetzungen über die sog. "multikulturelle Gesellschaft" und den Umgang mit der Tatsache, dass Deutschland ein Einwanderungsland geworden sei. Er diskutiert drei unterschiedliche Positionen zu diesen Themen und versucht die Annahme zu belegen, dass die gegenwärtigen politischen Konzepte und Regulierungsversuche der Bundesrepublik hinter dem aktuellen, von neuartigen Zuwanderungen angestoßenen Regulierungsbedarf zurück bleiben, weil dieser nach dem Zerfall der bipolaren Weltordnung nur noch im Rahmen einer über Europa hinausgehenden Weltinnenpolitik zu decken sei.

*Koch, Gustav: Flüchtlingsfrauen in der Bundesrepublik Deutschland, in: AWR-Bulletin, 33. (42.) Jg., Nr. 4, 1995, S. 156-165*

Frauen und ihre Kinder stellen einen Anteil von circa 80% an der weltweiten Flüchtlingsbevölkerung dar. Der Autor diskutiert verschiedene Hintergründe und Ursachen von Frauenverfolgungen und begreift vor diesem Hintergrund das deutsche Asylverfahrensgesetz als zu eng und zu einseitig, da es ausschließlich geschlechtsneutrale Bestimmungen enthält.

*Maier-Borst, Michael: Menschenrechtsverletzungen als Fluchtursache, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 49, 1998, S. 3-13*

Der Autor diskutiert in diesem Aufsatz Menschenrechtsverletzungen als Fluchtursache und konstatiert in Bezug auf Deutschland eine besorgniserregende Rechtsentwicklung. Jüngere Änderungen des deutschen Asylrechtes dokumentierten eine weitere Distanzierung gegenüber ehemals engen Bindungen an internationale Konventionen zum Schutz von Flüchtlingen und Menschenrechten. Das neue Asylgesetz wird damit als Kernbestandteil der Entwicklung einer deutlich restriktiveren Asylpolitik begriffen, die vor allem die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Verfolgungsgründe ausschliesse.

*Münch, Ursula: Vorgeschichte, Probleme und Auswirkungen der Asylrechtsänderung 1993, in: Tessmer, Carsten (Hrsg.): Deutschland und das Weltflüchtlingsproblem, Opladen: Leske + Budrich 1994, S. 103-136*

Nach einer Beschreibung der historischen Entwicklung und der rechtlichen Grundlagen des deutschen Asylgesetzes untersucht die Autorin dieses Aufsatzes die verschiedenen Auswirkungen der Asylrechtsänderung von 1993.

*Münz, Rainer/ Weiner, Myron: Migration, Flucht und Aussenpolitik, in: Angenendt, Steffen (Hrsg.): Migration und Flucht. Aufgaben und Strategien für Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1997, S. 200-219*

In diesem Aufsatz werden die Ergebnisse eines vergleichenden deutsch-amerikanischen Forschungsprojektes vorgestellt. Vor dem Hintergrund politischer Befürchtungen und Erwartungen eines weiter ansteigenden Zuwanderungsdrucks auf Deutschland und "Europa" steuert dieser Aufsatz vor allem das Ziel an, geeignete Präventions- und Interventionsstrategien zur Herabminderung des Auswanderungsdrucks in den verschiedenen Herkunftsländern zu entwickeln. Neben verschiedenen Rückkehrpolitiken und der sog. "Sicheren-Drittstaaten-Lösung" favorisieren die Autoren die Strategie, durch die Ausweitung alter und die Etablierung neuer Handelsbeziehungen zu einer weiteren wirtschaftlichen Stabilisierung dieser Staaten beizutragen, nicht zuletzt in der Hoffnung, hierdurch das dort vorhandene Migrationspotenzial zu reduzieren. Sie weisen in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die aussenpolitische Dimension der Migrations- und Flüchtlingsproblematik und den begrenzten Wirkungskreis einer unilateralen Zuwanderungspolitik hin.

*Rauch, Malte: Opfer der Pflicht. Kanter und die sieben Sudanesen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 40. Jg., H. 11, 1995, S. 1348-1357*

Der Text diskutiert die Auswirkungen der im Rahmen der Asylgesetzänderung verabschiedeten sog. "Flughafenregelung" am Beispiel des bisher spektakulärsten Falls von sieben Sudanesen im Sommer 1995.

*Santel, Bernhard: Ost-West-Migration und die Harmonisierung der Asylpolitik in Europa, in: Demuth, Andreas (Hrsg.): Neue Ost-West-Wanderungen nach dem Fall des Eisernen Vorhangs?, Münster/ Hamburg: Lit 1994, S. 141-157*

Der Aufsatz dieses Autors beinhaltet Überlegungen zum Zusammenhang von Ost-West-Migration und den Bemühungen zur Harmonisierung der Asylpolitik in Europa. Es geht ihm vor allem darum, zu zeigen, dass die "doppelte" Herausforderung der Zunahme von Wanderungsbewegungen in die Staaten der Europäischen Union einerseits und des Abbaus von innergemein-

schaftlichen Grenzkontrollen andererseits zu einer Einschränkung der nationalstaatlichen Entscheidungssouveränität in Bezug auf die Kontrollmöglichkeiten an den Binnengrenzen führten. Er diskutiert politische Harmonisierungsbemühungen insbesondere in Bezug auf die Einwanderungs-, die Asyl- und die allgemeine Zuwanderungspolitik als nationale Versuche, den Verlust an nationalstaatlicher Steuerungskompetenz durch bi- und multilaterale Kooperationen zu kompensieren.

*Schlegel, Bernd: Die Ausländer und Flüchtlingsfrage in Deutschland, in: AWR-Bulletin, 35. (44.) Jg., Nr. 4, 1997, S. 185-189*

Im Hinblick auf die Kontroverse über ein Einwanderungs- und Zuwanderungsgesetz steht der Autor dieses Artikels auf der Seite der Gegner einer Neukonzeptualisierung der gegenwärtigen deutschen Migrationspolitik. Er vertritt die Auffassung, dass im Prinzip bereits mit einer konsequenten Anwendung der bestehenden rechtlichen Regelungsstruktur die Zuwanderung nach Deutschland wirkungsvoll gesteuert werden kann.

*Schmacke, Norbert: Reisefähigkeit von Asylsuchenden - Zur Konstituierung und Bedeutung eines sozialmedizinischen Gutachtenbegriffs, in: Zeitschrift für Sozialreform, 39. Jg., H. 7, 1993, S. 442-449*

Dieser Artikel beschreibt das amtsärztliche Verfahren zur Prüfung der Reisefähigkeit von Asylsuchenden oder Ausländern mit begrenzter Aufenthaltserlaubnis, die gegen eine vorgesehene Umverteilung in ein anderes Bundesland oder gegen eine angeordnete Ausweisung aus der Bundesrepublik gesundheitliche Gründe anführen. Insgesamt wurden im Auftrag der Bremer Innen- und Ausländerbehörde 83 amtsärztliche Gutachten des Bremer Hauptgesundheitsamtes ausgewertet, in denen "Reisefähigkeit" von Asylsuchenden primär als "Transportfähigkeit" definiert wird. Der Autor begreift diese Definition als eine zu enge Auslegung von Reisefähigkeit und plädiert daher für den Entwurf eines um sozialmedizinische Kriterien erweiterten Begriffs.

*Schuth, Wolfgang: Asyl in der Zitadelle. Zum deutschen Umgang mit einem Menschenrecht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 36. Jg., H. 6, 1991, S. 725-736*

Dieser Artikel knüpft an die damaligen kontroversen Diskussionen um das Grundrecht auf Asyl an und untersucht die Möglichkeiten und Grenzen einer Änderung des Art. 19 II GG.

*Strenge, Irene: Asylrecht - Wertmesser der Gesellschaft, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 15. Jg., H. 3, 1995, S. 127-131*

Die Autorin zeichnet in diesem Artikel knapp die Geschichte des deutschen Asylrechts nach. Ihr gilt das Asylrecht als ein "Wertmesser der Gesellschaft", als ein Regelwerk mit hoher symbolischer Bedeutung, das zum Ausdruck bringt, welche Werte und Normen das Selbstverständnis der Bundesrepublik prägen. Die Änderung des Asylrechts im Jahre 1993 stelle einen deutlichen Einschnitt in die spezifische deutsche Asylrechtstradition dar.

*Wassermann, Rudolf: Plädoyer für eine neue Asyl- und Ausländerpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 9, 1992, S. 13-20*

Der Verlauf der Debatte um eine neue Asyl- und Ausländerpolitik zeigt, dass die Frage nach der Größenordnung zukünftiger Wanderungsbewegungen einen der Hauptstreitpunkte darstellt. Im Unterschied zu eher gemäßigten Einschätzungen teilt der Autor dieses Beitrages Positionen, die den quantitativen Höhepunkt der Zuwanderung noch gar nicht als überschritten betrachten, sondern die Herausbildung einer "neuen Völkerwanderung" zwischen Ost und West erst aufziehen sehen. In Bezug auf diese Prognose seien die verschiedenen Reaktionen der deutschen Politik auf die mit neuen Migrationen verbundenen Herausforderungen bislang vor allem durch Ignoranz gekennzeichnet. Weil demzufolge die verschiedenen politischen Gestaltungsversuche bis 1992 weitgehend ins Leere liefen, sei es eine politische Verpflichtung und Notwendigkeit, in die Asyl- und Ausländerpolitik neue gesetzliche Regelungen wie Asylrechtsbegrenzung, Kontingentierung und Quotierung einzuführen.

## **2.5 Kontingentflüchtlinge**

*Glatzel, Horst: Bilaterale Rückübernahmeübereinkommen und multilaterale Harmonisierungspolitik, in: Angenendt, Steffen (Hrsg.): Migration und Flucht. Aufgaben und Strategien für Deutschland, Europa und die internationale Gemeinschaft, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1997, S. 107-115*

Auf den verstärkten "Zuwanderungsdruck" seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes reagierte die Bundesrepublik wie andere EU-Staaten auch mit dem Abschluss von bilateralen Rückübernahmeübereinkommen mit v.a. MOE-Staaten. Dieser Aufsatz untersucht die verschiedenen politischen Gründe, die zur Verabschiedung dieser Abkommen führten und weist auf einige proble-

matische Implikationen hin. Insbesondere die Verbreitung solcher Verträge im großen Stil und ihre teilweise sehr unterschiedlichen rechtlichen Bestimmungen konterkarieren für ihn vielfach die mit dem System der Werkvertragsabkommen ursprünglich intendierten politischen Versuche, Migration zu steuern bzw. zu begrenzen (zu diesem Punkt siehe vor allem auch die Arbeiten von Reim/Sandbrink 1996, Sandbrink 1998, Sieveking 1996 und Sieveking/ Reim/ Sandbrink 1997 in diesem LB). Ein brauchbarer Schritt, um aus diesem Politikdilemma herauszukommen, stellen für ihn "multilaterale Harmonisierungen" dar. Besonders die bereits im Jahre 1990 verabschiedeten migrationspolitisch relevanten Bestimmungen des Schengener Abkommens seien ein geeignetes rechtliches Rahmenwerk. Dieses sollte auf Dauer in ein gesamteuropäisches System von Rückübernahmeübereinkommen überführt werden, das eine beträchtliche Erhöhung der Steuerungskapazität der Europäischen Union mit sich bringen könne.

## 2.6 Sinti und Roma

*Blahusch, Friedrich: Roma-Flüchtlinge in Deutschland. Zur aktuellen politischen und sozialen Situation, in: Schopf, Roland (Hrsg.): Sinti, Roma und wir anderen. Beiträge zu problembehafteten Beziehungen, Münster/ Hamburg: LIT 1994, S. 73-96*

Der Autor untersucht die aktuelle politische und soziale Situation von Sinti und Roma nach der Änderung des Asylgesetzes 1993. Er fordert anstelle von befristetem Aufenthalt, Abschiebung und Abweisung an der Grenze ein dauerhaftes Bleiberecht für diese Gruppen.

*Danckwort, Barbara: Sinti und Roma - Geschichte und aktuelle Situation einer Minderheit in Deutschland, in: Lepp, Claudia/ Danckwort, Barbara (Hrsg.): Von Grenzen und Ausgrenzungen. Interdisziplinäre Beiträge zu den Themen Migration, Minderheiten und Fremdenfeindlichkeit, Marburg: Schüren 1997, S. 80-114*

In diesem Beitrag zeichnet die Autorin in kurzer Form die Migrationsgeschichte der Sinti und Roma seit dem 15. Jahrhundert nach. Sie vertritt weiterhin die Annahme, dass beide Gruppen als eine jeweilige ethnische Minderheit in Deutschland zu fassen sind. In einem zweiten Teil des Aufsatzes wird daher ausführlich die minderheitenpolitische Entwicklung und die aktuelle soziale Situation der beiden Gruppen diskutiert.

*Hohmann, Joachim S. (Hrsg.): Sinti und Roma in Deutschland, Frankfurt a. M./ Berlin/ Bern/ New York/ Paris/ Wien 1995*

Dieser Aufsatzband beschreibt die Situation der Roma und Sinti in Deutschland fünfzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Beiträge drängen auf eine Verbesserung ihrer sozialen Situation im "Zeichen der Menschenwürde".

*Wilms-Schröder, Almut/ Dal Molin, Ana: Gespräche mit illegalisierten Roma-Frauen, in: BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hrsg.): Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte, Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation 1995, S. 77-90*

Der Aufsatz dieser Autorinnen beruht auf drei Gesprächen mit illegalisierten Roma-Frauen, in denen diese ihre Lebenssituation in Deutschland als schwierig und ihre Zukunftsperspektiven als unsicher beschreiben.

## **2.7 Umweltflüchtlinge**

*Bächler, Günther (Hrsg.): Umweltflüchtlinge: das Konfliktpotential von morgen?, Münster: agenda-Verlag 1994*

Die verschiedenen Beiträge dieses Tagungsbandes fassen Migration und Umweltveränderungen als "Konstanten menschlichen Daseins". Das historische wie aktuelle Zusammenspiel von Migration und ökologischer Umwelt wird dabei aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet: Den ersten Teil des Buches rahmen sozialwissenschaftliche Analysen, die Umweltflucht im genauen Wortsinne als durch "Umweltzerstörung erzwungene Migration" fassen und vor allem darauf bezogene kulturelle und sicherheitspolitische Probleme diskutieren. Im zweiten Teil des Buches folgen empirische Beispiele für Umweltflucht sowie ausgewählte Regionalstudien, die darauf zielen, die im Tagungstitel formulierte Frage durch empirisches Material positiv zu beantworten. Die Migrationsform Umweltflucht wird im letzten Teil des Buches im Rahmen eines kulturökologischen Ansatzes diskutiert, wobei am Fallbeispiel der Schweiz der zukünftige politische Handlungsbedarf in Bezug auf die Ursachen und sozialen Folgen dieser Migrationsform skizziert wird. Die Autoren fordern ein gleichzeitiges politisches Agieren auf nationaler und internationaler Bühne - vor allem im Hinblick auf die Asyl- und Aussenpolitik, die Migrationspolitik und die Entwicklungs- und Friedenspolitik.

## 2.8 Illegale Migration

*AWO Bremen (Hrsg.): Illegale - Neue Anforderungen für die Migrationssozialarbeit, Bremen: 1994*

Diese Dokumentation ist das Ergebnis einer von der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bremen organisierten Tagung. In drei Referaten werden juristische, innen- und sozialpolitische Aspekte und Probleme illegaler Migration angesprochen und zur Diskussion gestellt. Im thematischen Zusammenhang dieses Literaturberichtes ist insbesondere der Beitrag von Dita Vogel: "Illegaler Aufenthalt und Legalisierungspolitik" von Bedeutung. Die Autorin beschreibt die verschiedenen Formen illegalen Aufenthalts in Deutschland und entwickelt verschiedene politische Möglichkeiten, die soziale Situation dieser Migranten zu verbessern, etwa durch die Legalisierung illegaler Migranten.

*Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Bericht über die illegale Migration nach Deutschland, Bonn: 1998*

Der Bericht des Bundesinnenministeriums zur illegalen Migration nach Deutschland verfolgt einen doppelten Zweck: Auf der einen Seite stellt er ein Kompendium zur illegalen Migration dar, in dem detailliert die verschiedenen Ursachen und wanderungsauslösenden Faktoren in den Herkunfts- und in den Zielländern, die spezifischen Wanderungswege und -kanäle und die sozialen Auswirkungen dieser Art von Migration in den Zielländern beschrieben werden. Auf der anderen Seite verfolgt das Ministerium mit diesem Bericht die dezidiert politische Absicht, illegale Migrationsprozesse im Kontext von Globalisierung, beschleunigter internationaler Mobilität und europäischer Freizügigkeit in der Weise einzuschränken, dass die Souveränität der Bundesrepublik im Hinblick auf Migrationskontrolle auch in Zukunft gewahrt bleibt. In dieser Zielperspektive werden zum Schluss des Berichts verschiedene politische Strategien und Maßnahmen vorgestellt, die das Ziel verfolgen, das massive internationale Migrationsgeschehen und insbesondere die illegale Migration nach Deutschland auf eine innenpolitisch "gut vertretbare" Größenordnung zu reduzieren.

*Caritas Europa: Illegale Zuwanderer - Zusammenfassung der Berichte an Caritas Europa, H. 17, Freiburg: 1993*

Die Caritas Europa stellt in diesem Heft den zusammenfassenden Bericht eines internationalen Fragenkatalogs zur illegalen Zuwanderung vor, der die Grundlage für eine gemeinsame Erklärung bieten soll.

*Cyrus, Norbert: Den Einwanderungskontrollen entgangen. Bestandsaufnahme und Anmerkungen zur unkontrollierten Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland am Beispiel polnischer Staatsangehöriger, in: Lepp, Claudia/ Danckwortt, Barbara (Hrsg.): Von Grenzen und Ausgrenzungen. Interdisziplinäre Beiträge zu den Themen Migration, Minderheiten und Fremdenfeindlichkeit, Marburg: Schüren 1997c, S. 35-56*

Der Autor diskutiert zunächst knapp die begriffliche Verwendung des Wortes "illegal" im Zusammenhang mit Migration. Für ihn ist die Bezeichnung "Illegale" keine geeignete analytische Kategorie. Er spricht sich gegen jede Subsumtion von unerwünschter Zuwanderung unter diesen Begriff aus. Im Zentrum seines Aufsatzes steht die Untersuchung der gegenwärtigen sozialen Situation von sog. "irregulären Migranten" in der Bundesrepublik. Der Prozess der Illegalisierung wird durch eine exemplarische Darstellung der Zuwanderung polnischer Staatsbürger nach Berlin zu illustrieren versucht (vgl. auch der gleiche Autor 1993 in diesem LB). Der Autor beabsichtigt dabei vor allem, zu zeigen, dass illegale Lebensverhältnisse oft kein "selbstgeschaffenes" Problem der Migranten sind. Er fordert zum Abschluss eine wesentliche Verbesserung der rechtlichen Stellung von Migranten, damit ihre schwierige soziale Situation so abgedeckt werden kann, dass ein schrittweiser Wiedereinstieg in das "legale Leben" und damit auch in legale Beschäftigungsverhältnisse für diese Migranten möglich wird.

*Cyrus, Norbert: Ungeschützt und rechtlos im Abseits. Zum gesellschaftlichen Umgang mit Menschen ohne Aufenthaltsstatus, in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, H. 1, 1997d, S. 48-53*

Der Autor dieses Artikel beschäftigt sich wie in seinem Aufsatz von 1997c (in diesem LB) mit Prozessen der Illegalisierung von polnischen Migranten. Er versucht zu zeigen, dass Migranten ohne Aufenthaltsstatus in der Bundesrepublik in ihrer Mehrzahl zunächst über einen legalen Kanal eingereist sind. Illegaler Aufenthalt und Prozesse der Illegalisierung erfolgen also erst im Zielland, weshalb schärfere Kontrollen der Aussengrenzen für den Autor kein wirksames Instrument zur Einschränkung "statusloser" Aufenthalte darstellen. Am Beispiel des Zuwanderungsprozesses von zunächst legal eingereisten polnischen Staatsbürgern, die erst in der Bundesrepublik in die Illegalität abrutschten, versucht der Autor seine Annahme empirisch zu unterfüttern.

*Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.): Illegale Beschäftigung in der Europäischen Union. Gewerkschaftliche und staatliche Handlungsmöglichkeiten, Düsseldorf: 1997*

Die Dokumentation "Illegale Beschäftigung in der Europäischen Union" geht zurück auf eine vom Deutschen Gewerkschaftsbund organisierte Arbeitstagung von 1997. In insgesamt sieben Referaten werden insbesondere unter juristischen Gesichtspunkten die Themenbereiche illegale Beschäftigung in Deutschland und Europa, das System der Werkvertragsabkommen und darauf basierender Beschäftigung sowie Möglichkeiten der institutionellen "Bekämpfung" illegaler Beschäftigung besprochen.

*Eichendorfer, Eberhard (Hrsg.): Migration und Illegalität, IMIS-Schriften Bd. 7, Osnabrück: Rasch Verlag, 1999*

Die Bundesrepublik Deutschland ist in den 1990er Jahren zu einem bevorzugten Ziel- und Aufenthaltsland von sog. illegalen Migranten geworden. Dieser Umstand hat zu einer intensiven Diskussion von Themen wie illegale Einreise, illegaler Aufenthalt und illegale Beschäftigung unter verschiedenen Migrationsforschern, Politologen, Juristen und in den Parteien geführt. Dieser Sammelband knüpft in vielerlei Hinsicht an diese Diskussionen an: Im ersten Abschnitt werden zunächst die mit illegaler Migration verbundenen Rechtsfragen und -konsequenzen angesprochen. Harald Lederer weist in seinem Beitrag "Zur Typologie und Statistik illegaler Zuwanderung nach Deutschland" auf unterschiedliche Formen illegaler Zuwanderung und auf ihre schwierige statistische Erfassung hin. Im Hinblick auf verschiedene soziale Folgen von Illegalität stehen im zweiten Abschnitt des Bandes vor allem die sozialpolitischen Implikationen dieser Art von Zuwanderung im Vordergrund. Dita Vogel geht in ihrer Studie über "Illegale Zuwanderung nach Deutschland und soziales Sicherungssystem" der Frage nach, welche Auswirkungen illegaler Aufenthalt und illegale Beschäftigung auf den nationalen Arbeitsmarkt, den staatlichen Haushalt, das Steuersystem und auf die sozialen Sicherungssysteme haben. "Staatliche Reaktionen auf Illegalität" lautet der Titel des Beitrages von Klaus Sieveking, in dem die sozialpolitischen Implikationen dieser Zuwanderung aus der Sicht staatlicher Entscheidungsträger und Behörden betrachtet werden. Der Autor versucht dabei besonders die auf nationaler und europäischer Ebene bereits etablierten rechtlichen Regelungen zur Steuerung und Begrenzung illegaler Zuwanderung, illegalen Aufenthalts und illegaler Beschäftigung auf ihren empirischen Gehalt zu überprüfen. Er kommt zu dem Schluss, dass die verstärkten rechtlichen und auch polizeilichen Bemühungen zur Kontrolle dieser Migrationsprozesse bisher nur ansatzweise erfolgreich waren. Ohnehin sei diese

Form der Migration nicht vollständig kontrollierbar, weder rechtlich, noch politisch und auch nicht polizeilich. Die Beiträge des letzten Abschnitts fokussieren vor allem die internationale Ebene und die europäischen Nachbarstaaten der Bundesrepublik. Anhand internationaler Beispiele und fünf europäischer Fallstudien wird auch hier die Frage diskutiert, welche Auswirkungen illegale Migration auf die verschiedenen nationalen Sicherungssysteme hat und damit auf die jeweilige Entwicklung von Wirtschaft und Politik in den ausgewählten europäischen Ländern.

*Gaserow, Vera: ...und bloß nicht ins Krankenhaus. Illegale in Berlin, in: BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hrsg.): Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte, Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation 1995, S. 19-24*

Die Autorin versucht die soziale Situation illegaler Migranten in Berlin durch eine deutende Rekonstruktion von drei exemplarischen Erfahrungsberichten zu erschließen. Sie berichtet auf dieser Materialbasis von den alltäglichen "Sorgen" und "Nöten" dieser illegalen Migranten. Vor dem Hintergrund ihres "sozialen Abseits" spricht die Autorin den Netzwerken dieser Migranten die wichtige Funktion der Gemeinschaftsstabilisierung zu.

*Jordan, Bill/ Vogel, Dita: Which policies influence migration decisions? A comparative analysis of qualitative interviews with undocumented Brazilian immigrants in London and Berlin as a contribution to economic reasoning, ZeS-Arbeitspapier Nr. 14, Universität Bremen: Zentrum für Sozialpolitik 1997*

In diesem Arbeitspapier werden die Ergebnisse von zwei explorativen Studien vorgestellt. Sie beruhen auf einer vergleichenden Analyse qualitativer Interviews mit sog. "undocumented Brazilian immigrants", die von den Autoren zeitgleich in Berlin und London durchgeführt wurden. Die Interviews sind durch die leitende Fragestellung strukturiert, welche unterschiedlichen "policies" Migrationsentscheidungen in welcher Weise beeinflussen. Die Autoren versuchen zu zeigen, dass nicht nur unterschiedliche personale und soziale Gründe, sondern auch die je verschiedenen internen und externen Kontrollpolitiken, staatliche Legalisierungsmöglichkeiten und auch der Aufbau der sozialpolitischen Sicherungssysteme in Großbritannien und Deutschland die Immigrationsentscheidung dieser brasilianischen Migranten bestimmt haben.

*Lederer, Harald W./ Nickel, Axel: Illegale Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 1997*

In dieser von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Expertise werden verschiedene Aspekte der illegalen Ausländerbeschäftigung, das Ausländer- und Arbeitsrecht und die sozialen Lebensumstände illegaler Migranten in der Bundesrepublik thematisiert. Ein erster Schwerpunkt bildet die Untersuchung der Auswirkungen unterschiedlicher rechtlicher Status auf die soziale Situation von Migranten. Als zweiten Schwerpunkt untersuchen die Autoren dann die unterschiedlichen Formen illegaler Beschäftigungsverhältnisse und deren Konsequenzen für den Arbeitsmarkt, das soziale Sicherungssystem und die "innere Sicherheit" in der Bundesrepublik.

*Lederer, Harald W.: Illegale Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, H. 1, 1999, S. 42-49*

Für den Autor setzt eine genaue Untersuchung der engen empirischen Verschränkung von (illegaler) Migration, illegalem Aufenthalt und illegaler Ausländerbeschäftigung eine vorgängige analytische Unterscheidung dieser Begriffe voraus. In diesem Verständnis untersucht er die rechtlichen Voraussetzungen von (illegaler) Migration, die (illegalen) Beschäftigungsverhältnisse von Migranten und die sozialen sowie ökonomischen Folgen der Herausbildung eines illegalen Arbeitsmarktes.

*Lederer, Harald W.: "Illegale Migration in Deutschland: Formen, Zahlen und Trends", in: Wendt, Hartmut (Hrsg.): Zuwanderung nach Deutschland - Prozesse und Herausforderungen. Vorträge auf der 1.Tagung des Arbeitskreises "Migration - Integration - Minderheiten" der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft (DGBw), Materialien zur Bevölkerungswissenschaft H. 94, Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beim Statistischen Bundesamt 1999, S. 84-96*

Der Artikel dieses Autors konzentriert sich darauf, das bislang in der deutschen Migrationsforschung empirisch angehäuften und "gesicherte" Wissen zur illegalen Migration in Form von Typologien, Zahlen und Trends überblicksartig darzustellen. Seine Ausführungen machen zudem auf Schwierigkeiten bzw. Sichtbeschränkungen aufmerksam, die sich daraus ergeben, das Phänomen Migration und Illegalität ausschließlich mittels statistisch-quantitativer Methoden "erklären" zu wollen.

*Rack, Peter: Bekämpfung der illegalen Beschäftigung, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Neue Formen der Arbeitskräftezuwanderung und illegale Beschäftigung, Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 76, Bonn: 1997, S. 77-81*

Der Text diskutiert Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Bekämpfung illegaler Beschäftigung am Beispiel der illegalen Arbeitnehmerüberlassung innerhalb der EU. Der Autor ist dabei der Meinung, dass das nationale Arbeitnehmerentsendegesetz der Bundesrepublik und die europäische Entsenderichtlinie bislang nicht wesentlich zu einer effektiveren Bekämpfung illegaler Beschäftigungsverhältnisse beigetragen haben.

*Röseler, Sibylle/ Vogel, Dita: Illegale Zuwanderer - ein Problem für die Sozialpolitik?, ZeS-Arbeitspapier Nr. 1, Universität Bremen: Zentrum für Sozialpolitik 1993*

Die Autorinnen dieses Arbeitspapiers thematisieren vor allem die mit illegaler Zuwanderung verbundenen sozialpolitischen Probleme.

*Severin, Klaus: Illegale Einreise und internationale Schleuserkriminalität. Hintergründe, Beispiele und Maßnahmen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 46, 1997, S. 11-19*

Schleuserkriminalität basiert auf hochgradig international organisierten und operierenden Bandennetzwerken. Indem solche Netzwerke vielfältige illegale Einreisemöglichkeiten verschaffen, richten sie für den Autor großen "politischen Schaden" in Deutschland an. Die Regierung und andere maßgebliche politische Entscheidungsträger seien daher aufgefordert, weitere "Abwehrmaßnahmen" gegenüber der internationalen Schleuserkriminalität vorzunehmen und durch internationale Kooperationen gezielt zu ermöglichen.

*Uihlein, Hermann: "Illegale": Die "neuen Flüchtlinge", in: caritas, Beihefte der Zeitschrift für Caritasarbeit und Caritaswissenschaft, H. 2, 1994, S. 16-20*

Dieser Beitrag thematisiert die Ursachen und die prekäre soziale Situation von sog. illegalen bzw. statuslosen Migranten in Deutschland. Der Autor verfolgt damit die Absicht, dem Sozialdienst neue Handlungsgrundlagen für den Umgang mit solchen Migranten zu geben.

*Uihlein, Hermann: Menschen in Illegalität als Aufgabe der Sozialarbeit. Umfang der illegalen Zuwanderung, in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, H. 1, 1997, S. 54-57*

Dieser Beitrag schildert die problematische Situation sog. statusloser Ausländer und formuliert die sich daraus ergebenden Anforderungen an die Sozialarbeit.

*Vogel, Dita: Illegale Zuwanderung und soziales Sicherungssystem - eine Analyse ökonomischer und sozialpolitischer Aspekte, ZeS-Arbeitspapier Nr. 2, Universität Bremen: Zentrum für Sozialpolitik 1996*

Dieser Aufsatz untersucht die Beziehung zwischen dem "entwickeltem Sozialstaat" und sog. illegalen Migrationsverhältnissen in Deutschland. Auf der einen Seite werden die vielfältigen Auswirkungen dieser Art von Migration auf die Entwicklung sozialer Sicherungssysteme diskutiert. Auf der anderen Seite wird an der Struktur der Leistungserbringung des Sozialstaates zu zeigen versucht, dass eben dieser einen wichtigen, v.a. ökonomischen Attraktor bzw. pull-Faktor für Migranten darstellt.

*Vogel, Dita: Soziale Sicherung und illegaler Aufenthalt. Eine explorative Studie am Beispiel brasilianischer Zuwanderer in Berlin, ZeS-Arbeitspapier Nr. 13, Universität Bremen: Zentrum für Sozialpolitik 1996*

In diesem Arbeitspapier werden von der Autorin die Ergebnisse einer explorativen Studie vorgestellt, in der sie die Beziehung zwischen sozialer Sicherung und illegalem Aufenthalt empirisch untersucht hat. Die Studie basiert auf 15 qualitativen Interviews mit brasilianischen Migranten, die sich zum Zeitpunkt der Untersuchung illegal in Berlin aufhielten. Die zentrale Interviewfrage lautete, ob und inwiefern ein Einfluss des sozialen Sicherungssystems auf die soziale Lage der Migranten und auf ihr Handeln feststellbar ist. Im Hinblick auf die Wanderungsentscheidung ist für die Autorin diese Frage mit einem klaren Nein zu beantworten. Ein Einfluss des Gesundheitssystems auf deren Entscheidung für eine Legalisierung ihres Aufenthalts z. B. durch Heirat ist für sie hingegen deutlich erkennbar. Die soziale Lage der Migranten sei dabei eher indirekt durch das soziale Sicherungssystem bestimmt, indem es zur Strukturierung von "Nischen" für eine Erwerbstätigkeit ohne Arbeitserlaubnis beitrage.

*Vogel, Dita: Nutzen und Kosten illegaler Beschäftigung. Einführende Überlegungen aus ökonomischer Sicht, in: Kooperationsbereich Universität - Arbeitskammer (Hrsg.): Arbeitsmigration aus Ost- und Westeuropa, Tagungsband: Arbeitsmigration aus Ost- und Westeuropa: Folgen für die Beschäftigung und Arbeitsmarkt am Beispiel der Bauwirtschaft in der Region Bremen, Universität Bremen 1996, S. 73-83*

In der politischen Debatte wird vielfach ein Bild illegaler Ausländerbeschäftigung gezeichnet, mit dem der "Schaden" und die "Kosten" dieser Beschäftigungsform für die Entwicklung des Arbeitsmarktes, der sozialen Sicherungssysteme und der tarifrechtlich regulierten Beschäfti-

gungsverhältnisse hervorgehoben wird. Im Gegensatz zu dieser Einschätzung versucht die Autorin dieses Artikels zu zeigen, dass illegale Beschäftigung auch ökonomische Vorteile und Nutzen für sowohl die entsprechenden Unternehmen aber auch für die Migranten selbst hat. Abschließend diskutiert sie die sozial- und wettbewerbspolitischen Auswirkungen dieser Beschäftigungsform.

## 2.9 Sonstige Migration

*Hillmann, Felicitas/ Rudolph, Hedwig: S(Z)eitenwechsel - Internationale Mobilität Hochqualifizierter, in: Pries, Ludger (Hrsg.): Transnationale Migration, Soziale Welt Sonderband 12, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1997, S. 245-263*

Dieser Beitrag untersucht die Mobilität hochqualifizierter Fach- und Führungskräfte am Beispiel des polnischen Arbeitsmarktes. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche politischen und ökonomischen Implikationen mit dieser Expertenmigration für den Transformationsprozess der mittel- und osteuropäischen Staaten verbunden sind.

*Fritz, Florian: Bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge - eine Herausforderung für die Migrationssozialarbeit, in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, H. 3-4, 1997, S. 100-103*

Der Autor diskutiert in diesem Beitrag die soziale Situation der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland. Die mit den zeitlichen Befristungen der Aufenthaltserlaubnis verbundenen Probleme fasst er als eine Herausforderung für die Migrationssozialarbeit.

*Krüger, Andrea: "Dienstleistungen, Demut und Devisen". Prostitution, Frauenhandel und Heiratsmigration: neue Realität in Osteuropa? in: BUKO-Arbeitsschwerpunkt Rassismus und Flüchtlingspolitik (Hrsg.): Zwischen Flucht und Arbeit. Neue Migration und Legalisierungsdebatte, Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation 1995, S. 45-57*

Auf dem deutschen Prostitutionsmarkt hat der Anteil osteuropäischer Frauen in den 1990er Jahren stark zugenommen. Für die Autorin sind es in der Regel "falsche Versprechen" wie z.B. die Hoffnung auf "schnellen Wohlstand" und auf "bescheidenen Reichtum", mit denen diese Frauen "angelockt" werden. Ihre soziale Situation sehe dagegen anders aus und sei oftmals durch Illegalität und durch ein "Leben zwischen Ausbeutung und Drogen" bestimmt.

*Mansbrügge, Antje: Die Situation von migrierten Prostituierten, in: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit, H. 2, 1997, S. 50-57*

Nach einer Untersuchung der rechtlichen Rahmenbedingungen von migrierten Prostituierten diskutiert die Autorin die spezifische soziale Situation thailändischer, lateinamerikanischer und osteuropäischer Frauen. Unter dem normativen Postulat der Gleichheit und Integration fordert sie umfassende Verbesserungen ihrer rechtlichen und sozialen Situation.

*Rosario, Virginia O. del: Viele Ursachen, komplexe Verhältnisse: "Ehefrauen auf Bestellung" in Europa, in: Morokvasic, Mirjana/ Rudolph, Hedwig (Hrsg.): Wanderungsraum Europa: Menschen und Grenzen in Bewegung, Berlin: edition sigma 1994, S. 188-200*

Gegenwärtig werden immer mehr Frauen aus mittel- und osteuropäischen Staaten über sog. Eheanbahnungsagenturen an Männer aus europäischen Ländern vermittelt. Diese sog. "Ehefrauen auf Bestellung" werden, einmal im Zielland angekommen, jedoch nach Auffassung der Autorin häufig entlang rassistischer, ethnischer oder geschlechtsspezifischer Unterscheidungen sozial ausgegrenzt und diskriminiert. Ein verstärkender Faktor dieses Ausschließungsprozesses sei der fortgeschrittene europäische Integrationsprozess, in dem sich Geschlechterdifferenz und die Aufrechterhaltung (männlicher) politischer "Herrschaft" in der Form politisch dominanter Eliten etwa wechselseitig verschränken und verstärken.

### **3. Zusammenfassung und thematische Schwerpunkte**

In der Durchsicht und Bearbeitung der Literatur zu den Gliederungspunkten 1.1 bis 1.3 werden verschiedene thematische Schwerpunkte deutlich. In dem Kapitel "Migration und Politik" fokussiert ein großer Teil der dort vorgestellten Arbeiten den Zusammenhang von (Asyl-)Migration, Nationalstaat und Europa unter steuerungspolitischen Gesichtspunkten und am Beispiel der deutschen Asylrechtsänderung von 1993 (3.1). Die Beiträge im Kapitel "Migration und soziale Folgen" thematisieren vor allem die Beziehung zwischen Migration, Sozial-/Wohlfahrtsstaat und Europäischer Union unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsstellung und der sozialen Lage von Migranten einerseits und der Bedeutung von Migration für die Veränderung des nationalen Selbstverständnisses der Bundesrepublik andererseits (3.2). Die Arbeiten im Kapitel "Migration und sozialwissenschaftliche Theorie" diskutieren schließlich die Beziehung zwischen Migration

und nationalem Sozial-/ Wohlfahrtsstaat in systematischer und vergleichender Absicht sowie die Herausbildung von neuen Wanderungsräumen unter dem Stichwort Transnationalismus (3.3).

### 3.1 (Asyl-)Migration, Nationalstaat und Europa

Die Literatur zu diesem thematischen Schwerpunkt diskutiert den Zusammenhang von Asylzuwanderung, nationalstaatlicher Steuerungskompetenz und der Harmonisierung der Asyl- und Einreisepolitik in Europa (1) und das Verhältnis zwischen Nationalstaat und der Europäischen Union am Beispiel der deutschen Asylrechtsänderung (2).

1) In der Literatur wird überwiegend von der Annahme ausgegangen, dass die neuen Zuwanderungsprozesse eine Herausforderung für die migratorische Regulierungskompetenz und die Kontrollsoveränität von Nationalstaaten im Hinblick auf den Zugang zum staatlichen Territorium darstellen. Vor allem die Beendigung des Ost-West-Konfliktes und dadurch ausgelöste neue Zuwanderungen vor allem von Werkvertragsarbeitnehmern und Asylbewerbern in die Staaten der Europäischen Union (Stichwort: "Ost-West-Migration"), die Auswirkungen des Aufbaus eines transkontinentalen bzw. globalen Migrationssystems, die Fortschritte des europäischen Integrationsprozesses und seine migrationsrelevanten sozialen Folgen sowie nicht zuletzt die ansteigenden Flüchtlingszuwanderungen aus v.a. nordafrikanischen Staaten und dem sub-saharischen Raum im Gefolge von Bürgerkriegen und Sezessionsbestrebungen (Stichwort: "Süd-Nord-Migration") werden in der Literatur als die zentralen Entwicklungen in den 1990er Jahren identifiziert, die eine intensiviertere internationale Zusammenarbeit etwa in der Entwicklungshilfe und eine weitere "Supranationalisierung" vor allem der Asyl- und Einwanderungspolitik in Europa erforderlich machen.

Für Autoren wie *Münz*, *Fassmann* u. a. ist Migration mittlerweile als ein europäisches Problem aufzufassen. In empirisch-deskriptiven Studien und in vergleichend-kontrastiven Untersuchungen etwa in Bezug auf Deutschland, Österreich und die USA werden vor allem weitere Globalisierungsprozesse und die innereuropäische Freizügigkeit von Gütern, Kapital, Dienstleistungen und Personen als diejenigen Entwicklungen gefasst, die im Zusammenhang mit den Auswirkungen der ansteigenden Zuwanderungen in die Staaten der Europäischen Union eine europäisch koordinierte Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik auf den Plan rufen. Autoren wie *Angenendt*

und *Bade* fordern eine sofortige Selbsterklärung der Bundesrepublik als Einwanderungsland nach klassischen Vorbildern wie den USA, Kanada oder Australien sowie die Verknüpfung einer europäischen Lösung der Zuwanderungssteuerung mit einer umfassenden Neukonzeptualisierung der nationalen Integrationspolitik Deutschlands. *Sonntag-Wolgast* u. a. fordern auf der Grundlage der Vorschläge des Juristen Wollenschläger eine gesamteuropäische Einwanderungsgesetzgebung. Für Wollenschläger fixierte der Vertrag über die Europäische Union die politische Einsicht in die Notwendigkeit einer gemeinsamen Einwanderungspolitik der Europäischen Union. Auch für *Weidenfeld/ Hillenbrand* und *Werner* beispielsweise können die verschiedenen Staaten der EU die gegenwärtigen Zuwanderungsprozesse in die europäischen Staaten nur dann bewältigen, wenn sie ein gemeinsames Einwanderungskonzept entwickeln. Besonders Weidenfeld begründet die Dringlichkeit eines solchen europäischen Einwanderungskonzeptes auch damit, dass angesichts der zum Teil gravierenden sozialen Folgen neuer Zuwanderungen der Integrations- und Vertiefungsprozesse der EU sowie die angestrebte Ost-Erweiterung behindert oder gefährdet werden könnten.

Die grundlegende Annahme der vorgenannten Arbeiten, dass die neuen Zuwanderungen in und nach Europa nurmehr in einem supranationalen Rahmen effektiv zu regulieren seien, wird von Autoren wie *Hailbronner* und *Santel* für die Zuwanderung von Asylbewerbern und vom Zentrum für Sozialpolitik (Zes) in Bremen in Bezug auf das System der Werkvertragsarbeit diskutiert. Vor allem Santel und in Ansätzen auch Hailbronner diskutieren die Harmonisierung der Einreise- und Asylpolitik in Europa vor allem unter dem Gesichtspunkt der Zuwanderungssteuerung und -kontrolle. Santel begreift diese Harmonisierungsbemühungen als Reaktion auf einen doppelten migratorischen Steuerungsverlust der europäischen Nationalstaaten: Die Globalisierung bzw. Entregionalisierung von Wanderungsverläufen und die Abschaffung von Personen- und Einwanderungskontrollen an den Binnengrenzen der Europäischen Union führten zur sukzessiven Entmächtigung der einzelstaatlich implementierten Kontrollen der Zuwanderung, die durch den Aufbau eines europäischen Einreise- und Asylregime wiederhergestellt werden soll. Hailbronner thematisiert einige asylpolitische Implikationen des Maastrichter Vertrages und verweist im Hinblick auf die Frage nach einer weiteren europäischen Asylrechtsharmonisierung auf das Spannungsverhältnis zwischen der supranationalen, europäischen Ebene und den verschiedenen Mitgliedsstaaten der Union, deren Regierungen die Asyl- und Einwanderungspolitik nach wie vor als grundsätzlich nationalstaatliche Regelungsbereiche auffassen.

*Reim* und *Sandbrink* reklamieren angesichts der überkommenen, noch auf dem klassischen Werkvertragssystem beruhenden Rechtsbestimmungen und der negativen Folgen der Beschäftigung von entsendeten Arbeitnehmern aus EU-Staaten für den Arbeitsmarkt und die Sozialpolitik den weiteren Ausbau europäischer Regelungskompetenzen in Bezug auf diese Zuwanderungsform. Auch *Faist* und anders akzentuiert ebenso: *Hunger* schliessen sich dieser Forderung an, wobei ersterer jedoch diese Form der Arbeitswanderung von der Werkvertragsarbeitnehmerzuwanderung aus den sog. MOE-Staaten explizit unterscheidet, zu deren Regulierung die nationalstaatliche Kontroll- und Regelungskompetenz, wenn auch in eingeschränktem Maße, noch zu greifen scheint.

2) Im Unterschied zur Schwerpunktsetzung auf Asylzuwanderung und (staatlicher vs. europäischer) Steuerungskompetenz diskutieren Autoren wie *Blanke*, *Butterwege/ Jäger*, *Opitz*, *Nuscheler* u.a. den Zusammenhang von (ansteigender) Asylmigration, Asylrechtsänderung und europäischen Rahmungen. Vor allem die Novellierung des deutschen Asylrechts und die Grundgesetzänderung von 1993 avancierte dabei zu einem zentralen Streitpunkt sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch im politischen Diskurs. Die Gegner einer Asylrechtsänderung brachten überwiegend innenpolitische Einwände vor, indem sie auf die ausreichende Kontrollkapazität der bisherigen asylpolitischen Regelungsstruktur verwiesen und den sog. Asylkompromiss als eine "Nichtentscheidung" bewerteten, aber auch appellierten, die historische Verantwortung der Bundesrepublik gegenüber politisch Verfolgten nicht vorschnell und leichtfertig aufzugeben. Die Befürworter begründeten dagegen die Notwendigkeit einer Asylrechtsänderung mit dem Anstieg der Flüchtlingsbewegungen sowie mit dem Schengener Abkommen, dem Dubliner Übereinkommen und dem Maastrichter Vertrag, deren asylrelevante Bestimmungen in nationales Recht zu überführen seien und auch eine weitere Angleichung und Vereinheitlichung nationaler Asylregelungen zwingend erforderlich machen würden.

Das Thema Asylmigration scheint dabei ein Problemfeld zu markieren, das neben der wissenschaftlichen Beschäftigung damit offensichtlich auch nach einer politischen und normativen Stellungnahme verlangt. Besonders mit der Metapher der "Festung Europa" demonstrieren Autoren wie *Butterwege/ Jäger*, *Opitz* u.a. ihre kritische und ablehnende Haltung gegenüber einer ihrer Meinung nach zutiefst demokratiegefährdenden asylpolitischen Entwicklung, an deren Ende eine ausgebaute "Wohlstandsfestung" Europa stehe, die sich im ausgehenden 20. Jahrhundert immer mehr gegen den "Rest der Welt", vor allem aber gegenüber asiatischen und afrikanischen

Flüchtlingen abzuschotten drohe. *Nuscheler* spitzt diese Einschätzung noch zu, indem er die Harmonisierung der Asylpolitiken in Europa als eine "Vereinheitlichung der Abschreckungspolitik" deklariert.

### 3.2 Migration, Sozial- und Wohlfahrtsstaat und Europa

In den Arbeiten zu diesem thematischen Zusammenhang lassen sich zwei Schwerpunkte ausmachen. In einem Teil der Literatur wird in empirisch-deskriptiver Weise die Beziehung zwischen dem Sozialstaat, seiner Form der Integration/ Inklusion und Migration, die Auswirkungen staatlicher Statuszuweisung auf die soziale Situation von Migranten und die soziale Lage und Stellung auf dem Arbeitsmarkt vor allem von Werkvertragsarbeitnehmern, Asylbewerbern und sog. illegalen Migranten thematisiert (1). In einem zweiten Schwerpunkt werden die Herausforderungen von Migration für das nationale Selbstverständnis diskutiert (2).

1) Seit den politischen Umbruchprozessen in Osteuropa und den damit verbundenen neuen Zuwanderungen in die Europäische Union wird eine intensive Diskussion zum Zusammenhang zwischen Sozialstaat und sog. neuen Migrationen geführt. In empirisch angeleiteten Arbeiten wird überwiegend eine abnehmende Leistungsfähigkeit des nationalen Wohlfahrtsstaates diagnostiziert, der im Kontext von Globalisierung und nationaler Standortkonkurrenz zur Aufrechterhaltung eines Mindestmaßes an Grundversorgung seiner Staatsbevölkerung vor allem neue Migrantengruppen immer stärker aus seinen Leistungszusammenhängen auszuschliessen scheint.

Von Autoren wie *Santel, Santel/ Hunger, Bös/ Wenzel, Fischer, Jacobs* u.a. wird die Beziehung zwischen Sozialstaat und Migration als ein Spannungsverhältnis beschrieben. Santel z.B. unterscheidet in engem Bezug auf die Arbeit von Marshall (1950) zwischen unterschiedlichen Abstufungen staatlicher Inklusionspolitiken gegenüber verschiedenen Migrantengruppen. Vor allem den staatlichen Umgang mit illegalen Migranten identifiziert er im Kern als eine Politik der systematischen Inklusionsverhinderung. Ebenso wie Santel beschreiben auch Wenzel/ Bös in detaillierter Form die Inklusion von Migranten in den Leistungszusammenhang des Sozial- und Wohlfahrtsstaates am Beispiel der USA und der Bundesrepublik. Fischer thematisiert das Verhältnis von Migration und Sozialstaat unter der Annahme, dass die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates angesichts des massiven Zuwanderungsdrucks auf die Bundesrepublik zu erodieren scheint. Ja-

cobs diskutiert den Zusammenhang zwischen Sozialstaat und neuen Migrationsbewegungen im Anschluss an Esping- Andersons (1990) geläufige These, dass Sozialstaaten immer auch Nationalstaaten sind und daher ihre Staatsbürger im Verhältnis zur ausländischen Bevölkerung und im Hinblick auf den Zugang zu sozialen Teilnahmemöglichkeiten systematisch privilegieren. Santel/Hunger führen den Widerspruch zwischen politischer Exklusion und sozialstaatlicher Inklusion von Migranten im Anschluss an die theoretisch-systematischen Arbeiten von Bommes auf ein Spannungsverhältnis zwischen Nationalstaat und Wohlfahrtsstaat zurück und diagnostizieren für die Gegenwart den Aufbau postwohlfahrtsstaatlicher Strukturen in den Ländern der Europäischen Union.

Im Bezugsrahmen des nationalen Sozial- und Wohlfahrtsstaates sind auch solche Arbeiten zu neuen Migrationen formuliert, in denen die soziale Situation im Zusammenhang mit spezifischen Aufenthalts- und sozialen Rechten neuer Migrantengruppen untersucht wird. Sie heben damit die Beziehung oder Interdependenz zwischen staatlichen Rechtssetzungen und sozialen Teilnahmemöglichkeiten von Migranten ins Relief. *Seifert* z.B. verweist auf die bedeutende Rolle des Staatsbürgerschaftskonzeptes für die Ermöglichung und Strukturierung sozialer Teilnahmekanäle von Migranten insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Für ihn begünstigt dieses Konzept Staatsbürger gegenüber Nicht-Staatsbürgern im Hinblick auf ihre Partizipationschancen an verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen. Im Unterschied zu *Seifert* ist etwa für *Weitkamp* das Ausländerrecht selbst strukturell hierarchisch aufgebaut und benachteiligt in extremer Weise neue Migranten gegenüber Staatsbürgern.

*Sieveling* u.a. sowie *Cyrus* betonen in Bezug auf die Gruppe der Werkvertragsarbeitnehmer, dass deren aufenthaltsrechtlicher Status bereits vorhandene Ungleichbehandlungen gegenüber inländischen Arbeitnehmern vor allem auf dem Arbeitsmarkt noch zu verstärken droht. *Faist* differenziert zwischen Werkvertragsarbeitnehmern aus MOE-Staaten und den sog. entsendeten Arbeitnehmern aus EU-Staaten im Hinblick auf ihren jeweiligen aufenthalts- und sozialrechtlichen Status und spricht im ersten Fall von fragmentierten Rechten und im zweiten Fall von der Kollektivierung sozialer Rechte.

Im Unterschied zu diesen Autoren thematisiert *Bommes* die Beziehung zwischen rechtlichem Status von (neuen) Migranten und ihrer sozialen Situation im Rahmen eines theoretischen Konzeptes des nationalen Sozial- und Wohlfahrtsstaates, der Migranten entlang des Kriteriums zuge-

hörig bzw. nicht-zugehörig zum Staatsvolk unterscheidet und an diese Differenzierung unterschiedliche Aufenthalts- und Sozialrechte bindet. Für neue Migrationen hat die Bundesrepublik im Zusammenhang mit der abnehmenden Leistungsfähigkeit von nationalen Wohlfahrtsstaaten auch neue und spezifische Regulationen geschaffen. Differenzierte Statuszuweisungen z.B. an Saison- und Werkvertragsarbeitnehmer oder Asylbewerber werden kombiniert mit unterschiedlichen Aufenthalts- und Sozialrechten, die zur uneinheitlichen Behandlung dieser neuen Migrantengruppen durch den Sozialstaat führen. Der Sozialstatus von Migranten ist daher keine individuelle Eigenschaft, sondern die staatlichen Rechtszuschreibungen und -zuweisungen "erzeugen" erst eine Differenzierung zwischen privilegierten und dis-privilegierten Migrantengruppen, deren soziale Teilnahmemöglichkeiten durch diese staatlichen Unterscheidungen entscheidend bestimmt werden.

Ganz gleich, ob man den Zusammenhang zwischen sozialer Situation und staatlichen Statuszuschreibungen "nur" als ein Verhältnis der Benachteiligung, Diskriminierung oder Privilegierung/Disprivilegierung auffasst, unterstreichen alle genannten Autoren die bedeutende Rolle des Staates für die Strukturierung von sozialen Teilnahmechancen neuer Migrantengruppen. Deren soziale Situation wird vor allem in Bezug auf die Gruppen der Werkvertragsarbeitnehmer, der Asylbewerber und der sog. illegalen Migranten ausführlicher beschrieben.

- Die gesichtete Literatur zum Komplex der *Saison-, Dienstleistungs- und Werkvertragsarbeit* stellt die Annahme zentral, dass diese Beschäftigungsverhältnisse eine sozialpolitische Abwärtschraube auslösen könnten. Autoren wie *Hunger, Sieveking, Reim, Sandbrink, Cyrus* u.a. diskutieren soziale Folgen wie Wettbewerbsverzerrung, Lohn- und Arbeitsplatzkonkurrenz sowie den Zusammenhang zwischen Werkvertragsarbeit und der Entwicklung illegaler Beschäftigungsverhältnisse. Sie beobachten im Hinblick auf diese Punkte einen gestiegenen Regulierungs- und Leistungsverlust des Staates.

*Klös* spricht sich trotz einer schwierigen sozialen Situation gegen eine vollständige Integration dieser Arbeitsmigranten in die "Gesellschaft" und auf dem Arbeitsmarkt aus und fordert stattdessen eine verstärkte Re-Privilegierung von deutschen Arbeitnehmern. Im Unterschied zu dieser Meinung wird es dagegen für *Marburger* immer schwieriger, den nationalen Arbeitsmarkt gegenüber Nicht-Staatsbürgern abzuschotten bzw. inländische Arbeitnehmer gegenüber ausländischen Arbeitsmigranten zu begünstigen.

- Die Arbeiten zu *Asylzuwanderung* und sog. *illegaler Migration* vertreten zu einem grossen Teil die These, dass die daraus resultierenden Migrantengruppen im Kern von jeglichen sozialen Teilnahmekanzen ausgeschlossen werden. Die entsprechenden Beiträge von Autoren wie *Cyrus, Vogel* u.a. konzentrieren sich dabei vor allem auf die mit diesen Zuwanderungen verbundenen Folgen für die Sozialpolitik, auf den Ausschluss dieser Migranten aus dem sozialen Sicherungssystem und auf die Folgen illegaler Beschäftigungsverhältnisse etwa in Form von Leistungs- und Lohndumping. *Vogel* diskutiert zudem die Struktur der Leistungserbringung des Sozialstaates als einen bedeutenden Attraktor bzw. pull-Faktor für illegale Zuwanderungen und vor allem *Becker* beschreibt die mit Asylzuwanderungen verbundenen Probleme der kommunalen Haushalte wie z.B. steigende Sozialausgaben bzw. Sozialhilfe.

2) Es ist vielfach bemerkt worden, dass nationale Sozial- und Wohlfahrtsstaaten durch die Folgen von Migrationsprozessen herausgefordert werden. Migrationen haben spezifische Rückwirkungen auf etablierte kollektive Identitätsformen und die je verschiedenen politischen Konzepte der nationalen Staatsbürgerschaft. Die verschiedenen, in diesem Literaturbericht vorgestellten Arbeiten zum Zusammenhang von Migration, Sozialstaat und dem nationalem Selbstverständnis der Bundesrepublik schließen an diese Einsicht an und diskutieren sie an den Folgen von (neuen) Migrationsprozessen für die Definition von Zugehörigkeit in Nationalstaaten.

*Kurthen* z.B. ist überzeugt, dass die gewaltigen Herausforderungen von (neuen) Migrationen für das Selbstverständnis der Bundesrepublik zu einer adäquaten Modernisierung bzw. Entwertung der nationalen Staatsbürgerschaftskonzeption führen werden, zum Beispiel durch die Entwicklung einer "supra-nationalen Staatsbürgerschaft" (Soysal) oder durch die Etablierung eines "Verfassungspatriotismus" (Sternberger) und einer darauf bezogenen "postnationalen Identität" (Habermas). *Oberndörfer* schließt an diese Auffassung an, indem er aus einer Analyse der Auswirkungen von Migrationen auf das staatliche Selbstverständnis der Bundesrepublik für die Ersetzung der ethnisch-kulturellen Nationsauffassung durch das Konzept des "Verfassungspatriotismus" und für die Etablierung einer "postnationalen Republik" plädiert. Auch *Hoffmann* stellt Migrationen und ihre Folgen in eine Beziehung zu kollektiven Identitätsbeschreibungen. Für ihn ist das ethno-nationale Selbstverständnis der Bundesrepublik durch eine inklusive Identität zu ersetzen, die den Einschluss von Migranten in den Nationalstaat mit dem Aufbau von "postnationalen Strukturen" kombiniert.

### 3.3 Migration, nationaler Wohlfahrtsstaat und sozialwissenschaftliche Theorie

Im Hinblick auf die sozialwissenschaftlich-theoriegeleitete Diskussion des Zusammenhangs zwischen Migration und nationalem Wohlfahrtsstaat dominieren disziplinäre Zugriffe und Theorienkonkurrenzen das Untersuchungsfeld. In soziologischer Perspektive und im Anschluss an die Systemtheorie N. Luhmanns diskutiert *Bommes* den Zusammenhang zwischen moderner Gesellschaft, nationalem Sozial- und Wohlfahrtsstaat und Migration. Auch *Bös* präferiert diesen systemtheoretischen Ansatz zur Erklärung des gegenwärtigen Migrationsgeschehens, operiert aber neben dem systemtheoretischen Konzept der Weltgesellschaft auch mit politikwissenschaftlichen Ansätzen wie z.B. dem Konzept "offener Gesellschaften" und dem Modell nationaler Gesellschaften (im Plural). Demgegenüber steht der Ansatz von *Faist* in einer rein politikwissenschaftlichen Tradition und fokussiert Migration zum einen im Rahmen einer Meso-Theorie und zum anderen den Zusammenhang von europäischer Integration und den europäischen Nationalstaaten unter den Gesichtspunkten der Fragmentierung und Kollektivierung sozialer Rechte. Von einem wiederum ganz anderen Ansatz aus thematisiert *Pries* das Thema Migration und Nationalstaat. Für ihn hat die Zentralstellung des Nationalstaates im Hinblick auf Migration an Plausibilität verloren. Die Entstehung von transnationalen Wanderungsräumen und Strukturen seien Teil einer neuen Qualität und Quantität des Migrationsgeschehens am Ende des 20. Jahrhunderts, das im Rahmen des Nationalstaatskonzepts nicht mehr systematisch zu erklären sei.

## 4. Offene Forschungsfragen und Schlussbemerkung

Die Einordnung der Arbeiten dieses Literaturberichtes in drei thematische Blöcke diene dazu, die zentralen Schwerpunktsetzungen in der Beschäftigung mit dem Thema "Neue Migrationen nach Deutschland" herauszupräparieren. Zum Schluss dieses Literaturberichtes sollen, an diese Einteilung anknüpfend, einige wesentliche offene Forschungsfragen in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Migration, nationalem Sozial-/ Wohlfahrtsstaat und "Europa" kurz angerissen werden.

#### **4.1 Die Zuwanderung von Werkvertragsarbeitnehmern als Herausforderung für den nationalen Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik?**

Die Arbeiten zur Arbeitsmigration aus den sog. MOE-Staaten sind vielfach Beiträge, die sich mit den politischen Dimensionen, Hintergründen und Auswirkungen dieser Zuwanderungen auseinandersetzen. Das innenpolitische Bemühen, im Unterschied zur klassischen Arbeitsmigration das erneute Hineinwachsen dieser neuen Arbeitsmigranten in dauerhafte Rechtsansprüche und damit verbundene wohlfahrtsstaatliche Leistungen und Integrationsprozesse zu verhindern, geht oft mit migrations- und aussenpolitischen Erwägungen einher, dauerhafte Migrationsbeziehungen zu den potenziellen Mitgliedsstaaten der EU zu knüpfen. Damit verbunden sollen der wirtschaftliche Aufholprozess und die Demokratisierungsbemühungen unterstützt werden, um diese Staaten EU-"beitrittsfähig" zu machen.

Die Politik gegenüber den Migranten aus MOE-Staaten scheint daher aktuell widersprüchlicher auszufallen, als es die verschiedenen Beiträge zu diesem Thema nahelegen. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen,

- wie die Erweiterungsbemühungen der EU und die damit verbundenen dauerhaften Ost-West-Migrationsbeziehungen und Zuwanderungschancen mit arbeitsmarktpolitischen Bemühungen der Bundesrepublik "zusammenpassen", die Zulassung von Migration als wirtschaftlich flexibel einsetzbare Größe mit der Aufrechterhaltung der nationalen Privilegierung ihrer Staatsbürger durch Optionen und Praktiken der Schließung gegenüber Ausländern zu kombinieren (vgl. Bommes 1999)?

Die Wirksamkeit des Sozial- und Wohlfahrtsstaates als "Ungleichheitsschwelle" (Stichweh 1998) scheint auch durch die Beschäftigung sog. entsendeter Arbeitnehmer aus anderen EU-Staaten ausgehöhlt zu werden (Hunger 2000). Die aus dem europäischen Integrationsprozess resultierenden gemeinschaftsrechtlichen Regelungen der Werkvertragsarbeit entziehen diese Migrationen und die darüber vermittelten Arbeitsverhältnisse der Souveränität des Sozial- und Wohlfahrtsstaates hinsichtlich seiner Kontrolle des territorialen Zugangs, seiner Beschäftigungsstandards sowie seiner sozialen Leistungen und scheinen daher neue Formen der supranationalen Regulierung zu erfordern. In diesem Zusammenhang sind die Fragen zu stellen,

- ob die Verlagerung politischer Regulationskompetenzen auf die supranationale europäische Ebene es den einzelnen Mitgliedsstaaten nicht auch erlaubt, gerade dadurch die auf nationaler Ebene möglicherweise verloren gegangene Souveränität im Hinblick auf die Migrationskontrolle wieder zurückzugewinnen (Milward 1992)?
- ob die durch die Etablierung der europäischen Dienstleistungsfreiheit geschaffenen allgemeinen Zuwanderungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten souveränitätseinschränkende Auswirkungen auf den nationalen Sozial- und Wohlfahrtsstaat haben in dem Sinne, dass diese Migrationen die besondere Beziehung zwischen dem Staat und seiner Bevölkerung in Frage zu stellen drohen. Genauer kann gefragt werden, ob durch die Zulassung von solchen Formen der Migration das Niveau der aus der nationalen Staatsbürgerschaft resultierenden spezifischen Leistungsverpflichtung des Wohlfahrtsstaates gegenüber seinen Bürgern (Marshall 1992) immer mehr abnimmt? Daran schließt sich die weitergehende Frage an, ob damit die an die Staatsbürgerschaft gekoppelte Unterscheidung zwischen Zugehörigen ("eigenen" Staatsangehörigen bzw. Inländern) und Nicht-Zugehörigen (Ausländern bzw. anderen Staatsangehörigen) entwertet wird?

#### **4.2 (Neue) Migrationen als Herausforderung für die nationalstaatliche Kontrollsouveränität und Privilegierungsstruktur?**

Die Arbeiten zum Thema Neue Migrationen und ihre sozialen Folgen sind mehrheitlich im Bezugsrahmen des Sozial- und Wohlfahrtsstaates formuliert. Die zum Teil sehr unterschiedlichen Interpretationen des Verhältnisses von staatlichen Statuszuschreibungen und sozialen Teilnahmekanzen, das man als den Aufbau von Privilegierungs- und Disprivilegierungsstrukturen fassen kann und das in der Literatur im besonderen an den Gruppen der Werkvertragsarbeitnehmer, der Asylbewerber und sog. illegaler Migranten diskutiert wurde, berücksichtigen zur Erklärung dieses Zusammenhangs kaum oder nur am Rande die nicht-staatliche Rahmung durch die Europäische Union und deren migrationsrelevanten Entwicklungen in den letzten zwei Dekaden.

An dieser Stelle ist zu fragen, ob die Veränderungen politisch-sozialer Privilegierungsstrukturen und die damit verbundenen Veränderungen der sozialen Situation von neuen Migrantengruppen

sowie der Wandel kollektiver Zugehörigkeitsstrukturen nicht auch als Teil und Folge des europäischen Integrationsprozesses interpretiert werden müssen und,

- ob dabei die mit neuen Migrationen verbundenen Veränderungen der nationalstaatlichen Privilegierungs- und Disprivilegierungsstrukturen in Deutschland nicht auch im Kontext der Herausbildung gemeinschaftlicher Strukturbildungen untersucht werden müssen. Werden mit der Schaffung eines Binnenmarktes ohne Grenzkontrollen und mit den verschiedenen migrationsrelevanten Abkommen Migrationen aus Staaten der EU und legal dort ansässige Personen ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit privilegiert und auf der Rückseite dieses Prozesses (neue) Migrationen wie insbesondere Asylzuwanderungen disprivilegiert, sofern sie nach ihrer Zuwanderung auch von den Freizügigkeitsbestimmungen für Personen aus europäischen Mitgliedsstaaten ausgenommen sind?
- als Unterfrage, ob eine der Konsequenzen der Verlagerung nationalstaatlicher Zuständigkeiten auf die supranationale Ebene darin besteht, dass auch traditionelle, im nationalstaatlichen Rahmen veranlasste, Arbeitsmigration und auch postkoloniale Migration umfassende, Wanderungsbewegungen durch diesen Europäisierungsprozess disprivilegiert und aber Migrationen aus potenziell neuen Mitgliedsstaaten privilegiert werden?

### **4.3 Transnationale Migrationen als Herausforderung für den Nationalstaat?**

Problemstellungen der Migration waren bis vor kurzem dominant im engen Bezugsrahmen des Nationalstaates bzw. der Nationalgesellschaft formuliert. Das Konzept des Transnationalismus verweist dagegen auf soziale Strukturbildungen, die aus neuen Migrationsströmen und -verbindungen resultieren und die Herausbildung von Netzwerken und Organisationen beinhalten, die nicht mehr primär territorial, also nationalstaatlich, lokalisiert sind, die also im Prinzip keine territorialen Gemeinschaften mehr sind, sondern Gemeinschaften mit einer enträumlichten Struktur und Organisation. Mit der Herausbildung solcher transnationalen Gemeinschaften orientieren Migranten ihre Bindungen und Netzwerke heute immer mehr translokal, so dass Fragen der Zugehörigkeit und der Regulierung von Nähe- und Distanzbeziehungen nicht mehr (ausschließlich) im Rahmen des Nationalstaates und seinen über die Staatsbürgerschaft vermittelten Formen der Zugehörigkeit und kollektiven Identität verstanden werden können.

Das Konzept des Transnationalismus verweist darauf, dass die Herausforderungen für Nationalstaaten durch Migration in Verbindung mit der parallelen Herausbildung von transnationalen Wanderungsräumen untersucht werden müssen. Diese aktuelle Forschungsrichtung hinterlässt jedoch einige theoretisch und empirisch offene Fragen, die hier kurz angedeutet, aber nicht ausgeführt werden können.

- Wenn die Annahme zutrifft, dass nach der Beendigung des Ost-West-Gegensatzes bzw. der bipolaren Weltordnung und im Kontext dadurch weiter freigesetzter Globalisierungen sukzessive transnationale Strukturen von Migrationen entstanden sind, dann wirft diese Entwicklung die Frage auf, an welchen Prinzipien und Kriterien der Solidaritätserzeugung und Zugehörigkeit, die dann eben nicht mehr nationalstaatlichen Zuschreibungen von Zugehörigkeit und Identität entsprechen, sich diese Gemeinschaften orientieren (z.B. ethnisch, familiär, regionalistisch, lokal, partizipativ/ inklusionistisch usw.)? Damit ist die Frage nach den veränderten Orientierungen von Migranten gestellt, die sich in ihrer Lebenspraxis offensichtlich immer weniger an den Staat und seinen Zielsetzungen der Integration ausrichten.
- Die mit dem Konzept des Transnationalismus indizierten Entwicklungen sind bislang kaum historisch-systematisch untersucht worden. Ausser Globalisierung, der Auflösung von traditionellen Milieus und dem Aufbau regionalisierter Entscheidungsstrukturen (Stichwort: "governance") ist daher hier weiter zu fragen, ob nicht auch Veränderungen im staatlichen Umgang mit neuen Migrationen es erst rechtfertigen, die neuen Entwicklungen mit dem Stichwort Transnationalismus zu fassen. Unterstellt man transnationale Entwicklungen auch als Ausdruck einer nachlassenden Integrationskraft des nationalen Wohlfahrtsstaates, lässt sich konkreter danach fragen, ob beispielsweise die stark verminderten sozialen Teilnahmechancen neuer Migranten, für die, wie im vorangegangenen Literaturbericht gezeigt, der Sozialstaat z.B. im Fall der Asylzuwanderung und der illegalen Migration vor allem Ausschlussperspektiven zu bieten hat, zur Herausbildung von transnationalen Strukturen, Netzwerken und/ oder Gemeinschaften beigetragen haben?
- Als ein neues Theorieangebot ist vor allem das Konzept des transnationalen "Sozialraumes" erläuterungsbedürftig und weiter auszuführen. Kernbegriffe wie "Mobilität", "Zwischenraum", "Zirkulationsraum", transnationaler "Sozialraum" sind zunächst Negativ-Abgrenzungen gegenüber den in der Migrationsforschung lange Zeit dominierenden Konzepten des Nationalstaates bzw. der Nationalgesellschaft für die Erklärung moderner Migrationsverhältnisse. Bislang fehlt hier eine Auseinandersetzung mit alternativen Theorieangeboten und auch die

Frage, in welcher Weise das Zentralkonzept des "Sozialraumes" den Erklärungsrahmen Nationalgesellschaft/ Nationalstaat zu substituieren mag, scheint bislang nicht in ausreichendem Maße geklärt zu sein.